nine to five?

Perspektiven auf Arbeit

Eine kritische Textsammlung

Utopie & Praxis (Hg.)

Editorial

»Hello, ich wollte mal wieder von mir hören lassen: Ich schaffe es heute leider nochmal nicht zum Plenum, möchte aber ab nächster Woche dann auch wieder regelmäßig am Start sein. Zu meinen Texten: Ich hatte mir viel vorgenommen und war dann aber in den letzten Wochen und Monaten mit meinem Kopf überall, nur nicht bei den Texten und der Broschüre. Das lag nicht daran, dass ich das Projekt plötzlich nicht mehr gut fand oder kein Interesse mehr an meinen gewählten Themen hatte, sondern eher an mangelnder Motivation, die ja doch recht anstrengende Textarbeit anzugehen. Wenn ich Energie dafür hatte, musste ich meist irgendwelche Hochschul-Sachen vorziehen – z.B. eine zweistellige Anzahl an Bewerbungen für mein Praktikum schreiben. Dass ich mich und euch nun in die blöde Situation gebracht habe, die von uns selbst gewählten Deadlines nicht einhalten zu können, tut mir auf jeden Fall leid und nervt mich auch selber. [...] Vielleicht könnt ihr heute auf dem Plenum darüber sprechen, was euch nun die liebste Option wäre? Könnte ich noch bis zum 30.9. Zeit haben [...]? Ich persönlich würde mich freuen, wenn es mein(e) Text(e) noch in die Broschüre schaffen, aber hätte auch voll Verständnis, wenn ihr das stressig fändet, wenn sie erst in den nächsten Tagen kommen. LG und bis bald :)«

Diese Nachricht ging durch unsere Kanäle und in ähnlicher Weise nicht nur einmal. Sicher geht das nicht nur uns so. Andere Zwänge haben eine höhere Dringlichkeit und politische Arbeit bringt leider meist kein Geld oder gute Noten. So muss Lohnarbeit und Ausbildung vorgehen. Und neben einer 40+-Stunden-Woche, gefüllt mit Vorlesungen, unbezahlten Praktika, unterbezahlten Teil- und Vollzeit-Jobs findet sich auch nicht immer Zeit für politische Organisation, Reproduktionsarbeit, soziale Kontakte und dann noch das Schreiben einer eigenen Broschüre abseits der Tagespolitik. Die eigenen Ansprüche an inhaltliche Breite und Tiefe zu senken war die Folge. Die direkte Erfahrung vom Dilemma der Arbeit verschonte uns also auch hier nicht. Das zeigt gleichzeitig gut auf, warum es geboten ist, über Arbeit, Arbeitskritiken und -kämpfe zu sprechen.

Wir haben uns gefragt: Welchen Stellenwert hat Arbeit und warum? Was sind besonders zeitgenössische Aspekte der Arbeit? Gibt es ein »besseres« Arbeiten? Diese Broschüre unternimmt den Versuch, verschiedene Blickwinkel auf das Thema in insgesamt zehn Texten zu bündeln: von historischen Gegebenheiten über ideologische Elemente von Arbeit bis hin zu konkreten Erfahrungen in der Arbeitswelt. So beleuchtet der Text *SIND WIR ALLE MEHR-WERT? Arbeit im Kapitalismus* von Pünktchen Biberkopf und Spektakel, welche Rolle die Arbeit in der kapitalistischen Produktionsweise einnimmt und wie es zur Bildung von Wert kommt (S. 6). In unserer Broschüre findet ihr außerdem zwei Interviews. Das erste Interview – *Ein ehemaliger Minijobber eines Lieferdienstes erzählt* verdeutlicht exemplarisch einmal mehr mit

welchen Problemen sich (geringfügig) Beschäftigte herumschlagen müssen (S. 10). Unser Artikel *Vom Deutschen Volksverein bis zum DGB – Geschichte der deutschen Arbeiter*innen-Bewegung* zeichnet ausgewählte historische Momente der deutschen Arbeiter*innenbewegung nach (S. 22). In ihrem Text *Von Marx und fliegenden Tomaten – eine Einführung in den materialistischen Feminismus* fordert die Emanzipative und Antifaschistische Gruppe einen Feminismus, der die grundlegende Ungleichheit des Geschlechterverhältnisses analysiert, die Verbindung zwischen Patriarchat und kapitalistischer Ausbeutung aufdeckt und diskutiert außerdem Möglichkeiten materialistisch-feministischer Praxis (S. 28). Warum das Geschlechterverhältnis ohne ein Verständnis vom Kapitalismus, seiner Geschichte und den Subjekten, die er produziert, nicht zu durchschauen ist und welche Auswege es aus dem patriarchalen Verhältnis gibt, darüber schreiben Anna Kow und Virginia Kimey Pflücke in *[work in progress]* (S. 33). Wie die Forderung nach möglichst diversen Arbeitskräften Ausbeutungsverhältnisse vernebeln kann, erfahrt ihr in Tina Sanders Aufsatz *Zur Rolle von Diversität im postindustriellen Kapitalismus* (S. 40). Lothar Galow-Bergemann beschreibt in seinem Beitrag *Arbeitsfetisch und Antisemitismus* wie es zu verstehen ist, dass Arbeit in unserer Gesellschaft eine solch hohe Bedeutung innehat(te) und welche antisemitischen Vorstellungen sich dahinter verbergen (S. 46). Wie und warum sich die Klassenzusammensetzung in den letzten Jahrzehnten in Leipzig verändert hat und wie sich Klassenkonflikte im Leipziger Logistikcluster zuspitzen (werden), davon berichten Amici della Conricerca in *Zur Veränderung der Klassenzusammensetzung in Leipzig in den letzten 30 Jahren* (S. 52). Der Vorstellungstext *GEWERKSCHAFT FÜR UNBEZAHLTE TÄTIGKEITEN & SORGE* der gleichnamigen Gewerkschaft weitet den Blick für Arbeiten und Zwänge außerhalb der Entlohnung (S. 60). In unserem *Interview mit dem Cat-Kurierkollektiv* berichtet Lorenz über Herausforderungen von selbstorganisierter Arbeit und dem Verlangen nach ihr (S. 62).

Wir hoffen, wir haben es mit dieser Bandbreite an Themen in der ersten Ausgabe geschafft, wichtige Punkte anzusprechen und die Beschäftigung mit Arbeit wieder ein Stückchen relevanter zu machen. Uns hat die Auseinandersetzung Spaß gemacht und wir haben auch abseits der Texte einiges gelernt. Dabei haben wir versucht, unsere Ansprüche untereinander zu vermitteln und regelmäßig festgestellt, dass diejenigen Ansprüche, vor allem an Produktivität und Leistung, Einhaltung von Deadlines usw., die klassischerweise in kapitalistischen Produktionsstätten oder klassischen Bildungseinrichtungen zu finden sind und von denen man sich doch eigentlich freisagen will, auch wieder in der eigenen politischen Arbeit zu finden sind. Auf der anderen Seite muss man auch anerkennen, dass es eine andere Sache ist, als junge, basisdemokratisch organisierte Gruppe neben dem Tagesgeschäft eine Broschüre herauszugeben, ohne sich tiefergehend mit anderen Organisationsmethoden abseits von Deadlines und einem gut ausgeklügelten Plan beschäftigt zu haben. Trotz all dieser Widrigkeiten hoffen wir, eine spannende und interessante Sammlung an Texten zusammengestellt zu haben.

Lieben Dank an die Autor*innen und Zusammenschlüsse Pünktchen Biberkopf und Spektakel, Emanzipative Antifaschistische Gruppe (EAG Berlin), Anna Kow und Virginia Kimey Pflücke (A.V. Schmidt), Tina Sanders, Lothar Galow-Bergemann, Amici della Conricerca und GuTso sowie unsere Interviewpartner, Lorenz vom CAT-Kurierkollektiv und Arthur, einen ehemaligen Rider, die durch ihre Beiträge und Expertisen diese Textsammlung bereichern. Ebenso herzlich danken möchten wir der Rosa-Luxemburg-Stiftung für die finanzielle Unterstützung durch eine Förderung unseres Projektes und E. für das Layout der Broschüre.

Viel Spaß beim Lesen und Diskutieren. Falls ihr Anmerkungen und Kritik habt oder sonstige Gedanken loswerden wollt, dann schreibt uns gern an:
up_leipzig@riseup.net

Utopie und Praxis — Herbst 2021

Inhalt

6 Sind wir alle Mehr-Wert? → Pünktchen Biberkopf & Spektakel
Arbeit im Kapitalismus

10 Ein ehemaliger Minijobber eines Lieferdienstes erzählt

22 Vom Deutschen Volksverein zum DGB
Geschichte der deutschen Arbeiter*innenbewegung

28 Von Marx und fliegenden Tomaten → EAG Berlin
Eine Einführung in den materialistischen Feminismus

33 [work in progress] → Anna Kow und Virginia Kimey Pflücke (A.V. Schmidt)

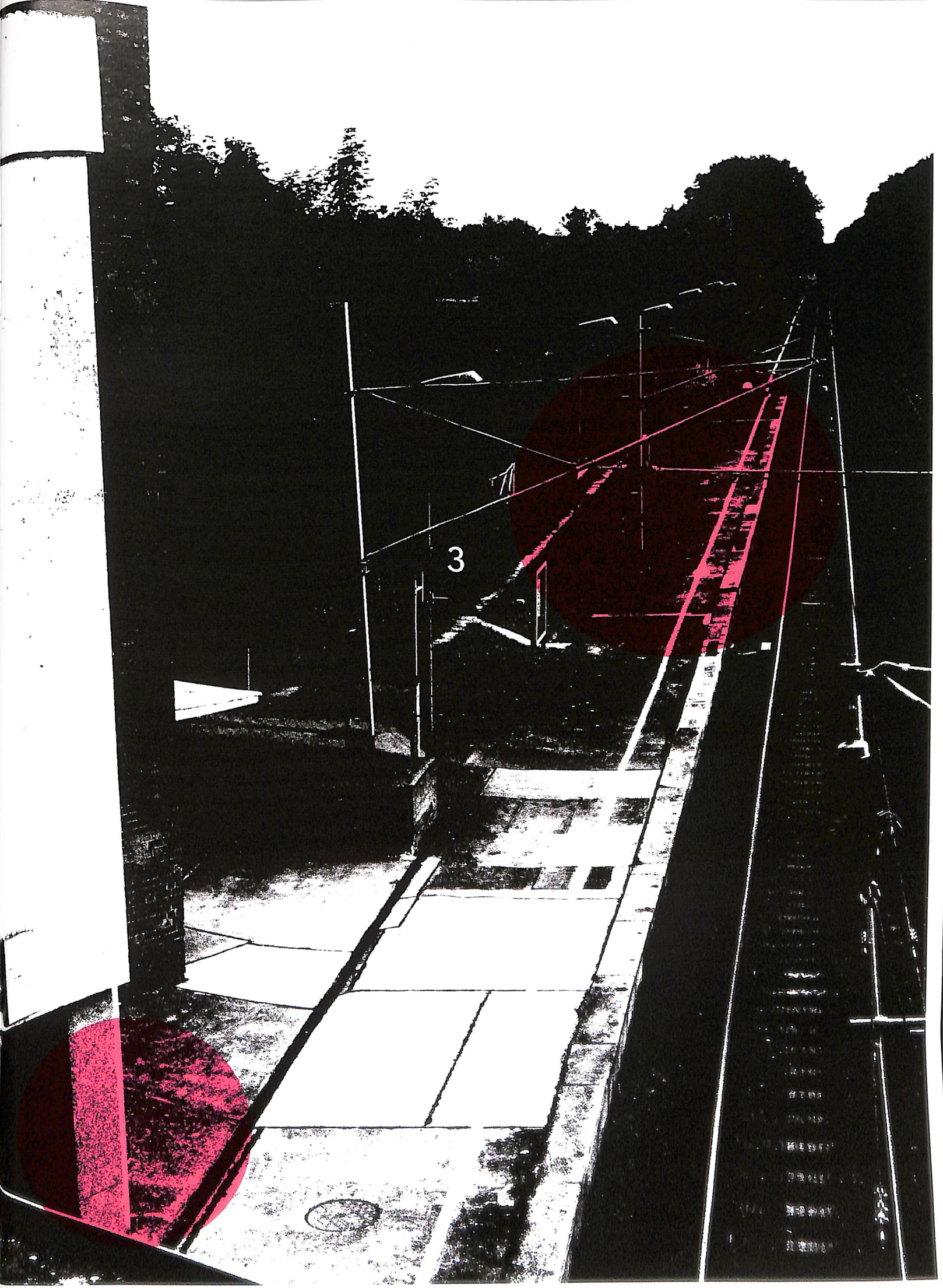
40 Looking for Someone Special → Tina Sanders
Zur Rolle von Diversität im postindustriellen Kapitalismus

46 Arbeitsfetisch und Antisemitismus → Lothar Galow-Bergwmann

52 Zur Veränderung der Klassenzusammen-setzung in Leipzig in den letzten 30 Jahren → Amici della Conricerca

60 Gewerkschaft für unbezahlte Tätigkeiten und Sorge
→ GuTso

62 Interview mit dem Cat-Kurierkollektiv


3

Sind wir alle Mehr-Wert?

Arbeit im Kapitalismus

In Österreich beschloss die Regierung aus FPÖ und ÖVP mit September 2018 die Einführung der 60-Stunden-Woche und des 12-Stunden-Tages. Dabei werden Bundeskanzler Kurz und Vizekanzler Strache nicht müde zu betonen, dass das alles freiwillig sei. Aber wie freiwillig ist Arbeit im Kapitalismus wirklich? Gibt es einen fairen Lohn? Und bringt uns die Automatisierung das Ende der Arbeit?

Lohnarbeit und Kapitalismus – Gab es das immer schon?

Früher war alles besser? Nicht wirklich, aber anders. Denn in der Antike waren Sklaven_innen selbst Eigentum und besaßen auch keines und im Mittelalter waren Bauern_Bäuerinnen an ihren Grundherren gebunden und gezwungen einen Teil des erwirtschafteten Produkts an ihn abzuliefern. Im Gegensatz dazu gehen Lohnarbeiter_innen im Kapitalismus »freiwillig« Arbeitsverträge mit Unternehmer_innen ein. Diese besitzen im Gegensatz zum Großteil der Menschen Eigentum, genauer gesagt Eigentum an Produktionsmitteln (Maschinen, Werkzeuge, Rohstoffe, Computersoftware etc.). Die Mehrheit besitzt nur ihre Arbeitskraft, die sie zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse verkaufen muss. Eine weitere Veränderung, die sich von Feudalismus auf Kapitalismus vollzogen hat, ist der Zweck der Produktion: Im Feudalismus diente die Produktion der Lebenserhaltung der arbeitenden Mehrheit und ermöglichte Feudalherren, Adeligen und Geistlichen ein luxuriöses Leben. Unter kapitalistischen Verhältnissen dient der Gewinn eines Unternehmens nicht in erster Linie dazu, dem_der Unternehmer_in ein gutes Leben zu ermöglichen. Vielmehr soll der Gewinn erneut investiert werden, um in Zukunft mehr Gewinn zu machen. Es stimmt also nicht, dass im Kapitalismus Dinge produziert werden, um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Das ist nur ein Nebeneffekt. Was die ganze Sache am Laufen hält, ist aus Geld mehr Geld zu machen, also aus Wert Mehrwert. Damit aber aus Geld mehr Geld gemacht werden kann, braucht es nicht nur Angebot und Nachfrage, sondern zahlungsfähige Nachfrage. Wenn Hannah in eine eigene Wohnung ziehen möchte, genügt es nicht, dass sie das will. Sie muss diese auch bezahlen können und kann auch nur die Wohnungen mieten, die es gibt. Der Markt reagiert nicht auf unsere Bedürfnisse, wir können nur das kaufen, was angeboten wird.

Gleich und ersetzbar

Der Kapitalismus ist, im Gegensatz zum Feudalismus, ein System, das nicht nur durch direkte Gewaltausübung, sondern vor allem durch einen abstrakten Zwang am Laufen gehalten wird. Also einem Zwang zur Verwertung, der für alle Menschen gilt, sowohl für Arbeitende als auch für Unternehmer_innen. Oft wird aber nicht das kapitalistische System als Ganzes kritisiert, sondern stattdessen die Schuld an allem Schlechten bei einzelnen Kapitalist_innen gesucht. Das ist eine verkürzte und falsche Kritik. Wer sich schonmal für ein Praktikum oder einen Job beworben hat, weiß, dass wir alle in Konkurrenz zueinander stehen. Was die eine hat, kann die andere nicht bekommen. Wo der eine nicht mehr gebraucht oder gewollt wird, wird er durch den anderen ausgetauscht. Kapitalistische Arbeit basiert aber nicht nur auf Gleichheit und Ersetzbarkeit, sondern auch auf Ausbeutung. Gerne wird behauptet, es gäbe im Kapitalismus die Möglichkeit eines »fairen Konsums«, also fairer Arbeitsbedingungen und eines fairen Lohns für die Arbeiter_innen. Zwar verbessert ein höherer Lohn die unmittelbare Lebenssituation, Ausbeutung bleibt es trotzdem. Denn Ausbeutung meint, dass Lohnarbeiter_innen mehr Wert erzeugen als denjenigen, den sie mindestens benötigen, um als Arbeitskraft zu funktionieren. Wer hackeln und Leistung erbringen muss, muss fit sein – er_sie muss sich erhalten. Das heißt, Geld ausgeben für Nahrungsmittel, Wohnung, Kleidung, Urlaub, Dienstleistungen etc. Was als durchschnittliche Erhaltungskosten gilt, fällt nicht nur je nach Länder und Epochen unterschiedlich aus. Es verändert sich auch, wenn Lebensmittel billiger werden oder Arbeiter_innen höhere Löhne erkämpfen.

Vom Apfel zur Ware

Ausbeutung hat also mit zwei unterschiedlichen Wertgrößen zu tun: einer höheren bei der Arbeit neu geschaffenem und einer in Form von Erhaltungskosten ausgegebenen. Bleibt also noch zu klären, was Wert eigentlich sein soll. Im Kapitalismus werden Produkte zu Waren. Das Besondere daran ist, dass Waren nicht nur einen Gebrauchs-, sondern auch einen Tauschwert haben. Als Konsument_in kaufe ich etwas, weil ich es in irgendeiner Art »gebrauchen« kann, z.B. ein Computerspiel, weil es mir Spaß macht, es zu spielen. Unternehmer_innen produzieren hingegen das Computerspiel, weil sie an seinem Tauschwert interessiert sind. Also an dem, was sie dafür bekommen. Jedes Mal, wenn Menschen irgendeine konkrete Arbeit betreiben (z.B. Briefe austragen, Semmeln backen, eine Software programmieren...), produzieren sie einen Gebrauchswert. Aber damit es so etwas wie Tauschwert geben kann, müssen Produkte getauscht werden. Beim Tausch wird aber von allen konkreten Eigenschaften des Produktes abgesehen und »automatisch« die verschiedenen Arbeiten gleichgesetzt. So als würde ich Äpfel mit Birnen vergleichen. Und diese gleichgesetzten Arbeiten produzieren Werte in Form von Waren. Wir sprechen aber nicht von zwei unterschiedlichen Arbeiten (einmal konkret, einmal abstrakt). Wir betrachten nur zwei Seiten der gleichen Medaille. Entscheidend ist noch, dass nicht individuell verausgabte Arbeitszeit wertbildend ist (z.B. je länger ich brauche, um einen Tisch zu bauen, umso mehr Wert hat er), sondern gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit. D.h. unter durchschnittlichen Bedingungen, mit durchschnittlich viel Geschick und Intensität. Nachdem wir im Supermarkt aber nicht »3 Wert«, sondern 3€ zahlen, fragt sich noch: Was hat das Ganze mit Geld zu tun?! Geld ist ein Mittel, in dem sich der Wert einer jeden Ware ausdrückt. Dieses Mittel ist in einer Gesellschaft, die auf komplexer Arbeitsteilung aufbaut, notwendig. Ansonsten wäre es viel zu kompliziert, wenn Hannah den Wert, den sie in ihrem Job als Programmiererin erarbeitet hat, gegen Essen im Supermarkt tauschen möchte.

Alles neu? Oder doch alles beim Alten?

Seitdem immer mehr Länder und mehr Lebensbereiche für den Kapitalismus verwertbar gemacht werden, haben sich sowohl konkrete Tätigkeiten, als auch Organisationsformen von Arbeit verändert. So ist es z.B. möglich, dass in großen Teilen Europas, Japan und den USA viele Menschen in Dienstleistungsberufen arbeiten, während Tätigkeiten, in denen viel menschliche Arbeitskraft nötig ist (z.B. Textilindustrie), in Billiglohnländer ausgelagert werden. Auch Organisationsformen können sich im Kapitalismus verändern. Doch auch wenn sich gewisse Aspekte gewandelt haben: an der Tatsache, dass Lohnarbeit auf Ausbeutung und Verwertung von Menschen basiert, haben all diese Dinge nichts verändert.

Das Ende der (Lohn-)Arbeit?

Durch die fortschreitende Digitalisierung und Automatisierung der Arbeit, wäre eine starke Verkürzung und in manchen Bereichen gar ein Ende der Lohnarbeit möglich. Das klingt erstmal wie eine tolle Neuigkeit, aber leider nicht im Kapitalismus. Denn im Kapitalismus bedeutet eine Verknappung der Arbeit auch weniger Lohnarbeitsplätze, auf die die Menschen für ihr alltägliches Leben angewiesen sind. Somit führen mehr Roboter und Algorithmen dazu, dass die Arbeitskraft von Menschen weniger gebraucht wird und diese als »Überflüssige« aus dem System ausgestoßen werden. Die Verwertungslogik des Kapitalismus sollte allerdings nicht zur Verteufelung von Technik führen. Stattdessen gilt es, die fortgeschrittene Technik im Sinne der Befriedigung der Bedürfnisse aller zu nutzen. Doch nur durch Technikoptimismus, das Hoffen auf den menschlichen Verstand oder das Setzen auf individualisierende Konsumkritik, wird die Welt zu keinem besseren Ort. Die Forderung nach einem guten Leben für alle kann nicht durch vereinzelte, sondern nur durch strukturelle Veränderungen passieren. Denn Gesellschaften und wie sie funktionieren und produzieren sind von Menschen gemacht und damit veränderbar.

Zum Weiterlesen:

Ein einführendes Buch:
Heinrich, Michael: »Kritik der politischen Ökonomie«.

Ein Artikel zu Arbeit und Digitalisierung:
Wimmer, Christopher: »Keine Arbeit für Niemand«, Online unter:
jungle.world/artikel/2018/30/kei-ne-arbeit-fuer-niemand.

Ein Text über Technik und Arbeit im Kapitalismus:
Gruppe Autonome Antifa Wien: »Endlich wird die Arbeit knapp«, Online unter:
autonome-antifa.net/index.php/2017/09/22/endlich-wird-die-arbeit-knapp-2/.

STATT
AUSSCHLAFEN.
Ditsch
BREZELBÄCKER SEIT 1919

Ein ehemaliger Minijobber eines Lieferdienstes erzählt

Vor Ausbruch der Covid19-Pandemie arbeiteten ca. 6,5 Millionen Menschen in Deutschland in einem Minijob. Damit stellten geringfügig Beschäftigte einen großen Anteil der insgesamt 39,2 Millionen abhängig Beschäftigten.[1] Laut SGB IV §8 liegt eine geringfügige Beschäftigung vor, wenn: »1. das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung regelmäßig im Monat 450 Euro nicht übersteigt, 2. die Beschäftigung innerhalb eines Kalenderjahres auf längstens drei Monate oder 70 Arbeitstage nach ihrer Eigenart begrenzt zu sein pflegt oder im Voraus vertraglich begrenzt ist, es sei denn, dass die Beschäftigung berufsmäßig ausgeübt wird und ihr Entgelt 450 Euro im Monat übersteigt.«[2]

Geringer Lohn, oft keine Notwendigkeit hoher Qualifikationen, flexible Arbeitszeiten, hohe Fluktuation der Belegschaft und mangelnde gewerkschaftliche Organisation kennzeichnen diese Arbeiten. Für Minijobber*innen bedeutet das oft, dass seitens der Geschäftsführung gegen Arbeitnehmer*innenrechte verstoßen wird. In vielen Fällen wissen erstere auch nicht, dass sie die gleichen Rechte wie Vollzeitbeschäftigte haben.[3]

Menschen, die einem Minijob nachgehen, befinden sich in unterschiedlichen Lebenssituationen; besonders oft sind es Frauen, junge Erwachsene, Studierende und Rentner*innen.[4] Auch für Schüler*innen sind diese Arbeiten eine der wenigen Möglichkeiten, um Geld zu verdienen. Ende Juni 2021 interviewten zwei Mitglieder von Utopie und Praxis Arthur, der noch zur Schule ging als er in einem Minijob für einen Leipziger Lieferdienst arbeitete.

Wie gestaltete sich seine Arbeit? Welche Erfahrungen begleiteten ihn? Im Zuge seiner Ausführungen war es uns wichtig bestimmte rechtliche Verstöße seitens des Arbeitgebers einzuordnen.

[1] Bertelsmann Stiftung (2021): Minijobs in Deutschland – Die Entwicklung und Struktur einer umstrittenen Beschäftigungsform, siehe: https://www.bertelsmann-stiftung.de/de publikationen/publikation/didminijobs- in-deutschland-all, Letzter Abruf: 22.08.2021.

[2] SGB IV, §8: Geringfügige Beschäftigung und geringfügige selbständige Tätigkeit. Siehe: https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_4/__8.html, Letzter Abruf: 22.08.2021.

[3] FAU Münsterland mit Unterstützung der FAU-Regionalföderation Westund der Regionalföderation Süd (2018): Dein Recht im Minijob, 4. Auflage, S. 5.

[4] Bertelsmann Stiftung (2021): Minijobs in Deutschland – Die Entwicklung und Struktur einer umstrittenen Beschäftigungsform. Siehe: https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/minijobs-in-deutschland-all, Letzter Abruf: 22.08.2021.

Utopie und Praxis:

Hey, schön dass du heute Zeit gefunden hast. Kannst du dich zu Beginn kurz vorstellen?

Arthur:

Hi. Ich bin Arthur und ich bin 19 Jahre alt, habe letztes Jahr mein Abitur gemacht und mache derzeit einen Bundesfreiwilligendienst.

Utopie und Praxis:

Du hast eine Zeit lang bei einem Leipziger Lieferdienst als Rider gearbeitet. Wieso hattest du dich gerade für diesen Job entschieden bzw. gab es bestimmte Dinge, die dich besonders angesprochen haben?

Arthur:

In meinem vorherigen Minijob habe ich unter deutlich schlimmeren Bedingungen arbeiten müssen. Da konnte ich nicht hingehen ohne abzukotzen. Viele meiner Freund*innen haben zu dieser Zeit bei dem Lieferdienst gearbeitet und sie meinten, es sei entspannt dort zu arbeiten. Außerdem war die Bezahlung besser.

Utopie und Praxis:

Wie alt warst du, als du bei dem Lieferdienst angefangen hast und wie lange hast du dort gearbeitet? Gab es vor dem eigentlichen Beginn deines Arbeitsvertrages Probearbeit? Wenn ja, wie lief diese ab?

Arthur:

Ich war 17 Jahre alt und seit ungefähr einem Jahr, also Juni 2020, arbeite ich nicht mehr dort. Insgesamt habe ich 8 Monate bei dem Lieferdienst als Rider gearbeitet. Probearbeit hatte ich. Ich kam dort an und sollte einer anderen Person, die ausliefert, hinterherfahren und diese musste mir dann zeigen, wie die Abläufe funktionieren. Der Chef hat relativ wenig gemacht. Die ersten zwei, drei Touren fuhr ich mit dem anderen Rider zusammen und in den letzten Touren fuhr ich allein. Ich hatte drei oder vier Stunden Probearbeit und konnte dann gegen 21 Uhr nach Hause gehen. Dafür habe ich kein Geld bekommen.[5] Wenn der Chef jemanden nicht mochte, hat er nicht gesagt: »Es wird nichts mit dem Arbeiten hier.« Er hat dann gesagt, dass er sich bei der Person wegen des Arbeitsvertrages meldet, es aber nicht gemacht. Bei Nachfragen hat er die Leute teilweise weiterhin ignoriert.

[5] Normalerweise erhält man für die Probearbeit keinen Lohn. Sie soll lediglich dazu dienen den Betrieb besser kennenzulernen. Nach § 612 BGB hat man allerdings Anspruch auf Lohn, wenn richtige Arbeit verlangt wird, man dem Betrieb also nützlich ist. (FAU Münsterland mit Unterstützung der FAU-Regionalföderation Westund der Regionalföderation Süd (2018): Dein Recht im Minijob, 4. Auflage, S. 7.)

Utopie und Praxis:

Wurde dir zu Beginn ein offizieller Arbeitsvertrag ausgehändigt und wenn ja, hattest du genug Zeit, dich mit diesem auseinanderzusetzen?

Arthur:

Mir wurde ein Arbeitsvertrag ausgehändigt. Wenn ich mich richtig erinnere, sollte ich diesen so schnell wie möglich ausfüllen. So richtig damit auseinandergesetzt habe ich mich erst, als Konflikte auftraten.

Utopie und Praxis:

Hast du dich ausreichend eingearbeitet gefühlt?

Arthur:

Teilweise nicht so wirklich. Zum Beispiel kannte ich mich in einem Teil Leipzigs zu dem Zeitpunkt noch nicht so richtig aus und ich musste dann ohne die Ortskenntnisse zu haben in der vorgegebenen Zeit das Essen ausliefern. Das war oft sehr stressig. Anfangs habe ich die Bestellungen öfters zu spät geliefert. Da hat auch der Monitor in dem Laden, worüber jede Route angezeigt wurde, nicht geholfen, weil viel zu wenig Zeit blieb, um sich die Karte ausreichend ansehen zu können. Ich habe daraufhin das Navigationssystem von Google Maps auf meinem Handy genutzt, was mir den Weg ansagte.

Utopie und Praxis:

Beschreibe uns doch einmal, wie so ein typischer Arbeitstag von dir aussah.

Arthur:

Da ich zu der Zeit noch zur Schule ging, wurden mir die Schichten für den späten Nachmittag oder Abend zugeteilt. Wir sollten zehn Minuten vor Schichtbeginn da sein, damit noch genug Zeit zum Umziehen blieb.[6] Dann hat man auf die erste Bestellung gewartet, hat sich die Ware zusammengestellt und ist mit dem Elektrofahrrad losgefahren. Manchmal waren die Kund*innen nett und kamen mir entgegen. Wenn man zu spät zur Schicht kam, wurde vom Chef aufgetragen, dass man die erste Tour ohne Akku fahren müsse, als Strafe sozusagen. Das habe ich aber nie gemacht. Das ist echt anstrengend, wenn man ohne Akku fährt. Manchmal wurden auch mehrere Bestellungen auf eine Tour zusammengelegt, glücklicherweise lagen die räumlich aber meist nah beieinander. Am Ende der Schicht sollten zusätzliche Aufgaben wie Abwasch, Aufräumen und Putzen übernommen werden, die innerhalb der Arbeitszeit stattfanden.

[6] Jede Tätigkeit, die die*der Arbeitgeber*in im Gegenzug für den Lohn verlangt und die mit der Arbeitsaufgabe oder der Art und Weise ihrer Erbringung unmittelbar zusammenhängt, ist vergütungspflichtig. Sobald das Tragen von Dienstkleidung vorgeschrieben ist, gehört das Umziehen der Arbeitskleidung zur Arbeitszeit und darf daher nicht auf außerbetriebliche Zeiten ausgelagert werden. (Margit Körlings (2018): BAG: Umkleidezeit ist Arbeitszeit. Siehe: https://www.bund-verlag.de/aktuelles-Umkleidezeit-ist-Arbeitszeit-.html, Letzter Abruf: 18. 08. 2021.)

Utopie und Praxis:

Wie viele Stunden am Tag und in der Woche hast du bei dem Lieferdienst gearbeitet? Wie viel Geld hast du pro Stunde erhalten?

Arthur:

Ich habe den damaligen Mindestlohn erhalten und arbeitete dort drei Schichten pro Woche. Ich denke, auf Minijobbasis hat man durchschnittlich zwölf Stunden pro Woche gearbeitet. Die Schichten konnten sehr unterschiedlich ausfallen; manchmal dauerten sie drei Stunden, manchmal aber auch fünf oder sechs Stunden an. Das wusste man vorher nicht genau. Das wurde von unserem Chef je nach Bedarf festgelegt. Die Arbeitszeiten waren nicht festgelegt,[7] heißt also, dass wenn man schon vier Stunden gearbeitet hat, 22 Uhr aber immer noch viel los war, man bis 23 Uhr bleiben musste.[8] Man durfte nicht selber aufhören ohne ihn zu fragen, selbst wenn die Schicht eigentlich vorbei war. Manchmal hat er ewig mit Kund*innen gesprochen oder war irgendwo anders und dann musste man warten, bis er Zeit hatte. Oder er hat vergessen, dass eine Schicht vorbei ist. Ich musste immer mit einberechnen, dass es eine ganze Stunde länger dauern könnte als vereinbart.

[7] Wenn nicht anders vereinbart, haben Minijobber*innen, laut dem Teilzeit- und Befristungsgesetz, eine 10- Stunden-Woche. Das heißt, dass die*der Arbeiternehmer*in auch das Recht auf den Lohn von diesen 10 Stunden hat, auch wenn die Arbeitszeit von der*dem Arbeitgeber*in nicht eingesetzt wird. (FAU Münsterland mit Unterstützung der FAU-Regionalföderation West und der Regionalföderation Süd (2018): Dein Recht im Minijob, 4. Auflage, S. 10.)

[8] Das Jugendarbeitsschutzgesetz (für 15, 16 und 17 jährige Jugendliche) schreibt vor, dass nur zwischen 6 und 20 Uhr gearbeitet werden darf; in Gaststätten maximal bis 22 Uhr. (FAU Münsterland mit Unterstützung der FAU-Regionalföderation West und der Regionalföderation Süd (2018): Dein Recht im Minijob, 4. Auflage, S. 14.)

Utopie und Praxis:

Wie viele Tage im Voraus wusstest du, wann du arbeiten musstest?

Arthur:

Ich glaube der Dienstplan erschien monatlich. Es kam trotzdem vor, dass, wenn ich schon im Voraus gesagt habe, dass ich an gewissen Tagen keine Zeit habe, der Chef mich an den Tagen für Schichten eingeteilt hat. »Ich kann mir ja nicht alles merken«, hat er dann gesagt. Es war dann meine Aufgabe, eine Ersatzperson für die Schicht zu finden.

Utopie und Praxis:

Kam es dann auch einmal vor, dass kein Ersatz gefunden wurde?

Arthur:

Ja, das konnte passieren. Eine Gruppe von fünf Leuten hatte schon zwei Monate vorher Urlaub angemeldet. Kurzfristig hatte er nur den Urlaub von zwei dieser Personen genehmigt. Erst in der Woche bevor wir wegfahren wollten, wussten wir, dass ein Teil in der beantragten Urlaubswoche Schichten hat.[9] Noch dazu waren das ziemlich unbeliebte Schichten, lange Sonntagsschichten, für die sich nur sehr schwer ein Ersatz finden ließe. Wir haben ihm dann aber Druck gemacht, schließlich haben

[9] Die*der Arbeitgeber*in ist dazu angehalten, die Urlaubswünsche der Arbeitnehmer*innen zu berücksichtigen. Letztere sollten ihren Urlaub daher rechtzeitig anmelden. Wenn dringende betriebliche Belange oder Urlaubswünsche von vorrangig zu behandelnden Arbeitnehmer*innen dem im Weg stehen, so kann die Berücksichtigung des Urlaubswunsches eingeschränkt werden. Erstere müssen von der*dem Arbeitgeber*in begründet werden. (Erwin Willing (o. J.): Lexikon für die tägliche Betriebsratsarbeit. Siehe: https://www.betriebsrat.de/portal/betriebsratslexikon/U/urlaub.html, Letzter Abruf: 01.08.2021.)

Wenn man zu spät zur Schicht kam, wurde vom Chef aufgetragen, dass man die erste Tour ohne Akku fahren müsse, als Strafe sozusagen.

wir den Urlaub ja rechtzeitig angemeldet, sodass er dann auch nachgegeben hat. Das heißt letztendlich trotzdem, dass irgendjemand mehr arbeiten musste.

Utopie und Praxis:

Warst du manchmal dort und es gab nicht genug Aufträge?

Arthur:

Ja, es ist oft passiert, dass er zu viele für eine Schicht eingeteilt hat. Dann gab es nicht genug Arbeit und er hat einfach eine Person nach Hause geschickt und das bedeutete, dass dieser Person kein Geld für die Schicht bezahlt wurde. Wenn man sagte, man brauche das Geld, dann hat er jemand anderen nach Hause geschickt.[10]

Utopie und Praxis:

Wurde dir dein Arbeitslohn pünktlich ausgezahlt?

Arthur:

Ja. Da gab es eigentlich auch nie so wirklich Probleme. Problematisch war eher, dass die Stunden, in denen man arbeiten sollte, so ungleich verteilt wurden. Dadurch haben manche Minijobber*innen über 450 Euro verdient und wenn man dort ein Jahr arbeiten würde, müsste man wirklich aufpassen.[11] Bei mir war es oft so, dass ich mit den Schichten, die mir zugeteilt wurden, zu wenig Geld hatte. Manchmal konnte man sagen, dass man noch eine weitere Schicht übernehmen möchte oder mit einer anderen Person tauschen wollte.

Utopie und Praxis:

Wie lief das mit dem Trinkgeld bei euch?

Arthur:

Es gab die Regel, dass pro Trinkgeld 20 Cent an die Küche abgegeben werden mussten, was ich gut nachvollziehen konnte. Den Rest des Geldes konnten wir Rider behalten. Heißt also, wenn ich fünf Euro Trinkgeld bei einer Fahrt verdient habe, konnte ich 4,80 Euro für mich behalten. Wenn allerdings gar kein Trinkgeld gezahlt wurde, mussten trotzdem 20 Cent an die Küche gehen, heißt dann also minus 20 Cent Trinkgeld für eine Fahrt. Problematisch war das für diejenigen, die tendenziell weniger oder gar kein Trinkgeld erhielten, oft männlich und migrantisch gelesene Personen. Da haben teilweise Rider in einer Sechs-Stunden-Schicht gar kein Trinkgeld bekommen. Nachdem das öfter passiert ist, hat unser Chef in manchen Fällen dann sogar gefordert, dass das Minus-Trinkgeld aus eigener Tasche bezahlt wird. Er meinte dann: »Es geht nicht, dass du hier drei Mal hintereinan-

[10] Die Arbeitszeiten sollten in einem Dienstplan verbindlich vereinbart werden. Laut § 615 BGB muss eine Person trotzdem für die festgelegte Arbeitszeit bezahlt werden, wenn der Chef diese früher nach Hause schickt. Die ausgefallene Arbeitszeit muss nicht nachgeholt werden. (FAU Münsterland mit Unterstützung der FAU-Regionalföderation Westund der Regionalföderation Süd (2018): Dein Recht im Minijob, 4. Auflage, S. 9.)

[11] In einem Minijob soll der monatliche Lohn 450 Euro nicht überschreiten. In maximal drei Monaten im Jahr, darf der Lohn diese Grenze überschreiten. Insgesamt darf der Lohn in einem Jahr nicht über durchschnittlich 450 Euro pro Monat kommen. (FAU Münsterland mit Unterstützung der FAU- Regionalföderation West und der Regionalföderation Süd (2018): Dein Recht im Minijob, 4. Auflage, S. 5.)

der ohne Trinkgeld ankommst.« Hinzu kommt, dass wir irgendwann vom Küchenteam erfuhren, dass der 20 Cent Abschlag erst ab den Abendschichten an sie ausgezahlt wurde. Die Anteile, die vor 20 Uhr zusammenkamen, gingen dann vermutlich direkt an den Chef.[12]

Utopie und Praxis:

Wie waren Pausenzeiten bei euch geregelt? Gab es Pausen?

Arthur:

Ich glaube unsere Stundenanzahl war zu niedrig, um eine Pause machen zu »dürfen«, aber wenn wir danach fragten, eine zu rauchen oder etwas zu trinken, konnten wir kurz eine Pause machen. Wenn gerade nichts los war, hat uns unser Chef in die Pause zum Rauchen geschickt, weil wir dafür nicht bezahlt wurden. Auch wenn man das eigentlich gerade nicht wollte. Wenn es dann mal besonders stressig war, durften aber nicht einmal diejenigen, denen eine gesetzliche Pause zustand (z.B. dem Küchenteam), eine kurze Zigarettenpause machen. Obwohl man eigentlich ab sechs Stunden eine halbe Stunde Pause machen muss.

Utopie und Praxis:

Gab es eine Form von Kontrolle zur Einhaltung eines Zeitlimits während der Auslieferung?

Arthur:

Der Monitor in dem Laden gab die Zeit an, die man für die jeweilige Route braucht, berechnete dabei aber nur die Zeit, die man für hin und zurück braucht, aber nicht zusätzlich die Zeit, die man benötigt um ein Essen beispielsweise im 5. Stock auszuliefern. Wenn man dann länger als berechnet brauchte, sammelte man Plus-Minuten und wenn man schneller als angegeben auslieferte sammelte man Minus-Minuten, die sich dann addierten. Wenn es vorkam, dass sich Plus-Minuten ansammelten, dann kam der Chef auch mal und hat mit einem geredet. Man konnte als Rider auf dem Monitor sehen, ob andere Rider zu lange brauchen. Der Chef hatte Zugriff auf das System, in dem die Lieferzeiten erfasst und gespeichert wurden. Es war ihm wichtig, dass nie auf dem Monitor eingespeichert wurde, dass jemand zu spät von einer Lieferung zurückkam. Er hat die Rider vorher schon zurückgemeldet und die Lieferung als abgeschlossen bestätigt und damit die Lieferzeiten so angepasst, dass sie den Vorgaben entsprachen.

[12] Allgemein gilt, dass das Trinkgeld eine Schenkung der*des Kund*in an die angestellte Person ist. (FAU Münsterland mit Unterstützung der FAU-Regionalföderation West und der Regionalföderation Süd (2018): Dein Recht im Minijob, 4. Auflage, S. 10.)

Utopie und Praxis:

Wie würdest du dein Verhältnis zu eurem Chef beschreiben?

Arthur:

Zu Beginn hat er versucht ein freundschaftliches Verhältnis aufzubauen, was gegen Ende teilweise sehr unangenehm wurde. Am Anfang fand ich das auch ziemlich gut und dachte mir: »Cool, ein Chef, der mir auf Augenhöhe begegnet.« Mit der Zeit zeigte sich, dass er zwar so tat, als wäre er mit einem befreundet, aber trotzdem klassische »Chef-Sachen« machte und danach z.B. versucht hat, einen zu umarmen. Es war ein sehr gezwungenes Verhältnis, was sicherlich auch damit zusammenhing, dass der Laden sein Leben war.

Utopie und Praxis:

Gab es nur Mitarbeiter*innen auf Minijobbasis? Wie war das Klima im Team?

Arthur:

In der Küche haben die meisten (also so um die fünf oder sechs Leute) Voll- oder Teilzeit gearbeitet. Die restlichen standen im Minijobverhältnis, viele davon gingen noch zur Schule oder haben studiert. Das Verhältnis unter den Kolleg*innen war sehr gut und wir haben uns ausgetauscht. So kam zum Beispiel auch raus, dass ein Teil des Trinkgeldes überhaupt nicht in der Küche ankam.

Utopie und Praxis:

Gab es unter der Kolleg*innenschaft Interesse daran sich gewerkschaftlich zu organisieren?

Arthur:

Nach dem Vorkommnis mit dem Urlaub auf jeden Fall. Es gab die Idee mit der FAU zu reden. Wir haben es nicht gemacht, weil recht schnell klar wurde, dass wir eh aufhören würden bei dem Lieferdienst zu arbeiten. Wenn wir länger geblieben wären, dann denke ich, hätten wir das gemacht. Denn es sind ständig irgendwelche Dinge passiert, die nicht in Ordnung waren und branchenübergreifend normal sind. Ich denke, viele von den Sachen, die uns widerfahren sind, passieren genauso woanders, ganz besonders innerhalb der Gastro.

Wenn gerade nichts los war, hat uns unser Chef in die Pause zum Rauchen geschickt, weil wir dafür nicht bezahlt wurden.

Utopie und Praxis:

Wusstest du, wie viele Urlaubstage dir zustehen und hast du diesen Anspruch geltend gemacht?

Arthur:

Ja, ich hatte mir das mal angeguckt. Der Urlaub wurde nicht bezahlt. Generell hat man nur Geld für die Zeit bekommen, die man auch gearbeitet hat. Solange man jemanden als Ersatz finden konnte, durfte man Urlaub nehmen. Bei den Festangestellten war das etwas geregelter. Ich glaube, da hat unser Chef auch darauf geachtet, allerdings konnte der Chef sein Veto einlegen, wenn er jemanden z.B. in den zwei Wochen brauchte. Ich weiß nicht ob sie für die Urlaubszeit Geld erhalten haben.[13]

Utopie und Praxis:

Wurde euch Lohn bei Krankheit ausgezahlt?

Arthur:

Nein.[14] Das Einzige, was sich da geändert hat, war dass sich der Chef dann selbst um einen Ersatz kümmern musste. Oft hat er einem nicht geglaubt, dass man wirklich krank war. Wenn nicht viel los war, brauchte man keinen Krankenschein, aber sonst musste man ab dem ersten Tag einen vorweisen. Bei einigen war er sehr wütend und hat sich das Datum auf der Krankschreibung ganz genau angesehen und gesagt: »Die Schicht hättest du doch noch machen können.«

Utopie und Praxis:

Wie sah das so mit Arbeitsschutz bei euch aus?

Arthur:

Also in Bezug auf Covid19 lief das nicht so richtig gut. Am Anfang stellte er uns lediglich Desinfektionsmittelspender bereit. Lieferando führte dann im Laufe der Zeit die kontaktlose Überlieferung ein, aber daran haben sich auch nicht alle Kund*innen gehalten. Mit dem Fahrrad hat man sich extrem oft hingelegt, insbesondere wenn es kalt und nass war und man über Kopfsteinpflaster fahren musste. Die Fahrräder waren auch sehr schwer, durch den Akku ist man schneller gefahren und dadurch passierte das öfter. Da hatte so gut wie jeder eine Knieverletzung. Einmal bin ich über eine Straße gefahren und ein Auto hat mich nicht gesehen und hat mich dann etwas mitgenommen.

[13] Laut §11 BurlG müssen Arbeiter*innen während des Urlaubs das Geld bekommen (Urlaubsentgelt), was sie verdient hätten, wenn sie gearbeitet hätten. (FAU Münsterland mit Unterstützung der FAU- Regionalföderation Westund der Regionalföderation Süd (2018): Dein Recht im Minijob, 4. Auflage, S. 11.)

[14] Wenn das Arbeitsverhältnis bereits vier Wochen besteht, muss der Lohn laut § 3 EntgFG im Krankheitsfall bis zu sechs Wochen gezahlt werden. Ist das Einkommen unregelmäßig, so muss der Durchschnitt der letzten dreizehn Wochen bezahlt werden. (FAU Münsterland mit Unterstützung der FAU- Regionalföderation Westund der Regionalföderation Süd (2018): Dein Recht im Minijob, 4. Auflage, S. 11.)

Utopie und Praxis:

Wurden euch neben dem Fahrrad auch ein Helm bereitgestellt? Und wie sah es mit Masken aus, als die Pandemie losging?

Arthur:

Einen Helm hätte ich selber mitbringen müssen; viele haben das auch gemacht. Lediglich Jacken mit dem Logo gab es, wenn es besonders kalt war. Es gab drei Regenhosen, die nicht gereicht haben. Handschuhe, Mütze und Schal gab es dort nicht. Diese Sachen habe ich mir selber mitgebracht. Zu dem Zeitpunkt, als ich dort gearbeitet habe, gab es noch keine Maskenpflicht, die wurden uns also auch nicht bereitgestellt.

Utopie und Praxis:

Und was war, wenn etwas am Fahrrad kaputtgegangen ist?

Arthur:

Der Chef war dann auf jeden Fall ziemlich genervt. Das ist natürlich oft passiert, weil man sich mit den Rädern ja auch ständig hingelegt hat. Da ist schnell mal etwas verbogen. Er wollte dann den Abschlag vom Trinkgeld erhöhen, um damit die Reparaturkosten für die Fahrräder zu bezahlen. Einmal hat eine Person ein Fahrrad verloren. Diese musste nicht dafür aufkommen, aber danach war es noch stressiger, was den Zustand der Fahrräder betraf.

Utopie und Praxis:

Würdest du sagen, du konntest dich mit der Arbeit bei dem Lieferdienst identifizieren?

Arthur:

Die Arbeit an sich hat mir gefallen. Ich hatte auf dem Fahrrad viel Zeit für mich, konnte Musik hören und außerdem die Stadt noch einmal viel besser kennenlernen und hatte weniger Zeitdruck als das Küchenteam. Es wurde eine Weihnachtsfeier organisiert, mit Wichteln, Pizza und viel Alkohol. Das hat Spaß gemacht. Und auch so hatte ich viele schöne Momente, ich habe durch den Job coole Leute kennengelernt und zu Beginn der Pandemie war es ganz nett, meine Freund*innen trotzdem sehen zu können, auch wenn es nur während der Arbeitszeit war. Das ganze Drumherum waren dann eher die Dinge, die den Spaß dabei genommen haben.

Utopie und Praxis:

Weißt du ob viele, die mit dir anfingen, auch wieder aufgehört haben dort zu arbeiten?

Arthur:

Ja, viele von uns gingen ungefähr innerhalb desselben Zeitraumes, auch von denjenigen, die schon lange vor mir dort angefangenen hatten. Der Chef hatte einem gedroht, wenn man mal drei Minuten zu spät kam und gesagt: »Wenn das noch einmal passiert, war das dein letzter Tag.« Er konnte nicht die Grenze dazwischen ziehen wie wichtig ihm der Laden war und in welchem Verhältnis wir zu dem Laden standen, gerade als Minijobber*innen. Allgemein war eine starke Fluktuation auffällig. Die meisten haben gekündigt, einige wenige wurden aber auch gekündigt.

Utopie und Praxis:

Was denkst du waren die Gründe, weshalb so viele gekündigt haben?

Arthur:

Der Chef hat sich oft genug alles andere als korrekt verhalten. Er hat einigen Festangestellten Aufstiegschancen oder mehr Geld versprochen oder jemanden von einem anderen Lieferdienst weggelockt mit dem Versprechen mehr Geld zu zahlen und das dann nicht eingehalten. Da hat der Tag gleich richtig schlecht angefangen. Einen von uns hat er vor versammeltem Team beleidigt und bloßgestellt. Mitarbeiterinnen hat er anders behandelt als Mitarbeiter, sie ungefragt umarmt oder einer gesagt, sie würde sexy in ihrer Hose aussehen. Manche haben ihm gesagt, dass er damit aufhören soll solche Kommentare zu bringen, aber das hat nicht wirklich viel verändert. Das war, denke ich, sehr unangenehm für diese Personen. Auch ich hatte keine Lust darauf, dass er mich ungefragt von hinten umarmt hat.

Utopie und Praxis:

Könntest du dir vorstellen, noch einmal bei einem Lieferdienst zu arbeiten?

Arthur

Zurzeit auf jeden Fall nicht. Ich höre von anderen Lieferdiensten noch viel schlimmere Geschichten, z.B., dass sie gar kein Trinkgeld behalten dürfen. Den Job an sich finde ich in Ordnung, aber momentan unter den Bedingungen kann ich mir das wirklich nicht vorstellen.

Utopie und Praxis:

Vielen Dank dir fürs Beantworten unserer Fragen!

Vom Deutschen Volksverein bis zum DGB

– Geschichte der deutschen Arbeiter*innen-Bewegung

Um einen groben Überblick zur Geschichte der deutschen Arbeiter*innen-Bewegung zu erlangen, sollen im Folgenden ausgewählte Momente jener Geschichte vorgestellt werden.

Der Historiker Axel Kuhn schreibt in seinem 2004 erschienenen Buch »Die deutsche Arbeiterbewegung«, dass, wenn man unter dem Begriff Arbeiter*innen-Bewegung eine politische und organisierte Interessensvertretung der (deutschen) Arbeiter*innen versteht, die Geschichte der deutschen Arbeiter*innen-Bewegung 1832 in Paris mit der Gründung der Partei »Deutscher Volksverein« beginnt. Dass ein wichtiger Impuls aus dem Exil kam, ist nichts Besonderes in der Historie der deutschen Bewegung, so kam auch 1848 das »Manifest der kommunistischen Partei« aus London und wurde von einer Nachfolgeorganisation des Deutschen Volksvereins, dem »Bund der Kommunisten«, in Auftrag gegeben. Vor Allem am Anfang der deutschen Arbeiter*innen-Bewegung waren viele Organisationen, wie der Verein »Das Junge Deutschland« und der »Deutsche Volksverein«, später der »Bund der Gerechten« hauptsächlich im politischen Exil, also im Ausland, und selbst da geheim aktiv. Das ändert sich mit der Märzrevolution 1848 in Deutschland, in dessen Zuge die Presse- und Versammlungsfreiheit in Deutschland eingeführt wurde und linke und progressive Kräfte durch Zeitungen, Vereine und Parteien auch Einfluss auf die Politik und Stimmung des Landes nehmen konnten.

So gründete sich im August und September 1848 die »Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung«, jedoch wurden die sozialistischen und kommunistischen Arbeiter*innen-Organisationen ab 1851 wieder mit starken Repressionen von staatlicher Seite überzogen.

Nachdem die Repressionen weniger wurden, gründeten sich in den 1860er Jahren dann jedoch die ersten Vorgänger-Parteien der heutigen SPD, wie 1863 der »Allgemeine Deutsche Arbeiterverein« und 1869 die«Sozialdemokratische Arbeiterpartei« unter Wilhelm Liebknecht und August Bebel. Beide Parteien schlossen sich 1875 zu der »Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands« zusammen, die seit 1890 den Namen »Sozialdemokratische Partei Deutschlands« trägt.

Bismarcks Angriff auf die Bewegung

Inzwischen hatte sich aus dem deutschen Staatenbund 1871 das Deutsche Kaiserreich mit dem deutschen Reichstag als Parlament herausgebildet. In diesem Parlament waren der »Allgemeine deutsche Arbeiterverein« und die »Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands« vertreten. Gegen beide Parteien gab es immer stärkere Repressionen durch das Kaiserreich, die 1878 unter dem Reichskanzler Otto von Bismarck in den sog. Sozialistengesetzen einen Höhepunkt fanden. Mit diesen Sozialistengesetzen wurden alle sozialistischen und sozialdemokratischen Organisationen verboten, deren Ziel es sei, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung umzustürzen. Jedoch konnten die sozialdemokratischen und sozialistischen Politiker als Privatpersonen weiterhin in den Reichstag gewählt werden. Diese Sozialistengesetze können als Klassenkampf von oben betrachtet werden, angesichts der Tatsache, dass sie vom Kaiser abgesegnet worden sind.

Außerdem gab es in Jahr 1873 einen der ersten großen Streiks in der Geschichte Deutschlands: Buchdrucker hatten sich zusammengeschlossen und mithilfe eines viermonatigen Streiks einen Tarifvertrag für das Gewerbe erkämpft.

In den 1880er Jahren wurden verschiedene sozialdemokratische Reformen, wie Kranken- und Unfallversicherung unter dem deutschen Reichskanzler Bismarck eingeführt, jedoch ohne eine organisierte sozialdemokratische Beteiligung. Laut Schuster in »Chronologie der deutschen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1918« sind diese Reformen als Ergänzung der Sozialistengesetze zu sehen, wobei sich laut Schuster der deutsche Kaiser erhofft hat, dass diese Reformen die deutsche Arbeiter*innenschaft an den Staat bindet und diese sich von der deutschen Sozialdemokratie abwendet.

Die Bindung der Arbeiter*innen an den Staat und das Unterdrücken derozialdemokratischen Bewegung war jedoch nicht so erfolgreich, wie es sich vom Kaiser und der Regierung erhofft wurde. Das zeigte sich zum Beispiel an dem »Bergarbeiter-Streik« 1889 im Ruhrgebiet, an dem sich 90.000 der 104.000 Arbeiter*innen beteiligt haben. Diesem Streik schlossen sich nach Schuster auch weitere Arbeiter*innen anderer Gebiete an, sodass zeitweise über 120.000 Bergarbeitende im Deutschen Reich streikten.

1890 wurden die Sozialistengesetze nicht mehr durch den deutschen Reichstag verlängert und bei der darauf folgenden Reichstagswahl erhielten die Sozialdemokraten 19,7% der Stimmen und wurden damit die größte Partei im deutschen Reichstag. Auch, wenn die antikommunistischen und antisozialistischen Kräfte immer wieder versuchten die Arbeiter*innen-Bewegungen mit weiteren und neuen gesetzlichen Repressionen zu überziehen, scheiterte das oft am Parlament, da sich nicht genug Unterstützung für die Gesetze fand.

1890 kamen die ersten Diskussionen zu christlichen Gewerkschaften und christlicher Gewerkschaftsarbeit auf, schon ein Jahr später brachte der Papst Leos XIII die Enzyklika »Rerum Novarum« heraus, in der es um die kirchliche Sicht auf den Sozialismus und die Arbeit ging. Während Leo XIII den Sozialismus offen ablehnte und als Störung der natürlichen Ordnung ansah, war er doch für gerechte Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

Zwischen 1890 und 1914 erstarkte die Arbeiter*innen-Bewegung und die SPD wurde stärkste Reichstagsfraktion. Im Juli 1914 ahnte die SPD einen kommenden Weltkrieg und mobilisierte zu Demonstrationen für den Frieden. Im August stimmten sie den Kriegskrediten im Reichstag doch noch zu und unterstützte damit selber den Krieg. Daraufhin gründeten sich verschiedene Gruppen in der SPD, die den Krieg nicht unterstützen wollten. Eine dieser Gruppen war die »Gruppe Internationale« mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die später der Spartakusbund wurde.

Im Dezember 1914 stimmte Karl Liebknecht als erster und einzigerAbgeordneter des deutschen Reichstags gegen die zweiten Kriegskredite. Bei der Abstimmung über die dritten Kriegskredite 1915 sind es bereits 20 Abgeordnete der SPD, die gegen neue Kriegskredite stimmten. Im Jahr 1916 wurde Liebknecht wegen seinen Antikriegshandlungen, insbesondere aufgrund der Rede auf einer Antikriegsdemonstration bei der er das Ende der Regierung forderte, verhaftet.

Die Spaltung der SPD wurde so immer weiter vorangetrieben bis sich 1917 die USPD (Unabhängige SPD) abspaltete, wobei der Spartakusbund sich auch der USPD anschloss. Grund der Spaltung war die Kriegspolitik der SPD.

Arbeiter*innen beenden den Krieg

Mit der sich verschlechternden Situation des Deutschen Reiches im ersten Weltkrieg organisierten sich zuerst die Matrosen. Durch die Matrosenaufstände wurde die Novemberrevolution eingeleitet. In der Folge streikten die Arbeiter*innen wieder und es bildeten sich Arbeiter- und Soldatenräte, die nach und nach die Kontrolle über verschiedene Städte Deutschlands übernahmen. Die SPD hatte den Kaiser zur Abdankung aufgerufen und als dieser nicht abdankte, gingen am 9. November viele Berliner Betriebe in den Generalstreik, anschließend gab der Reichskanzler Max von Baaden die Abdankung des Kaisers bekannt. Am gleichen Tag rief Scheidemann von der SPD gegen 14.00 Uhr die »Deutsche Republik« aus und Liebknecht von der USPD/dem Spartakusbund um 16.00 Uhr alternativ die freie sozialistische Republik Deutschland mit Frauenwahlrecht. Auf Druck der Basis bildeten die beiden eigentlich verfeindeten SPDs den Rat der Volksbeauftragten. Am 11. November wurde dann der Krieg offiziell durch den Waffenstillstand von Compiègne beendet.

Im Dezember 1918 gründete sich die KPD und damit eine offene Organisation der Kommunist*innen in Deutschland mit Abgrenzung zur Sozialdemokratie.
In den Jahren nach der Novemberrevolution bildeten sich immer wieder Räterepubliken in Bremen, München (unter Kurt Eisner) und es gab verschiedene Aufstände von Arbeiter*innen, die aber alle von SPD und Freikorps niedergeschlagen wurden. Auch von rechter Seite wurde versucht in der jungen Republik die Macht an sich zu reißen, wie 1920 durch den sog. Kapp-Putsch. Dieser wurde jedoch durch einen Generalstreik abgewehrt.

Im Dezember 1914 stimmte Karl Liebknecht als erster und einziger Abgeordneter des deutschen Reichstags gegen die zweiten Kriegskredite.

Mit dem Anfang der 20er Jahre wurde die USPD immer weiter zwischen KPD und SPD zerrieben, wobei sie sich bis 1922 in beide Organisationen aufteilte. Es gab zwar bis 1931 weiterhin eine USPD, die jedoch irrelevant war, da sie weder Recihstagsmandate erhielt noch irgendeinen andere Einfluss hatte. Durch den wirtschaftlichen Aufschwung traten mehr Leute in die Gewerkschaften ein, die immer mehr verschiedene Dienstleistungen für Arbeitende übernahmen.

Auch von Staatsseite verbessert sich die Situation der Arbeiter*innen, so wurde 1927 das Gesetz für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) beschlossen, welches Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung übernahm, die Gelder kamen von Unternehmen und Arbeiter*innen. Entworfen wurde es von den freien, also sozialdemokratischen bis kommunistischen, Gewerkschaften und den christlichen Gewerkschaften.

Durch die Neuausrichtung der KPD mit der »Sozialfaschismus«-Doktrin unter Thälmann 1928, die die KPD in direkte Opposition zur SPD ausrichtete, während die NSDAP als sekundärer Feind betrachtet wurde, wurden die antifaschistischen Kräfte durch Uneinigkeit geschwächt. Dadurch hatten die Nationalsozialist*innen der NSDAP einen einfacheren Aufstieg. Es gab 1923–1926 sogar eine kurze Zusammenarbeit zwischen KPD und NSDAP-Abgeordneten. Beispielsweise durfte das spätere NSDAP-Mitglied Graf zu Reventlow 1923 seinen Antisemitismus in dem Parteiblatt der KPD, »Die rote Fahne«, verbreiten. Der Antisemitismus und dabei vor allem der Antisemitismus der verkürzten Kapitalismuskritik, der in der KPD und in der NSDAP vorhanden war, fungierte bei dieser Zusammenarbeit als Kitt.

Mit der Weltwirtschaftskrise 1929 gingen die Löhne zurück und es folgten Entlassungswellen und Austritte aus den Gewerkschaften, die Sozialpolitik wurde als das Kernthema der Sozialdemokraten und der freien Gewerkschaften zurückgestellt im Kampf gegen Rechts.
Ende der 1920er Jahre gründete sich die »Revolutionäre Gewerkschaftsopposition« (RGO) als kommunistische Opposition zu den freien Gewerkschaften, etwas später gründete sich mit der Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO), das nationalsozialistische Gegenstück zur RGO, aber nach dem Vorbild der RGO. Sie war Teil der Initiative »Hinein in den Betrieb« von der NSDAP, die bei den Betriebsratswahlen 1931 aber nur 2,4 % aller Stimmen bekam und das obwohl die NSDAP 1930 bei ihrem sog. »Erdrutschsieg« 18,3 % der Stimmen bei der Reichstagswahl erhielt (+15,5 im Vergleich zu den Wahlen 1928).

Anfang der 1930er Jahre wurden immer wieder Vorstöße der Gewerkschaften gewagt, die z.B. eine Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und der Infrastruktur forderten und eine »planmäßige Bewirtschaftung« dieser vorschlugen (siehe »Richtlinien zum Umbau der Wirtschaft« des ADGB Juli 1932), jedoch fehlte es an der politischen und gesellschaftlichen Unterstützung für diese Pläne, deshalb wurde die Politik der Regierung weiter-

hin toleriert. Im Jahr 1933 folgte auf einen weiteren Sieg der NSDAP die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch Hindenburg. Während die Kommunisten und die RGO zu einem Generalstreik aufriefen, riefen die freien Gewerkschaften laut »Fehleinschätzung mit fatalen Folgen« auf der Seite »Gewerkschaftsgeschichte« des DGB ihre Mitglieder zu Zurückhaltung auf. Dabei wollten die freien Gewerkschaften sie nicht dadurch den Kommunist*innen in die Hände treiben oder einen Bürgerkrieg anfeuern.

Die Bewegung im Nationalsozialismus

Nachdem die freien Gewerkschaften und die SPD damit ihre Chance vertan hatten noch ein letztes Mal zu rebellieren und vielleicht sogar den Nationalsozialismus durch Generalstreiks zu verhindern, wurden sie genauso wie die KPD und die RGO mit Repressionen überzogen, verboten, aufgelöst und verfolgt. Viele Gewerkschaftler*innen, Sozialdemokrat*innen und Kommunist*innen gingen in den Widerstand oder emigrierten. Oft wurden sie, wenn sie in Deutschland blieben, entweder für einige Zeit in Konzentrationslagern inhaftiert oder dort auch getötet.

Außerdem wurde im Widerstand und im Exil die Zeit nach dem Nationalsozialismus vorbereitet. Ein Höhepunkt des Widerstands war das Bomben-Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944, das sog. Stauffenberg-Attentat. Bei dem Attentat agierten Sozialdemokrat*innen und Gewerkschaftler*innen der demokratischen Strömungen als Mitverschwörer*innen, die sich für eine spätere Regierungsbildung bereit erklärten, das benötigte Netzwerk von Gegner*innen des Nationalsozialismus aufbauten, welches nach dem Attentat die Institutionen besetzen sollte, und eine Unterstützung aus der Bevölkerung sichern sollten. Jedoch scheiterte dieser Anschlag und die Beteiligten wurden verfolgt. Einer von ihnen war der Sozialdemokrat Wilhelm Leuschner, welcher festgenommen wurde nachdem das Attentat scheiterte und am Vorabend seiner Hängung am 29.9.1944 noch sagte »Morgen werde ich gehängt, schafft die Einheit!«. Dabei bezog er sich, laut dem Artikel »Einheit der Gewerkschaften statt Zersplitterung« des DGBs, auf die Einheit der demokratischen Gewerkschaften.

Nachdem die KPD 1935 ihren Sozialfaschismus-Vorwurf gegenüber der SPD fallengelassen hatte, näherten sich die beiden Parteien im Exil an, 1941 schlossen sich die Exil-SPD in London mit weiteren Splittergruppen zur »Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien« zusammen.

Die Repressionen durch die NSDAP endeten erst mit dem Ende NS-Deutschlands 1945. Daraufhin kehrten viele Sozialdemokrat*innen, Kommunist*innen und Gewerkschaftler*innen aus dem Exil zurück.

Schon vor Kriegsende versuchten 80 Gewerkschaftler*innen im bereits befreiten Aachen die Einheit der Gewerkschaften, die Leuschner forderte, umzusetzen und gründeten mit den Worten von Matthias Wilms »Unser unterbrochener Kampf gegen den Faschismus geht weiter. Von diesem Augenblick an gibt es wieder eine freie Gewerkschaft in Deutschland. Es war ein langer Weg bis hierher. Viele sind nicht mehr unter uns.« den »Freien

»Morgen werde ich gehängt, schafft die Einheit!«

Deutschen Gewerkschaftsbund« (FDGB) als Einheitsgewerkschaft (»Einheit der Gewerkschaften statt Zersplitterung«, DGB 2019).
Nach dem Krieg gründeten sich immer mehr Gewerkschaften, die noch nicht zonenübergreifend feste Organisationen etablieren und in der Westzone auch keinen Dachverband haben durften. Deshalb konnte der Aachener FDGB nur in der Ost-Zone aktiv sein und war dort zwangsweise der SED nahe. In beiden Zonengebieten wurden die Wünsche der organisierten Arbeiter*innen nur teilweise erfüllt, wo auf der Ost-Seite die Betriebe verstaatlicht wurden, war die Mitbestimmung eher marginal, während in den Westzonen die Mitbestimmung durch die parlamentarische Demokratie abgesichert war, die Besatzungsmächte jedoch gegen eine Verstaatlichung/Vergesellschaftung von Betrieben waren.

Das Archiv der sozialen Demokratie schreibt in seinem Text »70 Jahren DGB«, dass der Deutsche Gewerkschaftsbund von mehreren Einzelgewerkschaften als Dachverband für die BRD erst 1949 gegründet wurde. Dem DGB schlossen sich viele westdeutsche Gewerkschaften an. Die Idee der Einheitsgewerkschaft ist, dass sie unabhängig von Parteien und Konfessionen agiert und damit die Arbeiter*innen am besten vertreten kann.

Zum Weiterlesen:

aergernis (Mai 2021): RÄTEKOMMUNISMUS. GESCHICHTE – THEORIE.
http://aergernis.org/index.php/raetekommunismus/2/

DGB: Gewerkschaftsgeschichte
https://www.gewerkschaftsgeschichte.de/index.html

Kuhn, Axel (2004): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

DGB: Geschichte des DGB vor 1949
https://www.dgb.de/uber-uns/bewegte-zeiten/geschichte-des-dgb/geschichte-des-dgb-vor-1949.

Friedrich Ebert Stiftung, Historisches Forschungszentrum: Internetportal zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
https://www.fes.de/hfz/arbeiterbewegung/

»Unser unterbrochener Kampf gegen den Faschismus geht weiter. Von diesem Augenblick an gibt es wieder eine freie Gewerkschaft in Deutschland. Es war ein langer Weg bis hierher. Viele sind nicht mehr unter uns.«

Emanzipative & Antifaschistische Gruppe (EAG Berlin)

Von Marx und fliegenden Tomaten[1]

Eine Einführung in den materialistischen Feminismus

Angesichts weltweit weiterhin bestehender Geschlechterungleichheit, allgegenwärtigem Sexismus, eskalierender Gewalt gegen Frauen und Transfeindlichkeit erfährt Feminismus nicht nur im Mainstream anhaltende Popularität. Auch in der radikalen Linken avanciert die Selbstbeschreibung feministisch zu sein auf einer Ebene mit antirassistisch und antifaschistisch. Doch was genau damit gemeint ist, bleibt leider auch hier zu oft erstaunlich unpräzise. Es bleibt umstritten, worin die grundlegende Ungleichheit des Geschlechterverhältnisses konkret besteht und wie diese theoretisch erfasst werden kann sowie vor allem auch welche strategischen Praxisansätze daraus resultieren sollten. Im Anschluss an unsere Auseinandersetzungs- und Diskussionsprozesse als EAG fordern wir einen Feminismus, der materialistisch ist und deshalb den Anspruch hat, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu analysieren und daraus eine praktische emanzipatorische Perspektive zu entwickeln. Feminismus kann nicht »nur« den Kampf gegen Diskriminierung von Frauen bedeuten, sondern muss sich darüber hinaus gegen die gesamte patriarchale Einrichtung der Gesellschaft richten. Konkret ist Materialistischer Feminismus als eine Methode zur Analyse von gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen zu verstehen, welche die Verbindung zwischen Patriarchat und kapitalistischer Ausbeutung aufdeckt.

back to the future

Wichtig erscheint uns in diesem Zusammenhang, das Rad nicht immer neu erfinden zu wollen, sondern uns zu vergegenwärtigen, was Feminist*innen bereits vor Jahrzehnten problematisiert und erstritten haben und zu häufig in Vergessenheit geraten ist. In Zentraleuropa war schon die proletarische Frauenbewegung um Clara Zetkin Ende des 19. Jahrhunderts bemüht, den komplexen Zusammenhang von Patriarchat und Kapitalismus zu erfassen. Das Patriarchat wurde damals als Herrschaftsform gesehen, jedoch wurde die Bekämpfung dessen dem Klassenkampf untergeordnet. Die Emanzipation der Frau wurde nicht vom sogenannten Hauptwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, also der kapitalistischen Ausbeutung der Arbeitenden ge-

[1] Dieser Text erschien zuerst in: »AS.ISM5 – Streitschrift gegen sexistische Zustände«. Weitere Publikationen von EAG Berlin findet ihr unter https://eag-berlin.tem.li/

trennt, sondern mitgemeint. Bestrebungen einer feministischen Theoriebildung wurden von der kommunistischen Bewegung mit dem Argument aufgeschoben, dass sich die sogenannte Frauenfrage, d.h. die Unterdrückung von Frauen als Nebenwiderspruch nach der proletarischen Revolution auflösen würde.

Die sozialistischen Feminist*innen der sogenannten zweiten Frauenbewegung übten in den 1960er Jahren Kritik an eben diesen Punkten marxistischer Theorie, indem sie problematisierten, dass die sogenannte Frauen-Frage oft als ideologisches Problem, also als sich aus den gesellschaftlichen Verhältnissen ergebender objektiv notwendiger Schein, dargestellt wurde. Das Patriarchat erscheint in dieser Logik als ein Überbleibsel kapitalistischer Gesellschaft, das sich vor allem in der Familie zeigt, und somit lediglich als falsches Bewusstsein ohne entsprechende materielle Strukturen. Als Vertreterin des 1968 gegründeten »Aktionsrat zur Befreiung der Frau« kritisierte Helke Sander unterstützt von fliegenden Tomaten im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) diese Leerstelle linker Theorien, welche die ökonomische Seite des Geschlechterverhältnisses nicht systematisch analysierten.

In Folge dessen haben Theoretiker*innen wie Silvia Federici, Frigga Haug und viele mehr in den letzten Jahren feministische und materialistische Analysen verbunden und eindrücklich aufgezeigt, dass Patriarchat und Kapitalismus untrennbar zusammenhängen und sich gegenseitig bedingen.

Zum Verhältnis von Patriarchat und Kapitalismus

Das was heute gern als »traditionelle« Form der Geschlechterordnung bezeichnet wird, formierte sich als Reaktion auf gesellschaftliche Veränderungen im Zuge der sich entfaltenden Industriegesellschaft, in der Arbeitskraft zur Ware wurde, sowie im Zusammenhang mit dem modernen Gleichheitsversprechen aller Menschen. Angesichts enormer kultureller und gesellschaftlicher Umwälzungen von der Ständegesellschaft hin zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft im Laufe des 19. Jahrhunderts, musste die Geschlechterungleichheit neu legitimiert und gefestigt werden. Die moderne Gestalt des Geschlechterverhältnisses formierte sich in Wechselwirkung mit der für den Kapitalismus charakteristischen Trennung von Lohnarbeit in der öffentlichen Produktionssphäre einerseits und Haus- bzw. Sorgearbeit in der privaten, familiären Reproduktionssphäre andererseits. Diesen beiden neu entstandenen Sphären wurden jeweils stereotype Geschlechtscharaktere zugeordnet, welche bestimmte Eigenschaften verlangen. Frauen seien aufgrund ihres fürsorglichen und emotionalen Charakterwesens »natürlich« geeigneter für das Häusliche, als der lohnarbeitende und rational denkende Mann. Diese polare Gegenüberstellung von zugeschriebenen Eigenschaften wie rational-emotional, stark-schwach oder aktiv-passiv lassen sich unendlich weiterführen und implizieren dabei immer die Annahme einer von Natur aus gegebenen körperlichen, geistigen und sozialen Verschiedenheit der Geschlechter, aus der die Notwendigkeit gesellschaftlich strikt getrennter und sich gleichzeitig harmonisch ergänzender Bereiche abgeleitet wird. Dabei ist das Weibliche insgesamt mit der Natur gleichgesetzt, von dem sich der Mann als souveränes und vernunftbegabtes Individuum abgrenzen müsse. Die naturalisierte Arbeitsteilung beinhaltet damit auch immer, dass es sich bei der Geschlechterordnung weiterhin um ein hierarchisches Verhältnis handelt. Das manifestiert sich vor allem darin, dass die von Frauen zu leistende Reproduktionsarbeit unentlohnt ist. Als gesellschaftsstabilisierendes Ordnungsprinzip ist die gegensätzliche und gleichzeitig ergänzende Bestimmung der Geschlechtercharaktere als fortwährende Absicherung patriarchaler Herrschaft zu verstehen. Die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung ist somit die Schnittstelle, an der sich Kapitalismus und Patriarchat systematisch ineinander verflechten. Dabei besteht die Wechselwirkung darin, dass die kapitalistisch-bürgerliche Gesellschaft auf die heteronormative Geschlechterordnung angewiesen ist, um zu funktionieren.

An dieser Stelle kommt die zweite Ebene des materialistischen Feminismus ins Spiel: die Psychoanalyse. So kann die Psychoanalyse nachweisen, wie mit der Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft auch das männliche Subjekt entstand. Für dieses Subjekt ist es konstitutiv und überlebenswichtig, dass es ein Anderes – das Objekt Frau – gibt, von dem es sich abgrenzen kann. Der Mann ist darauf angewiesen, sich als Subjekt zu verstehen, das die Natur beherrscht und keine Angst vor ihr haben muss. Er schreibt sich selbst der Seite der Kultur, also der Zivilisation zu und die Frau der Natur. Das männliche Subjekt gilt dadurch als Zentrum und Norm und alles andere, sowohl die Natur als auch die Frau, existiert nur im Verhältnis zu ihm. Insgesamt gibt es einen Zwang zur Zweigeschlechtlichkeit, unter dem zunächst einmal alle Menschen von Geburt an leiden. Subjekte werden vergeschlechtlicht, sie müssen sich immer zu den beiden Geschlechtern Mann und Frau und den jeweiligen Rollenerwartungen verhalten. Die beiden Geschlechter sind somit historisch gewordene. Selbstverständlich gibt es Menschen, die sich nicht als Mann oder Frau identifizieren, dennoch wirken die geschlechtlichen Identitätszwänge auf alle Menschen, egal wie diese sich definieren. Die Ideologie der

Zweigeschlechtlichkeit ist neben der Verflechtung von Patriarchat und Kapitalismus die zweite Hürde, die es uns so schwer macht, Geschlechterverhältnisse einfach abzuschaffen.

Außerdem sind Kapitalismus und Patriarchat trotz ihres wechselseitigen Verhältnisses auch als zwei unterschiedliche Strukturen zu begreifen. Denn die Emanzipation der Frau funktioniert in dieser Gesellschaft als Kampf gegen patriarchale Unterdrückung, jedoch häufig auch als Integration der Frau in den Kapitalismus, sodass die Verwertbarkeit aller Arbeitskraft scheinbar »gleichermaßen« voranschreiten kann. Auch wenn die Trennung von Reproduktions- und Produktionsarbeit in den letzten Jahrzehnten durch sozialstaatliche Interventionen wie Elternzeit für Väter oder Frauenquoten in Aufsichtsräten und Anderes eine vermeintliche Veränderung erfahren haben soll, bleibt der größte Teil der Aufgabenbereiche gesellschaftlicher Reproduktion, wie Hausarbeit, Kindererziehung und nicht zuletzt Fürsorgearbeit in jeder Form zwischenmenschlicher Beziehungen weiterhin unentlohnt an Frauen hängen. Menschen werden somit eben nicht gleichermaßen ausgebeutet. Die Soziologin Regina Becker-Schmidt bringt dieses zentrale Missverhältnis mit dem Begriff der doppelten Vergesellschaftung auf den Punkt. Frauen müssen einerseits unentlohnt Hausarbeit leisten, damit alle anderen lohnarbeiten können, andererseits arbeiten Frauen heute gleichzeitig zum größten Teil selbst bezahlt als Lohnarbeiter*innen. Sie sind im kapitalistischen System also doppelt verwertbar für die Gesellschaft und werden daher doppelt unterdrückt – als Lohnarbeiter*in und als Frau.

Es bleibt also dabei: kapitalistische Wirtschaftsweisen bestimmen all unsere Lebensbereiche. Dabei wird zwar suggeriert, wir könnten uns innerhalb dessen selbst verwirklichen und uns nach unseren Vorstellungen definieren, der individuelle Erfolg im Kapitalismus basiert aber weiterhin auf der Fürsorge und Versorgung durch Andere – nämlich durch Frauen. Das Geschlechterverhältnis als Nebenwiderspruch neben dem Hauptwiderspruch der kapitalistischen Ausbeutung zu analysieren ist somit falsch und verkürzt komplexe und historisch gewachsene Zusammenhänge. Auch wenn gesellschaftliche Zuschreibungen mittlerweile nicht selten abgelehnt werden, wird von Kritiker*innen jedoch häufig nicht begriffen, dass die individuelle Handlungsmacht und die angebliche Wahlfreiheit durch vorherrschende Strukturen eingegrenzt werden und dass gesellschaftliche Benachteiligung nicht allein durch individuelle Leistungsoptimierung der Frau aufgehoben werden kann. Wenn Frau beispielsweise jede Woche zum Yoga geht, um das eigene Wohlbefinden zu steigern, geht es ihr danach vielleicht tatsächlich individuell kurzfristig besser. An den strukturellen Ursachen ihres Leidens – früh aufstehen, Kinder und Mitbewohnende versorgen, lohnarbeiten, WG-Küche putzen, einkaufen, Essen kochen und abends erschöpft ins Bett fallen – welches sie mit anderen Frauen teilt, ändert das aber nichts. Auch Analysen, die davon ausgehen, dass die herrschende Geschlechterordnung ausschließlich durch soziales Handeln entstehe, greifen unserer Auffassung nach zu kurz. Die soziale Wirklichkeit gilt diesem Ansatz entsprechend als ein Konstrukt, welches mit individueller Dekonstruktion aufgelöst werden könnte. Das heißt, dass wir durch unser eigenes Handeln in der Lage wären, Geschlecht und unsere Umwelt zu dekonstruieren also aufzulösen. Die Welt, wie sie heute ist, wurde zwar von Menschen gemacht, allerdings wird hier ausgeblendet, dass sich diese konstruierten Verhältnisse mittlerweile verdinglicht haben, also materiell geworden sind. Das bedeutet, dass es eine Realität gibt, mit der wir umgehen müssen und die nicht dadurch zu ändern ist, dass wir z.B. Sprache anders benutzen, denn Kapitalismus ist auf die Aufrechterhaltung des Geschlechterverhältnisses angewiesen. Feministische Analysen, die sich auf individuelle Identitäten beschränken, können einschränkenden Charakter haben. Nur die Kritik an sprachlicher Repräsentanz und der Versuch des Auflösens der Geschlechter reicht nicht aus, um Kapitalismus und Patriarchat abzuschaffen. Wir halten es für wichtig, Identität als ein Herrschaftsinstrument anzuerkennen, d.h. Identität und Herrschaft nicht nur sprachlich, sondern auch materiell zu verstehen.

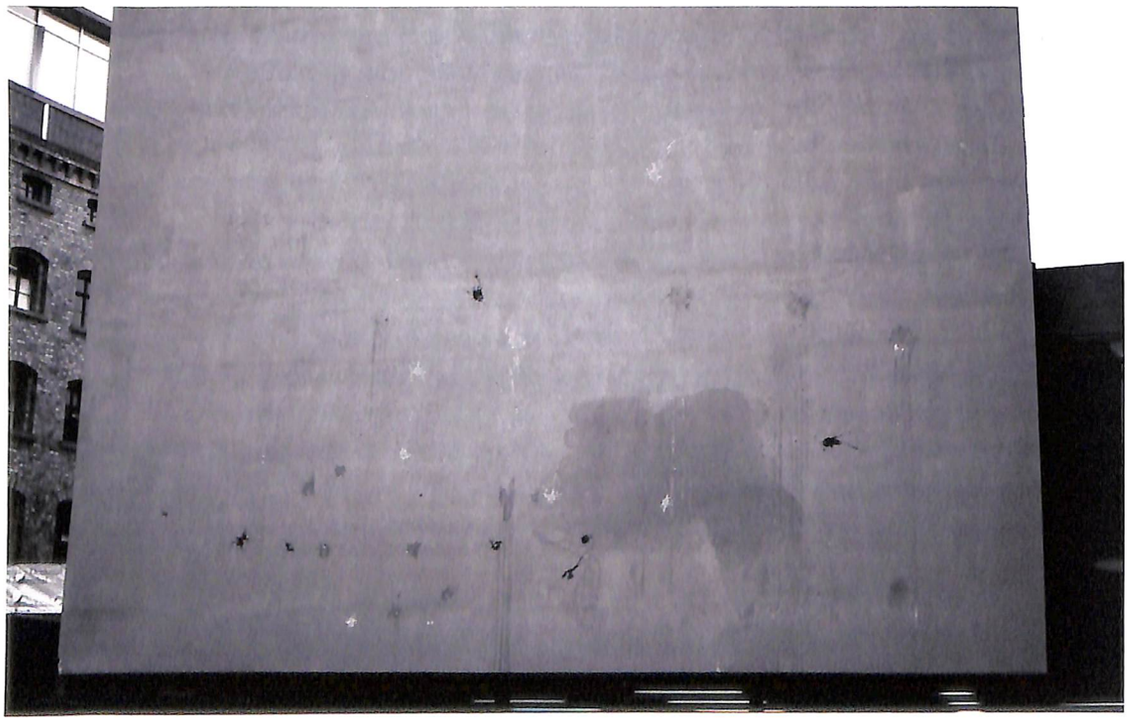
Die moderne Gestalt des Geschlechterverhältnisses formierte sich in Wechselwirkung mit der für den Kapitalismus charakteristischen Trennung von Lohnarbeit in der öffentlichen Produktionssphäre einerseits und Haus- bzw. Sorgearbeit in der privaten, familiären Reproduktionssphäre andererseits.

Auf der Suche nach der Praxis

Materialistischer Feminismus nimmt dabei nicht nur gesellschaftstheoretisch und in emanzipatorischer Perspektive die Gesamtheit der Verhältnisse in den Blick, unter denen Geschlechterungleichheit (re)produziert wird und sich verschiedene Herrschaftsverhältnisse verschränken, sondern erkennt auch Möglichkeiten des Widerstands. Feminismus muss neben der Kritik der bestehenden Verhältnisse nämlich vor allem auch die Suche nach praktischen Strategien bedeuten, diese zu verändern und unserer Utopie vom besseren Leben näher zu kommen. Dies ist vor allem dadurch erschwert, dass das Problem ein strukturelles und eben nicht nur ein individuelles ist, was sich vergleichsweise einfach und schnell lösen ließe. Kapitalismus und Patriarchat lassen sich ja nicht eben einfach von heute auf morgen abschaffen. Zumindest ist klar, dass auch der Versuch vermeintlich widerspruchsfreie Identitäten zu finden und deshalb nicht mehr von Frauen zu sprechen, diese Strukturen nicht zerstört. Komplett widerspruchsfreie Identitäten wird es in der jetzigen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsform niemals geben können! Und auch Events wie die Female Future Force, mit dem Ansatz, einfach individuell an sich und der eigenen (wirtschaftlichen) Situation in der Gesellschaft etwas verbessern zu wollen, können keine langfristige Lösung – nämlich die Abschaffung von Patriarchat und Kapitalismus – bringen.

Sinnvolle Praxen sind z.B. politische Streiks wie der Frauenstreik bzw. feministische Streiks oder das Netzwerk der Care Revolution. Hier organisieren sich Frauen, die sowohl bezahlte als auch unbezahlte Lohnarbeit leisten, um sich selbst und andere aus der Vereinzelung zu holen und gemeinsam Kritik an den herrschenden Strukturen zu üben. Durch Streiks, Demos, Konferenzen und andere Aktionen können Analysen gemeinsam geschärft werden oder kann zumindest darauf aufmerksam gemacht werden, dass die jetzigen Strukturen höchst problematisch sind.

Wir leben in einer kapitalistischen Totalität in der Reproduktionsarbeit systemstabilisierend an Frauen hängen bleiben muss und in der sich Kapitalismus immer nur in dem Maß liberalisieren wird, dass uns die Verhältnisse zwar zumutbarer erscheinen mögen, aber sich grundsätzlich nichts an der notwendigerweise patriarchal strukturierten und vergeschlechtlichten Arbeitsteilung ändern wird. Es zeigt sich: Feminismus ist notwendigerweise untrennbar von marxscher Ökonomiekritik! Deshalb ist es für uns unumgänglich die ökonomische und materielle Seite des Geschlechtsverhältnisses systematisch in unserer Analyse und Praxis mitzudenken. Der materielle und feministische Analyseansatz hilft uns, Geschlecht als das zu verstehen, was es ist: eine machtvolle Zurichtung!



Anna Kow und Virginia Kimey Pflücke (A.V. Schmidt)

[work in progress][1]

»Wer behauptet, daß die Befreiung der Frau der Arbeiterklasse darin liegt, eine Arbeit außerhalb des Hauses zu finden, erfaßt nur einen Teil des Problems, aber nicht seine Lösung. Die Sklaverei des Fließbands ist keine Befreiung von der Sklaverei des Spülbeckens. Wer dies leugnet, leugnet auch die Sklaverei des Fließbands und beweist damit noch einmal, daß man, wenn man die Ausbeutung der Frauen nicht begreift, auch die Ausbeutung des Mannes nicht wirklich begreifen kann.«
(Mariarosa Dalla Costa 1973)

»For we have worked enough. We have chopped billions of tons of cotton, washed billions of dishes, scrubbed billions of floors, typed billions of words, wired billions of radio sets, washed billions of nappies, by hand and in machines. Every time they have 'let us in' to some traditionally male enclave, it was to find for us a new level of exploitation."
(Mariarosa Dalla Costa 1972)

»Daher wäre es vielen Frauen lieber – sogar wenn es völlige ökonomische Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern gäbe –, mit Männern zu leben oder ihren Arsch zu verhökern und dadurch den größten Teil des Tages für sich zu haben, als viele Stunden langweiliger, verdummender, unkreativer Arbeit für jemand andren abzubrummen und dabei – schlimmer als das Vieh – wie Maschinen zu funktionieren; oder bestenfalls, wenn sie einen ‚guten' Job ergattern könnten, den ganzen Scheißdreck mitzumanagen.«
(Valerie Solanas 1967)

So klang Feminismus in den 1970er Jahren. Heute, da es *Feminist!*-T-Shirts bei H&M zu kaufen gibt und Angela Merkel mit Ivanka Trump über die Stärkung von Frauen in der Arbeitswelt plaudert, ist er, scheint es, längst zur Massenbewegung geworden. Nicht erst die Diskussion um eine Frauenquote in Aufsichtsräten hat gezeigt, dass der Feminismus vor allem dort Erfolge erzielt, wo es darum geht, den »Scheißdreck mitzumanagen«. Und fast haben wir sie erreicht, die völlige rechtliche und ökonomische Gleichstellung der Geschlechter – oder?
Woran sich freilich nichts geändert hat: Noch immer herrschen in geschwisterlicher Eintracht Patriarchat und Kapitalismus. Das Patriarchat da, wo Frauen, Tunten

[1] Dieser Text erschien zuerst 2013 in der *outside the box* #4. Für den Sammelband »Feministisch Streiten. Texte zu Vernunft und Leidenschaft unter Frauen« (Hg. Koschka Linkerhand) wurde er noch einmal überarbeitet. Die hier abgedruckte Textversion entspricht der in »Feministisch Streiten«.

und Transgender damit rechnen müssen, aufgrund ihrer Nicht-(natürlichen)-Männlichkeit kleingehalten, gedemütigt, vergewaltigt zu werden – worauf ihre ökonomische Stellung in der Gesellschaft zwar Einfluss hat, was aber trotzdem nicht allein an dieser hängt. Der Kapitalismus dort, wo wie eh und je der Zwang zur Selbstverwertung gilt: Weil es ihm naturgemäß nicht um die Idee des Menschen als tätiges Wesen geht, die Möglichkeit des *travail attractif*[2], bleibt jede Arbeit notwendig entfremdet. Dass Arbeit zugleich der Zusammenhang ist, innerhalb dessen der Großteil der Menschen Sinn, Struktur, Sozialleben und Anerkennung erfahren, verschärft die Problematik nur. Unter Zwang zu tun, was man will – Stichwort Selbstverwirklichung –, verleiht dem Wollen notgedrungen einen schalen Beigeschmack: Am Ende sind die Ziele der Firma eben doch nicht meine; auch dann nicht, wenn die Firma ich selbst bin. Und die Abhängigkeit von Arbeitgebern gegen eine Abhängigkeit vom Staat einzutauschen, verbleibt in der Logik von Prekarität und Willkür. Schon länger werden die kleinen Spielräume des Wohlfahrtsstaats zurückgenommen. Wer früher in Situationen materieller Bedürftigkeit Sozialhilfe bekam, muss sich jetzt dazu verpflichten, als potenzielle Arbeitskraft in egal welcher Form auf Abruf zu bleiben. In der Realität des Jobcenters hat Arbeit dann auch nichts mehr mit dem protestantischen Gedanken an Beruf(ung) zum (gottgewollten) Schaffen im Sinne Max Webers zu tun. Es reicht die Pseudo-Tätigkeit, die vor allem eines bewirken soll: die Arbeitslosenzahl in einem gesellschaftlich gerade noch akzeptablen Maß zu halten.

Im Unterschied zur ökonomie-kritischen feministischen Bewegung früherer Jahrzehnte behauptet der Mainstream-Feminismus heute, es werden weiterhin »wichtige und vor allem symbolische Schritte« (Groll 2012) nach vorn gemacht – während sich zugleich die Lage des Proletariats (und Prekariats) in diesen Zeiten der Rezession massiv verschlechtert. Inmitten von Sparpaketen und Generalstreiks in halb Europa dreht sich das Rad der Emanzipation der Frauen stetig weiter, so die bürgerliche Ideologie.[3] Ist es vielleicht nicht Marx, sondern sind es diese Stimmen, die die Frauenfrage letztlich zu einem Nebenwiderspruch machen, dessen Überwindung den Kapitalismus nicht gefährdet, sonde ihm sogar zugutekommt? Die Philosophin und Jour listin Nina Power schreibt dazu in *Die eindimension Frau*: »Würde man den zeitgenössischen Darstellun formen des Weiblichen glauben, so belaufen sich die tuellen Errungenschaften einer Frau anscheinend a den Besitz teurer Handtaschen, eines Vibrators, ein Jobs, eines Appartements und eines Mannes – verm lich in dieser Reihenfolge. [...] Wie konnte es so weit ko men? Haben sich die Anliegen der Frauenbewegung d 20. Jahrhunderts in Form von Shopping-Paradiese für ‚freche', selbstverliebte, schamrasierte Playboy-Hä chen-Klone erfüllt? Dass der Höhepunkt angeblich weiblicher Emanzipation so schnurgerade mit dem Ko sumdenken zusammenläuft, stellt unserer politisch des laten Zeit ein erbärmliches Zeugnis aus.«

Der Feminismus hat historisch zweierlei versucht: zu einen, das Weibliche – und damit ist auch und vor a lem das gemeint, was die patriarchale Gesellschaft a weiblich definiert und auf die Frauen abgeschoben ha – zu seinem Recht kommen zu lassen und die androze trische Verfasstheit von Subjekt und Gesellschaft zu e schüttern. Hierzu gehörten Positionen, die die Differen betonten und eine andere Sprache, eine andere Wisse schaft, neue Lebens- und Beziehungsformen forderte die von den etablierten bürgerlich-männlichen abwe chen. Neben esoterischen Lebenshilfen etablierte dies unter dem Label Differenzfeminismus bekannte Frauen bewegung wichtige künstlerische, politische, beruflich Nischen und Schutzräume für Frauen, Lesben, Trans* ohne freilich an der kapitalistischen Notwendigkeit de *homo oeconomicus* grundlegend etwas ändern zu können Zum anderen sollte Weiblichkeit als gesellschaftlich Ge wordenes verstanden und Frauen zur politischen Eman zipation innerhalb des Bestehenden, zur Teilhabe an de Freiheiten bürgerlicher Subjektivität verholfen werden Simone de Beauvoir ist eine Schlüsselfigur dieses so ge nannten Gleichheitsfeminismus. Hier sollen Frauen als Individuen einen gleichberechtigten Platz innerhalb des Kapitalismus einnehmen, wie der Mann *citoyen* und *bour geois* werden.[4] Dieser Art, wenn auch in einer verglichen mit Simone de Beauvoir deutlich weichgespülten, ver harmlosten Variante, sind realpolitische Initiativen à la Frauenquote. Sie müssen von vornherein unvollständig bleiben, wenn die Klassengesellschaft nicht mitgedacht wird: Schön und gut, wenn es im Aufsichtsrat auch Frauen gibt. Weniger schön und gut, wenn die Person, die der Aufsichtsrätin die Wohnung putzt oder deren demente Mutter pflegt, ebenfalls eine Frau ist, und zwar eine, die es hauptsächlich aufgrund ihrer Klassenzugehörigkeit, aufgrund

[2] Die Situationisten (SI) übernehmen den Begriff *le travail attractif* von Marx und der wiederum von Charles Fourier. Er meint »kreative, kooperative – im weitesten, sublimierten Sinne erotisch reizvolle – individuelle und gesellschaftliche Tätigkeit« (Baumeister, Negator 2005: 229). Im Gegensatz dazu steht *le travail répulsif*, die »abstoßende« Arbeit im Kapitalismus: Zwischen die Tätigkeit und das Individuum tritt ein widriges Hindernis äußerer (ökonomischer) und innerer (psychischer) Art.

[3] Beispielsweise Rainer Geißlers Text zur *Entwicklung der sozialen Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern* im Band *Die Sozialstruktur Deutschlands*, der sein Kapitel von 1992 trotz ständigem »Fortschritt« auch für die Ausgabe 2014 nicht groß verändern musste.

[4] In der bürgerlichen Gesellschaft werden Menschen abstrakt gleichgesetzt – als Staatsbürger (*citoyen*) sind sie gleich vor dem Recht, und auch als Tauschpartner auf dem Markt begegnen sie sich scheinbar als Freie und Gleiche. Davon abgetrennt verstanden wird die als *bourgeois* gefasste individuelle Privatperson. Mehr dazu u.a. im Artikel von Marianne Pabst und Virginia Kimey Pflücke (Spuhr) in der *outside the box* #1, 2009.

von Rassismus und internationaler Arbeitsteilung niemals auch nur in die Nähe eines Aufsichtsrates schaffen wird. Und nicht genug: Eine Kritik, die es ernst meint mit der menschlichen Emanzipation, müsste die Gesellschaft kritisieren, die Aufsichtsräte (und damit Kapitalgesellschaften, Wertschöpfung, Verteilung von Gütern fernab von Bedürfnis und Wunsch) überhaupt erst notwendig macht.

So sehr man dem Gleichheitsfeminismus Respekt zollen muss für die immanenten Verbesserungen, die in seinem Namen erkämpft wurden: In Vergessenheit geraten ist, dass Feminismus schon einmal mehr wollte als bloß ein größeres Stück vom Kuchen bzw. Arbeitsmarkt bzw. Monatslohn (von dem ein größeres Stück zu kriegen immerhin schon mal was wäre: auch im Jahr 2016 verdienten Frauen in Deutschland im Durchschnitt 21 % weniger als Männer). »Im Gegensatz zu anderen meinen wir nicht, dass die Alternative zur Hausarbeit Fabrikarbeit heißt. Hausarbeit wie Fabrikarbeit sind gleichermaßen Zwangsarbeit, die wir leisten müssen, weil wir das Geld zum Leben brauchen, das das Kapital uns gibt: entweder direkt oder durch Männer. [...] Wenn wir Lohn für Hausarbeit fordern, so meinen wir, dass wir das Geld brauchen, aber nicht die Arbeit«, schrieben die Autorinnen der Kampagne *Lohn für Hausarbeit* im Jahr 1973. In Vergessenheit geraten ist auch die Kritik des Differenzfeminismus, dass Menschsein vielleicht mehr bedeuten könnte als der scheinbar autarke, selbstbeherrschte und stets rationale *homo oeconomicus;* dass eine gesellschaftliche Transformation also auch die Frage danach stellen muss, mit welchen schmerzhaften Beschneidungen menschlichen Potenzials nicht nur Weiblichkeit, sondern eben auch Männlichkeit einhergeht.

Das Problem einer feministischen Gesellschaftskritik ist, dass man es hier mit *zwei* Strukturen zu tun hat – Kapitalismus und Patriarchat –, die ineinandergreifen, aber weder historisch noch strukturell gänzlich in eins fallen. Die Emanzipation der Frau funktioniert somit in dieser Gesellschaft als Kampf gegen patriarchale Unterdrückung – aber auch als Integration der Frauen in den Kapitalismus. Läuft so am Ende der Feminismus der Ersten und Zweiten (und Dritten) Frauenbewegung darauf hinaus, was dem Kapitalismus sowieso recht ist: dass alle verfügbare Arbeitskraft gleichermaßen verwertet wird? »Gleichermaßen« vergisst einen wichtigen Punkt: den der Reproduktionsarbeit. Der Geschlechtermythos der kapitalistischen Gesellschaft unterteilt Menschen auch deswegen in Männer und Frauen, weil Frauen für Reproduktion zuständig sein sollen – und Männer nicht. Es waren Feministinnen, die darauf aufmerksam gemacht haben, dass das, was gemeinhin als Arbeit gilt, auf den unsichtbaren und unbezahlten Tätigkeiten von Frauen beruht. Hier ist also die wertschaffende Lohnarbeit – dort die nur reproduktive Arbeit (Hausarbeit), die in der bloßen Notwendigkeit des Erhalts der Gattung verhaftet bleibt und den Frauen quasi natürlich von der Hand gehen soll. Die bürgerliche Gesellschaft erscheint so getrennt in öffentlich und privat, Produktion und Reproduktion. Mit der Kritik daran wird zugleich das Idealbild patriarchal-kapitalistischer Subjektivität entlarvt: Hinter diesem Subjekt, das sich frei und autark wähnt, steht eine Person (zumeist Frau), die ihm die Hemden bügelt, seinen Kindern Schulbrote schmiert und ihm abends zärtlich die Anspannung des Arbeitslebens aus den Schultern massiert. Dabei wurde nicht nur die Hausfrau zum halben Menschen, zum schwachen Geschlecht – sondern auch der idealtypische, nur produktive Mann bleibt notgedrungen unvollständig durch das Vermeiden der Reproduktionsarbeit, durch das Vermeiden des als weiblich Deklarierten überhaupt.

Die Trennung der Tätigkeiten – hier produktiv/männlich, dort reproduktiv/weiblich – ist seit Langem Teil unseres

Schön und gut, wenn es im Aufsichtsrat auch Frauen gibt. Weniger schön und gut, wenn die Person, die der Aufsichtsrätin die Wohnung putzt oder deren demente Mutter pflegt, ebenfalls eine Frau ist, und zwar eine, die es hauptsächlich aufgrund ihrer Klassenzugehörigkeit, aufgrund von Rassismus und internationaler Arbeitsteilung niemals auch nur in die Nähe eines Aufsichtsrates schaffen wird.

Selbstverständnisses. Dennoch ist das damit verknüpfte Idealbild der Frau als Hausfrau, wie Laurie Penny es nennt, »Geschichtsfälschung«: Because *Women Have Always Worked.*[5]

Die Verwandlung der Frauen in eine »unbezahlt dienstleistende Klasse«, wie es der linke Ökonom Kenneth Galbraith 1973 ausdrückte, war zentraler Bestandteil der Nachkriegspolitökonomie westlicher Industriestaaten: »the servant-wife is available, democratically, to almost the entire present male population« (Galbraith 1973: 33). Als sogenannte Hausfrauenehe in Deutschland bis 1977 gesetzlich festgeschrieben, bedeutete dies, dass die Ehefrau nur dann berufstätig sein durfte, wenn sie dadurch ihre familiären Verpflichtungen nicht vernachlässigte. Reichten die Einkünfte des Mannes für den Familienunterhalt nicht aus, war sie allerdings verpflichtet zu arbeiten (vgl. von Münch 15.10.1976). Dass der Lohn des einen ausreicht, um die unbezahlte Hausarbeit der anderen darunter zu subsumieren, war auch schon im Kontext des relativ üppigen patriarchalen Wohlfahrtsstaates der 1950er bis 1980er Jahre nicht die Regel. Für die meisten Menschen in den meisten Regionen der Welt sah die Realität die meiste Zeit anders aus: Frauen arbeiteten, schlechter bezahlt, und waren nicht statt, sondern zusätzlich zu ihrer Erwerbsarbeit noch für Haushalt und Erziehung zuständig. Die reine Hausfrau wird damit zu einem relativ kurzlebigen Phänomen einer privilegierten Schicht. Die so genannte Doppelbelastung von Lohnarbeit plus Hausarbeit war und ist außerhalb bürgerlicher Idealvorstellungen der Normalfall und Teil unserer patriarchalen Geschichte.

Ohne ein Verständnis vom Kapitalismus, seiner Geschichte und den Subjekten, die er notwendig produziert, ist das heutige Geschlechterverhältnis nicht zu durchschauen. Der im Sinne des Kapitals voll ausgebeutete Arbeiter stößt ja schon an die Grenzen des Machbaren, wenn er neben dem normalen Arbeitstag nur schlafen und essen muss. Er kann sich nicht auch noch um sich, Familie, Wohnung und Freizeit kümmern. Er braucht idealerweise ein Anderes, das von Anfang an die Rolle der Oase, des Hafens der Geborgenheit bietet. Das klingt antiquiert – aber ist es nicht auch heute noch so? Es ist doch kein Zufall, dass mit dem Ende der Jugend, dem Verfestigen der Beziehung, den ersten Arbeitsverhältnissen und spätestens mit dem ersten Kind bei vielen von uns und unseren Freund_innen plötzlich selben Mühlen greifen wie bei unseren Eltern. Plötz ist man doch die mit der Teilzeitstelle, die dem ande den Rücken freihält und stärkt und von dessen Eink men abhängig ist.

Aus diesem patriarchalen Verhältnis gab und gibt es nächst drei Auswege:

1. *Selbst voll lohnarbeiten gehen.* Als Frau[6] also ebenf die Position des scheinbar freien, autarken Subjekts nehmen, das sich fortan mit dem gleichen Problem umschlagen muss, das auch vorher schon nicht gelöst v Wer macht die Hausarbeit?

Version a) betrifft die meisten: Frau macht sie selbst u zerbricht schier an der Doppel- oder Dreifachbelastu die dadurch entsteht. Dieses Modell wird, wie wir spä tens seit den Untersuchungen von Sarah Speck und Co lia Koppetsch (2015) sowie Ann-Madeleine Tietge (20 wissen, vom Mythos der »unterschiedlichen Sauberke standards« gestützt. Dass der Mann im Haushalt weni macht (oder das, was er macht, nur halb), liegt demna nicht etwa am verinnerlicht-subtilen Gefühl, dafür ni zuständig zu sein, sondern daran, dass er einfach weni verkrampft, weniger hysterisch an die Sache heran g dass ihn der Dreck nicht stört, er die Unordnung ni wahrnimmt, und auch sonst, was die Notwendigkeiten Reproduktion angeht, einfach gechillter ist als die ihn angenehm an seine meckernde Mutter erinnernde Fre din, Mitbewohnerin oder Mutter seiner Kinder.
Version b) betrifft noch ein paar: Frau (und Mann) verd nen genug Geld, um eine andere Person (zumeist Fra dafür zu bezahlen, das Porzellan abzustauben und de Kleinkind den Brei aus dem Gesicht zu wischen. Schwup hat sich dann das Geschlechterproblem – teilweise – a eine Klassenebene verschoben. Man könnte es »Eman pation einiger weniger Frauen auf Kosten anderer Frau (oft Migrantinnen)« nennen[7].

Version c) wird aus unterschiedlichen Gründen kau praktiziert: Frau hat eine/n Partner/Partnerin, der/d zu Hause bleibt, während sie arbeiten geht. Dadurch h sich an der Struktur nicht viel geändert – außer dass e paar wenige Frauen auch endlich in den Genuss einig männlicher Privilegien kommen. (Denen das, *by the w* aus vollem Herzen gegönnt sei: Hat die starre Aufteilu in männliche und weibliche Bereiche doch nicht nur d Frauen die Karriere und das Geld verweigert, sonde auch den Männern die Möglichkeit zu Care-Arbeit, ziehung und der Schaffung eines schönen Zuhauses. M

[5] So der Titel des schönen Buches von Alice Kessler-Harris (1981). Das Zitat von Laurie Penny stammt aus *Fleischmarkt* (2012).

[6] Wenn wir im Folgenden von »der Frau« und »dem Mann« sprechen, soll dies weniger die Realität individueller Beziehungsformen beschreiben (als gäbe es jenseits der klassischen cis-heterosexuellen Paarversion keine), sondern in erster Linie zwei historisch gewordene ungleiche Positionen innerhalb einer patriarchal/kapitalistischen Gesellschaft. Silvia Federici schreibt dazu: »Wenn es stimmt, dass die Geschlechteridentität in der kapitalistischen Gesellschaft zur Trägerin bestimmter Arbeitsfunktionen wurde, dann sollte Gender nicht als rein kulturelle Angelegenheit betrachtet werden, sondern als spezifische Ausprägung von Klassenverhältnissen« (2015: 21).

Sicherheit wäre es manchen Männern lieber, von ihrer/ihrem Freundin/Freund finanziell versorgt zu werden, als zusätzlich selbst noch hackeln gehen zu müssen. Zumindest in der Theorie.)

2. *Lohn für Hausarbeit fordern.* Als wohldurchdachte kollektive Kampagne zielte *Wages against Housework* in den 1970ern nicht nur auf eine materielle Anerkennung der Reproduktionsarbeit, sondern letztlich auf die Überwindung kapitalistischer Arbeitsverhältnisse. In die Realität umgesetzt hieße das unter den gegebenen Bedingungen allerdings, den Lohnarbeitssektor auszuweiten auf das Private, bzw. heißt es das bereits: Haus- und Pflegearbeiten werden ausgelagert und vergütet, und zwar schlecht. Auch das ist eine unbefriedigende – im eigentlichen Wortsinn »perverse«, also »verdrehte« – Forderung der Feministinnen nach einer Lösung der Probleme durch den Kapitalismus. Verständlich ist diese Forderung, was den Wunsch sowohl nach Anerkennung dieser notwendigen Tätigkeiten als auch nach ökonomischer Unabhängigkeit vom lohnarbeitenden Ehemann betrifft. Schlecht umgesetzt, landet man allerdings schnell bei eher schauerlich anmutenden Vorstellungen einer bis ins Kleinste, Intimste vertraglich geregelten Gesellschaft, in der jede, aber auch wirklich jede Tätigkeit ihr monetäres Äquivalent kennt. Der Mensch wird nicht freier in der Wahl seiner Tätigkeit, nur mehr ans Idealbild des *homo oeconomicus* angepasst. Letztlich passiert das, was hier beschrieben wird, in der Praxis bereits, ohne dass das Reproduktionsproblem dadurch gelöst würde: Das Private schrumpft zusammen, zum einen, weil Arbeit sich zeitlich und räumlich immer weniger abgrenzen lässt und wir als Subjekte immer mehr mit unserer Arbeitskraft verschmelzen, zum anderen weil, siehe oben, das Verschwinden der patriarchalen Einverdiener-Kleinfamilie Lücken im reproduktiven Bereich hinterlässt, die durch professionelle Dienstleisterinnen gefüllt werden müssen.

Ausweg 1 hat sich durchgesetzt, genauer gesagt: Ausweg 1a (selber lohnarbeiten und fast an der Doppelbelastung zerbrechen). Er ist sogar fast zum Leitbild neoliberaler Subjektivität überhaupt geworden, ganz abgesehen von Geschlecht. Dagegen halten interessanterweise nur noch konservative Parteien, die Elternteile mithilfe von Eltern- und Betreuungsgeld wieder aus der Lohnarbeitssphäre hinaus in die Hausfrauenehe locken wollen. Für die meisten anderen gibt es zur Arbeit eigentlich keine Alternative. Das Arbeitsamt ist auch keine: Bei mangelnder »Kooperation« drohen Sanktionen, seit 2012 belaufen sich diese auf mehr oder weniger eine Million pro Jahr.[8]

Frauenemanzipation ist genauso wie Arbeitsrecht kein Rad, das sich quasi-natürlich immer weiter dreht und am Fortschritt der Gesellschaft teilhat.[9] Die Einführung des zurecht als »Herdprämie« verschrienen Betreuungsgeldes nennt meine Mutter »Klassenkampf von oben«: ein Instrument, arme Frauen in der Unterschicht zu halten. Alte Geschlechterrollen werden gerne beibehalten, wenn sie den Staat und das Kapital weniger kosten. Und ebenso wird die moderne Frau unterstützt, wenn es sich lohnt: Zurzeit rechnen uns kritische Journalistinnen vor, wie viel Geld der Staat sparen würde, wenn teuer ausgebildete Frauen nicht in Teilzeit- oder Hausarbeit (inklusive Ehegattensplitting) verweilten, sondern durch ein verbessertes Kita-Angebot um die Erziehung ihrer Kinder erleichtert auf den Markt geschleudert würden (Schmollack 2012). Es geht nicht um das, was wir wollen – darum ging es noch nie: Es ist nur Gendermainstreaming *at its best.*

Der Kapitalismus fühlt sich vom Feminismus nicht gestört, so lange Feminismus nicht aufs Ganze zielt. In seine Einzelteile zerlegt ist der Feminismus dem Kapitalismus (leider) nicht nur nicht schädlich, er förderte – so die These von Nancy Fraser – sogar seine Transformation hin zur aktuellen neoliberalen Variante (Fraser 2009). So ebnete die feministische Kritik am Familienlohn, der Frauen in einer ökonomisch abhängigen Position hielt, den Weg für die Norm und Notwendigkeit der Doppelverdiener-Familie: Laut Fraser ging mit der weiblichen Eroberung des globalisierten Arbeitsmarktes auch eine Flexibilisierung und Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse einher. Und die Kritik an der Fokussierung auf ökonomische Ungleichheit, die Geschlechter-, *race*- und andere Differenzen übersieht, führte dazu, dass die Klassenfrage zugunsten anderer Formen von Benachteiligung in den Hintergrund rückte. Anerkennung für alle möglichen Identitäten ist aber etwas, das der Neoliberalismus mit seinen diversity-Programmen durchaus zu geben in der Lage ist. Nur, dass diversity die Gleichheit des Sich-verkaufen-Müssens niemals antastet. (Im Gegenteil: Auch Menschen mit Behinderungen dürfen und sollen arbeiten – im Zweifelsfall jedoch innerhalb der 2015 bereits von der UN kritisierten »Sonderstruktur« Behindertenwerkstatt, d.h.: ohne Betriebsrat, ohne Mindestlohnregelung – das durchschnittliche Monatsentgelt eines Werkstattbeschäftigten betrug 2014 nur

[7] Francesca Bettio, Annamaria Simonazzi und Paola Villa (2006) nennen dies in ihrem Artikel das »Migrant in the Family«-Modell, bei dem billige Arbeitskräfte – meist Frauen aus ärmeren Ländern – die Lücke der Haus- und Sorgearbeit schließen.

[8] 943 717 Mal wurden zwischen Juli 2016 und August 2017 Hartz-IV-Leistungen gekürzt, 2012 waren sie um 38 % gestiegen und bleiben seither – trotz angeblicher sinkender Arbeitslosenzahlen – etwa auf diesem hohen Stand. Im Schnitt wurden die monatlichen Leistungen von 404€ bzw. neuerdings 409€ um 108€ gekürzt (siehe bspw. AFP/dpa vom 20.11.2012; Bundesagentur für Arbeit 2017).

[9] Das sieht man daran, dass auch die Zahlen der bürgerlichen Demographen rückläufig sind – es bleiben mehr Frauen zu Hause, nehmen Männer weniger Monate Elternzeit als vor 15 Jahren, verdienen Frauen etwa 71 % des Gehalts ähnlich ausgebildeter Männer. Das sind empirische Gegenargumente (Geißler 2014).

rund 181€ – und ohne wirkliche Chance auf Übernahme in den normalen Arbeitsmarkt [Link 2016]). Arbeit hat in dieser Form noch nicht mal mehr integrativen Charakter.)

Nicht vergessen werden darf freilich, dass die Anerkennung als gleichberechtigte Arbeitskraftbehälter de facto noch nicht erreicht ist: Frauen (und andere) leiden, wie zu Anfang schon beschrieben, eben nicht nur darunter, ihre Arbeitskraft verkaufen zu müssen, sondern auch unter Strukturen, die sie als Frauen diskriminieren. Oder auch: als Behinderte, als Schwarze, als Homosexuelle, als Migrantinnen.

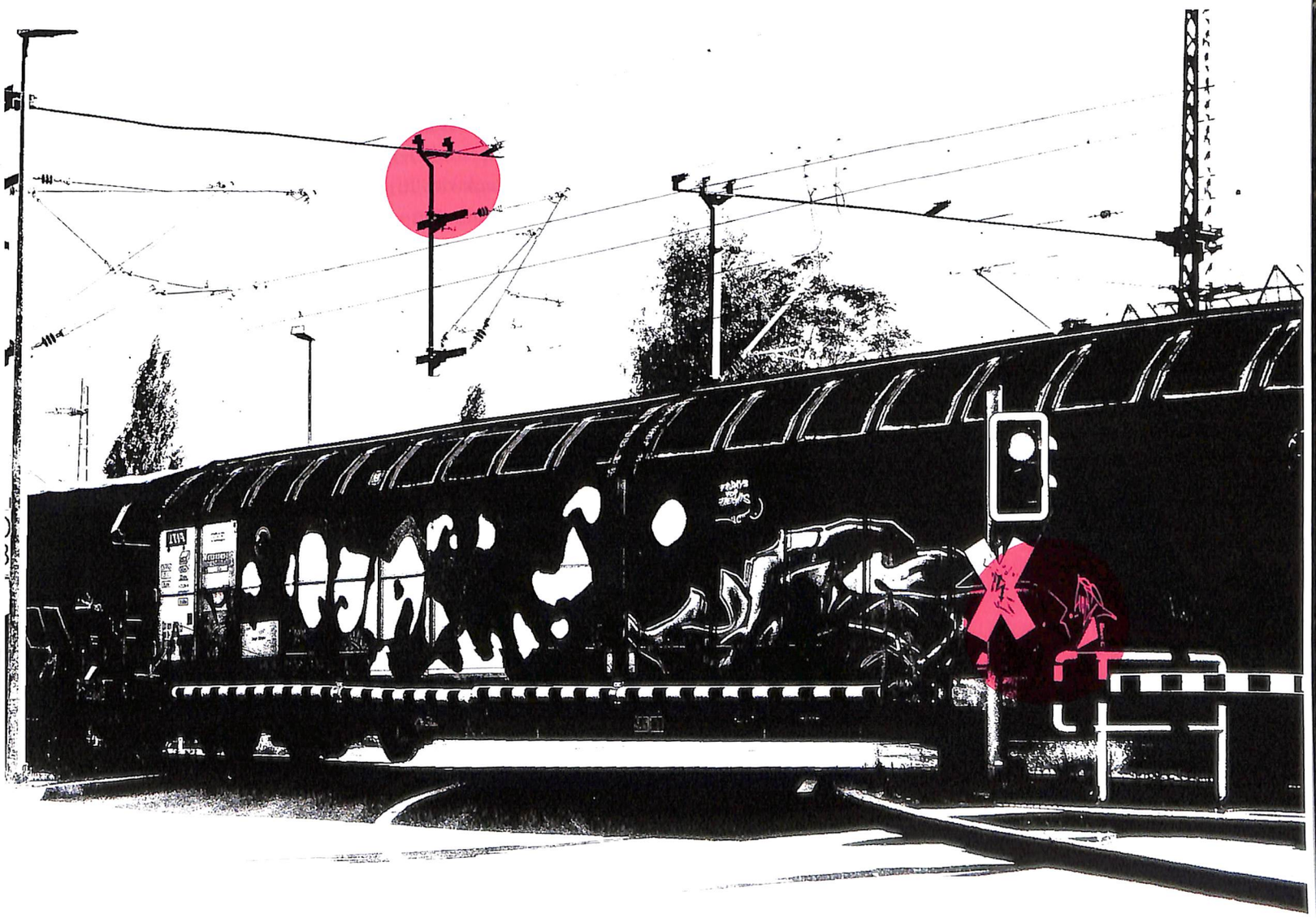
Frauenemanzipation ist keine Teilfrage der Gesellschaft, die sich an den anderen vorbei lösen ließe. Das sagten schon »die Italienerinnen«[10]: Die Frau wird doppelt ausgebeutet: durch das Kapital und durch das Geschlechterverhältnis. Im Sinne des Kapitalismus genauso wie der Mann – also innerhalb der Kategorie des Lohnarbeiters als Lohnarbeiter_in – und zudem im Sinne des Patriarchats als untergeordnetes, von der männlichen Norm abgeleitetes Geschlecht. Müsste demnach eine emanzipierte Gesellschaft nicht mehr sein als eine, in der zwar Reichtum sowie geschlechtlich codierte Funktionen und Eigenschaften gerechter verteilt sind, sich am Prinzip der notwendigen Selbstverwertung aber nichts geändert hat?

Dann bleibt eigentlich nur Ausweg 3:

Die Überwindung der Lohnarbeit. Dieser Weg wurde, wie vielleicht schon zu vermuten ist, nicht durchgesetzt. Wie lässt er sich überhaupt praktisch denken, ohne abzudriften ins nur noch Träumerische? Es scheint kaum möglich zu sein, das Ende des Kapitalismus ernsthaft zu wollen und dieses Wollen zu formulieren, ohne auf Demo-Parolen hängen zu bleiben: Nieder mit dem Kapitalismus! Was formuliert werden kann, sind bloß Fragmente: Das Ende der Arbeit würde bedeuten, neue Vermittlungsformen zu suchen zwischen den Bedürfnissen der Menschen und den dazu notwendigen Tätigkeiten; die Möglichkeit zum travail attractif jenseits der Trennungen des Kapitalismus, zur vollständigen Verwirklichung menschlichen Potentials jenseits der Frage nach Verwertbarkeit. Subjekte, die frei sind, ohne dafür die Unfreiheit der anderen zu brauchen – basierend auf der Erkenntnis, dass alle voneinander abhängig sind, dass zwar individuelle Freiheit das höchste Ziel, aber in dieser die Bedingtheit der Einzelnen durch die anderen schon mitgedacht sein muss.

[10] Gemeint ist der italienische Feminismus der 1970er Jahre, wie er vom *Collettivo feminista di cinema* mit Annabella Miscuglio ausgedrückt wird (bspw. der großartige Film *L'agettivo donna* von 1974). Ausformuliert findet man die These auch bei Luisa Abbà et al. (1972).

Anerkennung für alle möglichen Identitäten ist aber etwas, das der Neoliberalismus mit seinen diversity-Programmen durchaus zu geben in der Lage ist. Nur, dass diversity die Gleichheit des Sich-verkaufen-Müssens niemals antastet.



Tina Sanders

Looking for Someone Special:

Zur Rolle von Diversität im postindustriellen Kapitalismus

Im Zuge des öffentlichen wie auch Spezialdiskurses zum Thema Diversität am Arbeitsplatz wird z.B. die Frauenquote stets von vor allem link(sliberal)en Kreisen als Instrument der Gerechtigkeit angesehen. Jedoch handelt es sich bei Methoden des diversity managements stets um Ideologie anstatt um gesellschaftliches Allgemeininteresse, das ein Ende der Ausbeutung und Zurichtung zur Folge hätte.

Die Transformation der Ökonomie

Laut dem deutschen Soziologen Andreas Reckwitz transformiert sich »seit den 1980er Jahren ... die westliche Wirtschaft von einer Ökonomie der standardisierten Massengüter zu einer der Singularitäten« (Reckwitz 2018: 111.). Neben der Singularisierung der Ökonomie und ihrer Güter durchlaufen sie eine Kulturalisierung, da sich ein »Strukturwandel von den funktionalen Gütern zu jenen Gütern ..., denen die Konsumenten primär einen kulturellen Wert und kulturelle Qualitäten zuschreiben«, vollzieht (ebd.). Neben Gütern werden Konsum und die Produktionsformen ebenfalls singularisiert und kulturalisiert, die creative economy[1] wird zu einer treibenden wirtschaftlichen Kraft. Das Primat des Allgemeinen der industriellen Ökonomie der Moderne wird seit den 1970er Jahren, ergo in der Post- bzw. Spätmoderne, von einem »der Ökonomie des kulturell Besonderen abgelöst« (Reckwitz 2018: 113.): So sollten postindustrielle Affektgüter – Dinge, Objekte, Ereignisse, mediale Formate oder individuelle Dienstleistungen – über Einzigartigkeit im Sinne der Authentizität und Originalität, aber auch Emotionen und Identifikationspotenzial, z.B. anhand ethischer Parameter, verfügen.

Die Produktion dieser Güter in Form der kulturellen bzw. kreativen Arbeit führt zu neuen Arten der Organisation und Arbeit, die zumeist auf digitalen Techniken und somit flexibler Spezialisierung und zeitlich limitierten und kulturell und sozial diversen Projektteams und/oder Netzwerken basieren (Reckwitz 2018: 113, 199, Boltanski/Chiapello 2006: 152 – 176, 191 – 193.). Es folgt eine Singularisierung der Arbeitssubjekte, welche über allgemein-standardisierte formale Qualifikationen hinaus Profil, unternehmerische, kulturelle, emotionale und soziale Kompetenzen, Talent und eine

[1] Der Begriff meint bestimmte Branchen, »die sich historisch an der Peripherie der industriellen Massenproduktion entwickelt haben und deren Wertschöpfung und Beschäftigtenzahl seit den 1980er Jahren absolut und relativ zur Gesamtökonomie signifikant angewachsen sind« (Reckwitz 2018: 115.). Dazu zählen Architektur, Werbung, die Kunst bzw. das Kunsthandwerk, Musik, Film und Video, Design und Mode, Computerspiele und -dienste und Softwareentwicklung, Medien aller Art, aber auch die Erlebnisökonomie von Tourismus und Sport (ebd.)

[2] Diversity management »bezeichnet die Anerkennung und Nutzbarmachung von Vielfalt in Unternehmen« (Lies o.J.). Das erklärte Ziel hierbei ist »erfolgsrelevante Aspekte der Vielfalt in Unternehmen zu identifizieren und den Nutzen von unterschiedlichen individuellen Kompetenzen, Eigenschaften, Haltungen und kulturellen Hintergründen zu erschließen« (ebd.).

möglichst außergewöhnliche Persönlichkeit, aber auch ein hohes Maß an Flexibilität, Eigeninitiative und somit Performanz vorweisen müssen (Reckwitz 2018: 113f., 194, Boltanski/Chiapello 2006: 289.). Reckwitz führt in *Die Gesellschaft der Singularitäten* von 2018 aus, dass »... auch Wirtschaftszweige, die sich in der organisierten Moderne der Produktion industrieller Gebrauchsgüter oder den klassischen Dienstleistungen widmeten, sich in Richtung kultureller Singularitätsgüter umformatieren« (Reckwitz 2018: 116.). Es handelt sich also um eine Postindustrialisierung der Produktion der Gesamtheit von Gütern und Dienstleistungen, welche immer mehr die Züge der creative economy annehmen und sich zu einer Singularitäts- und Kulturökonomie zusammenfügen.

Gerechtigkeit als Feigenblatt

Anknüpfend an Reckwitz kann angenommen werden, dass die Ethisierung der Arbeit und des Konsums zur Konsequenz hat, dass sich sowohl als ArbeiterIn als auch als KonsumentIn viel eher mit einem Unternehmen identifiziert wird, dass Frauen Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung als girl boss anbietet, sich mit Black Lives Matter solidarisiert und im Pride Month T-Shirts in Regenbogenfarben verkauft. Die französischen Soziologen Luc Boltanski und Eve Chiapello gehen bereits 1999 in ihrem Werk *Der neue Geist des Kapitalismus* von der These aus, dass der Kapitalismus und seine AkteurInnen sich immer wieder aus Krisen befreien können, indem sie diesen durch die Entlehnung einer an das Allgemeinwohl angelehnten Ideologie wie z.B. die ‚68er gerechter gestalten, ohne jedoch seine Prämisse – die Vermehrung des Tauschwerts – in Frage zu stellen (Burkart 2015: 154, 170.). Dieselben Prozesse der Vereinnahmung durch den Kapitalismus lassen sich zunehmend bei den identitätspolitisch geprägten Teilen des Feminismus oder Antirassismus beobachten, da der vom cultural turn beeinflusste Feminismus laut der US-amerikanischen Philosophin Nancy Fraser mit seinen Forderungen nach Repräsentanz und Anerkennung dem Kapitalismus in die Hände gespielt hat (Fraser 2013: 159ff.), wie sich anhand von Forderungen nach weiblichen CEOs und einer diversen workforce zeigen lässt. Der deutsche Kultursoziologe Günther Burkart knüpft an diese Beobachtung an, betont jedoch, dass die Frauenbewegung einen großen Einfluss auf die Ideale und Proteste der 68er ausübten und unterstellt diesem neuen Geist des Kapitalismus, ein feministischer zu sein. Es sei einerseits im Interesse des postindustriellen Kapitalismus bzw. der cultural economy, dass beispielsweise Frauen als Arbeiterinnen fungieren, da als weiblich konnotierte Charaktereigenschaften wie Kommunikations- und Teamfähigkeit und Empathie, aber auch universalistische Kriterien wie Leistung oder rationale Organisation immer mehr an Bedeutung zunehmen, was zu einem Abbau patriarchaler Strukturen in der Arbeitswelt führt (Burkart: 164f.). Andererseits kann er die Partizipation von vor allem Frauen am Kapitalismus sowie deren Zustimmung zu diesem sicherstellen, indem er vorgibt, geschlechtergerechter und diverser zu sein (Burkart 2015: 154.).

Diversity und die Steigerung des Unternehmenserfolgs

Dass dieses vorgebliche Entgegenkommen gegenüber ArbeiterInnen und KonsumentInnen von Seiten deren ArbeitgeberInnen, ergo AusbeuterInnen, letztere viel Gratismut kostet, lässt sich nicht zuletzt anhand der Rolle veranschaulichen, die Diversität als Ideologie gesamtgesellschaftlich im postindustriellen Kapitalismus spielt: Da man im diversity management[2] davon ausgeht, dass diverse Arbeitsteams, die Frauen, Menschen mit (familialem) Migrationshintergrund oder Behinderungen inkludieren, den Gewinn und Erfolg des Unternehmens fördern, wird diesem Anspruch selbstredend gerne nachgekommen (Prügl 2011: 73f., 81.). So wird beispielsweise Barrierefreiheit als Investition in die Zukunft des Unternehmens angesehen. Laut der deutschen Politologin Elisabeth Prügl wird diversen Teams nachgesagt, die Kreativität, Kommunikation und Produktivität und den Informationsfluss, sowie die Fähigkeit auf die Bedürfnisse einer diversen Kundschaft einzugehen, zu steigern (Prügl 2015: 619.). Eine gemischt-geschlechtliche Führungsriege verbessere außerdem die Managementqualität, aber auch die finanzielle Stabilität aufgrund einer korrelierenden Risikosenkung.

Auch laut Reckwitz wird Diversität in Unternehmen beispielsweise als »intrinsisch gut und als Bereicherung angesehen« (Reckwitz 2018: 381.). Von den ArbeiterInnen sollen möglichst diverse kulturelle Ressourcen und Charaktereigenschaften in die ganzheitlich arbeitenden politischen, kulturellen, sozialen oder bildenden Projektteams eingebracht werden, da diese ob ihrer Multiperspektivität die Chance auf innovative Ideen steigern (Reckwitz 2018: 189ff.). Arbeitssubjekte werden im Zuge von diversity als TrägerInnen bestimmter kultureller oder geschlechtlicher Merkmale verstanden und Differenzen betont und manifestiert (Reckwitz 2018: 381f., Prügl 2011: 81.), was wiederum zu einer Stereotypisierung und kulturellen oder geschlechtlichen Essenzialisierung dieser Subjekte führen kann. Entsprechend der Strömung des Liberalismus wird z.B. weibliche Differenz laut Prügl nun als Quelle von Profit, Effizienz, Wachstum und Sicherheit angesehen (Prügl 2011: 79.).

Die französischen Soziologen Luc Boltanski und Eve Chiapello gehen bereits 1999 in ihrem Werk Der neue Geist des Kapitalismus von der These aus, dass der Kapitalismus und seine AkteurInnen sich immer wieder aus Krisen befreien können, indem sie diesen durch die Entlehnung einer an das Allgemeinwohl angelehnten Ideologie wie z.B. die '68er gerechter gestalten, ohne jedoch seine Prämisse – die Vermehrung des Tauschwerts – in Frage zu stellen.

Diversität als Leitbild der Akademikerklasse

Diversität wird des Weiteren eng verknüpft mit post- bzw. spätmodernen Leitbildern wie Kosmopolitismus und Offenheit für Neues und Anderes, laut denen Differenz kein trennendes, sondern einendes Moment zu sein hat (Reckwitz 2018: 381f.). Auch der als wertvoll angesehene Lebensstil der Akademikerklasse wird als kreativ, offen, stilbewusst, unternehmerisch, kosmopolitisch und empathiefähig verstanden, was dazu führt, dass sie »sich so als Träger der zukunftsweisenden Lebensform begreifen [kann, T.S.], die zum gesellschaftlichen Maßstab gelingenden und erfolgreichen Lebens insgesamt geworden ist« (Reckwitz 2018: 284.). Diese Klasse ist es auch, welche die Singularisierung und Kulturalisierung des eigenen Lebensstils aktiv be- bzw. vorantreibt, in welchem sowohl der Wert als auch das Erleben von kulturell Einzigartigem eine Priorität einnehmen (ebd.).

Sie erwartet mehr von ihrer kreativen Arbeit als nur die Deckung des materiellen Lebensbedarfs – was der Kapitalismus laut Boltanski und Chiapellos These in Form der Ideologie seinen ArbeiterInnen auch anbieten muss (Boltanski/Chiapello 2006: 48.): Sie soll beispielsweise politisch bzw. ethisch etwas verändern, etwas Neues hervorbringen oder interessante und sinnvolle Tätigkeiten umfassen, so Reckwitz (Reckwitz 2018: 187.). Deshalb wird durch die eigene Kulturalisierung und Singularisierung der Organisationen z.B. durch Narrative des Unternehmens, außergewöhnliche Firmenevents und diversity management versucht, die ArbeiterInnen ans Unternehmen zu binden (Reckwitz 2018: 198.). Dieselben ethischen Maßstäbe legt diese Klasse auch an Unternehmen an, deren Güter sie konsumiert.

Diversity Management: Chance oder Gefahr?

Genau diese Subjekte des spätmodernen Kapitalismus, deren Interessen sich am meisten mit denen des Kapitals decken bzw. überschneiden, sind »in einem eindeutig bestimmbaren sozial-kulturellen Milieu ... – in einer sozio-kulturellen Klasse[3]«, nämlich der neuen akademischen Mittelklasse, kurz der Akademikerklasse, vorzufinden (Reckwitz 2018: 274.). Diese besteht aus denjenigen, die über ein hohes kulturelles Kapital – z.B. universitäre Bildungsabschlüsse – und eine Stelle im Bereich der Wissens- und Kulturökonomie, primär dem kreativen Milieu, verfügen, vor allem immaterielle und kulturelle Arbeit leisten und als TrägerInnen von Wissen und somit als »etwas Besonderes« gelten (Reckwitz 2018: 182, 274f., Bourdieu 1983: 188.). Sie hat sich seit den 1980er Jahren aufgrund der Bildungsexpansion, aber auch der allgemeinen Kulturalisierung und Singularisierung der Ökonomie zu einer großen Gruppe entwickelt, die – mit steigender Tendenz – etwa ein Drittel der Bevölkerung der Industrieländer ausmacht (Reckwitz 2018: 275.). Die Akademikerklasse ist es auch, in deren Interesse es ist, beispielsweise Appelle der Geschlechtergerechtigkeit in der Implementierung und Etablierung von girl bosses oder einer diverseren Belegschaft befriedet zu sehen – oder die im Gegensatz zur Mehrheit der weiblichen ArbeiterInnen oder jenen mit Migrationshintergrund sogar selbst z.B. von Frauenquoten profitiert.

In Anlehnung an die Thesen von Karl Marx und Friedrich Engels (Marx/Engels 1990: 46f.), aber auch Theodor W. Adorno und Boltanski und Chiapello kann diversity management somit als Ideologie bezeichnet werden: Da diejenigen, die sie primär ausüben bzw. von ihr profitieren und ihr auch selbst anheimfallen, zur oberen Akademikerklasse zählen und den Diskurs zu und die Etablierung von diversity management affirmativ reproduzieren, werden seine Instrumente wie z.B. die Quote gesamtgesellschaftlich als feministischer common sense anerkannt und als dem Gemeinwohl dienlich dargestellt. Dies ist jedoch nicht der Fall – Frauen sowie Menschen mit Migrationshintergrund oder Behinderungen werden nach wie vor in der Arbeitswelt benachteiligt, aufgrund von Symbolpolitik stereotypisiert und ob der nun z.B. geschlechtergerechteren, jedoch weiterhin kapitalistischen Produktionsweise in ihrer Rolle als zumeist doppelt freie LohnarbeiterInnen ausgebeutet. Die meisten von ihnen fristen ihr Dasein vor allem in schlecht qualifizierten und entlohnten Jobs im Sektor der einfachen Dienstleistungen oder der Industrie und werden beispielsweise nie davon profitieren, dass der Vorstand ihres Unternehmens ethnisch oder geschlechtlich divers ist. Wer also auf das Argument, diversity würde den Kapitalismus menschlicher machen, hereinfällt, fällt der Ideologie anheim, ein »objektiv notwendiges und zugleich falsches Bewußtsein, als Verschränkung des Wahren und Unwahren, die sich von der vollen Wahrheit ebenso scheidet wie von der bloßen Lüge« (Adorno 1979: 465.). Viel eher dient diversity management der Ausübung, aber auch Rechtfertigung der Herrschaft der Akademikerklasse und ihrer kapitalistischen Basis, da Ideologie die materielle Realität und mit ihr deren Basis, die Ausbeutungsverhältnisse, verschleiert.

[3] In Abgrenzung zum Terminus der Schicht behandelt Reckwitz die Klasse als eine soziale Gruppe, die eine spezifische Form der Arbeit, dieselbe bzw. eine ähnliche Ausstattung mit diversen Arten des Kapitals und eine ebenso gleiche wie ähnliche Lebensführung eint (Reckwitz 2018: 274).

Literatur:

Adorno, T. W. (1979): Beitrag zur Ideologienlehre. In: Soziologische Schriften I. Frankfurt am Main: Suhrkamp. S. 457 – 477.

Boltanski, L./Chiapello, E. (2006): Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz: UVK.

Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Reinhard Kreckel (Hg.). Soziale Ungleichheiten (Soziale Welt Sonderband 2). Göttingen. S. 183 – 198.

Burkart, G. (2015): Boltanski/Chiapello. Ein feministischer Geist im neuen Kapitalismus. In: Kahlert, H./Weinbach, C. (Hg.). Zeitgenössische Gesellschaftstheorien und Genderforschung. Einladung zum Dialog. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer VS. S. 153 – 175.

Fraser, N. (2013): Feminist Politics in the Age of Recognition. A Two-Dimensional Approach to Gender Justice. In: Fortunes of Feminism. From State-Managed Capitalism to Neoliberal Crisis. New York: Verso Books. S. 159 – 173.

Lies, J. (o.J.): Diversity Management. In: Gabler Wirtschaftslexikon. https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/diversity-management-53993. (letzter Zugriff: 13.02.2021).
Marx, K./Engels, F. (1990): MEW 3. Berlin: Dietz.

Prügl, E. (2011): Diversity Management and Gender.

Mainstreaming as Technologies of Government. In: Politics & Gender. No. 7. S. 71 – 89.

Prügl, E. (2015): Neoliberalising Feminism. In: New Political Economy. Vol. 20, No. 4. S. 614 – 631.

Reckwitz, A. (2018): Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.

Frauen sowie Menschen mit Migrationshintergrund oder Behinderungen werden nach wie vor in der Arbeitswelt benachteiligt, aufgrund von Symbolpolitik stereotypisiert und ob der nun z.B. geschlechtergerechteren, jedoch weiterhin kapitalistischen Produktionsweise in ihrer Rolle als zumeist doppelt freie LohnarbeiterInnen ausgebeutet.

Lothar Galow-Bergemann

Arbeitsfetisch und Antisemitismus

»Arbeit macht frei« steht über dem Tor des Vernichtungslagers Auschwitz. Wie kamen die Nazis darauf? Ist Arbeit nicht etwas Sinnvolles, Gutes? Was hat sie denn ausgerechnet mit Auschwitz zu tun? Leider sehr viel. Denn Arbeit und sinnvolle Tätigkeit sind zwei paar Stiefel. Ganz entgegen landläufiger Meinung.

Die Arbeitsgesellschaft

Das höchste Gesetz in unserer Gesellschaft steht nirgends geschrieben, aber jedeR kennt es: »Wir müssen unser Leben lang arbeiten, um Geld zu verdienen, damit wir leben können.« Dieses *Arbeiten* und der positive Bezug darauf kommt uns vor wie ein Naturgesetz. Doch schon die Herkunft des Wortes »Arbeit« in verschiedenen Sprachen sollte stutzig machen. Das altgriechische *ponein* (arbeiten) kommt von *ponos* (Mühe, Last), die französischen und spanischen Wörter für Arbeit *travail / trabajo* leiten sich aus dem vulgär-lateinischen *tripalare* ab, was nichts anders heißt als »quälen, pfählen«. Russisch heißt Arbeit *rabota, das* kommt von *rab*, der Sklave. Und das germanische *arba* heißt schlicht der Knecht. In der Antike dachte man ganz anders als heute. Gesellschaftliche Anerkennung erfuhr nicht die Arbeit, sondern der, der nicht arbeiten musste. Nur dann, so die herrschende Meinung, könne man ein freies und soziales Wesen sein. Zwar konnten sich das nur sehr wenige leisten und den allermeisten ging es schlecht. Aber dass Arbeit so wie heute schon immer als Ideal galt, stimmt einfach nicht.

Dass es soweit kam, hat eine lange Vorgeschichte. Dazu gehört das Christentum. Martin Luther z.B. war ein regelrechter Arbeitsfanatiker: »Der Mensch ist zum Arbeiten geboren wie der Vogel zum Fliegen« meinte er und: »Müßiggang ist Sünde wider Gottes Gebot« (Martin Luther, An den christlichen Adel deutscher Nation, 1520). Die Arbeit, die wir heute für so selbstverständlich halten, hat auch viel mit Militär und Krieg zu tun. Die ersten Lohnarbeiter im modernen Sinne waren die Landsknechte der stehenden Heere, denen die absolutistischen Fürsten Sold zahlten – eben die Sold-aten. Die Geschichte der Arbeit ist eine Geschichte der Gewalt. Reichte der Lohn den ersten Fabrikarbeitern länger als einen Tag, erschienen sie verständlicherweise möglichst lange nicht mehr in der 16-Stunden-Hölle. Weil aber Kapitalismus so nicht funk-

tionieren kann, wurden die Menschen mit brachialen Methoden unter das Regime der Arbeit gepresst. Lohnkürzungen zwangen selbst die Kinder in die Fabrik, damit die Familie überleben konnte. Damit die Menschen »arbeiten lernen« verhängte die Justiz für kleinste Vergehen brutale Strafen. So wurden Delinquenten in Löchern angekettet, die mit Wasser vollliefen. Um nicht zu ertrinken, mussten sie stundenlang und ohne Unterbrechung schöpfen. Andere mussten unter Peitschenhieben bis zum Zusammenbruch in Tretmühlen malochen. So genannte Zuchthäuser waren »Zwangsarbeitshäuser für hartnäckige Bettler und gemeinschädliche Müßiggänger, in welchen diese durch Zwang zum Fleiß angehalten werden« (Meyers Konversationslexikon, 4. Aufl. 1888/90). Viel Erschütterndes aus der leider weitgehend vergessenen Durchsetzungsgeschichte der Arbeit findet sich bei Robert Kurz (Schwarzbuch Kapitalismus, Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft, 1999).

Die Menschen, die im 19. Jahrhundert die Arbeiterbewegung schufen, hatten die Opposition gegen die Arbeit allerdings aufgegeben. Sie identifizierten sich sogar mit ihr und waren stolz auf sie. Vernünftige Stimmen wie die von Paul Lafargue standen auf verlorenem Posten: »Eine seltsame Sucht beherrscht die Arbeiterklasse aller Länder, in denen die kapitalistische Zivilisation herrscht, eine Sucht, die das in der modernen Gesellschaft herrschende Einzel- und Massenelend zur Folge hat. Es ist dies die Liebe zur Arbeit, die rasende, bis zur Erschöpfung der Individuen und ihrer Nachkommenschaft gehende Arbeitssucht.« (Paul Lafargue, Das Recht auf Faulheit, 1880) In den folgenden beiden Jahrhunderten wurde die Arbeit regelrecht heilig gesprochen – in der ganzen Gesellschaft und quer durch alle politischen Lager. Ein Plakat mit der Aufschrift »Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz« kann heute sowohl von der IG Metall als auch von der CDU sein.

Das höchste Gesetz in unserer Gesellschaft steht nirgends geschrieben, aber jedeR kennt es: »Wir müssen unser Leben lang arbeiten, um Geld zu verdienen, damit wir leben können.«

Und was erwartet einen an den begehrten Arbeitsplätzen? Schlagzeilen geben wieder, was sehr viele nur zu gut aus eigener Erfahrung wissen: »Burn out. Wenn Arbeit krank macht.« »Jeder Zweite klagt über Zeitdruck bei der Arbeit« »Herzinfarkt durch Überstunden« »Jeder vierte Erwerbstätige muss am Wochenende arbeiten, jeder sechste im Schichtdienst« »Unzufriedene Mitarbeiter. Null Bock auf den Job.« »Raus aus der Mühle« »Ältere Arbeitnehmer wollen möglichst schnell raus« »Aus dem Alltag ausbrechen, weit weg reisen, etwas völlig Neues ausprobieren – viele träumen davon.« Wenn es nach ihnen ginge, würden lediglich zwei Prozent der Menschen erst nach dem 65ten Lebensjahr in Rente gehen, die meistens wollen schon viel früher aufhören (Die Welt, 17.05.14.) Und was ist die Antwort? Rente mit 67, mit 68, mit 70, mit 75 – all das wird ernsthaft diskutiert. Wer heute unter 40 ist, weiß: Ich werde mit 80 noch keine Rente bekommen, von der ich leben kann. Das ist ein offenes Geheimnis. Und ein Riesenskandal. Denn die Roboter und Computer werden seit Jahrzehnten immer besser. Schon morgen werden wir im Wortsinne mit noch weniger Arbeit noch mehr Güter herstellen können. Und trotzdem sollen wir immer länger arbeiten. Was ein Irrsinn. Daran ist aber keine Bundeskanzlerin und kein Chef der Deutschen Bank schuld, sondern die absurde Logik »unserer Wirtschaft«.

Machen wir ein Gedankenexperiment, um sie näher zu verstehen. Angenommen, wir haben uns einen Schnellkochtopf zugelegt und bereiten uns damit eine leckere Mahlzeit zu. Die schmeckt nicht nur besser als mit dem alten Kochtopf, sie hat auch mehr Vitamine und vor allem ist sie in 5 Minuten fertig statt wie früher in 20. Was machen wir vernünftigerweise mit der gewonnen Viertelstunde? Auf's Ohr legen, Blumen gießen, die Freundin anrufen – wie auch immer, wir nutzen die gewonnene Zeit für anderes. Die Logik »unserer Wirtschaft« macht da nicht mit. Sie befiehlt uns: »Bloß nicht aufs Ohr legen, sondern in den 20 Minuten vier leckere Mahlzeiten machen!« »Aber wieso denn, die brauche ich doch gar nicht, mir reicht doch eine.« »Aber was Du brauchst, interessiert doch überhaupt nicht. Du musst Käufer suchen, Käufer suchen, Käufer suchen!«

Warum ist das so? Weil die *Ware* die Keimform unserer Gesellschaft ist. Hier spielt uns das Alltagsbewusstsein das zweite Schnippchen. Denn so, wie es Arbeit und Tätigkeit verwechselt, macht es auch keinen Unterschied zwischen Waren und Gütern. Doch Güter sind einfach nur Güter. Aber in der Form der Ware steckt ein ganzes gesellschaftliches Verhältnis. Sie setzt voneinander isolierte Waren*eigentümer*innen* voraus, die nicht für ihre Bedürfnisse, sondern für eine anonyme Macht arbeiten, von der ihr Wohl und Wehe abhängen: *den Markt*. Die meisten besitzen nur die *Ware Arbeitskraft* und müssen darauf hoffen, dass sich der *Arbeitsmarkt* dafür interessiert.

Die Wirtschaft, von der wir abhängen, heißt mit Recht Marktwirtschaft. Ein anderes Wort dafür ist Kapi-

talismus. Es wäre übrigens besser, bewusst und prononciert vom Kapital-Ismus zu sprechen. Denn man muss das Ding verstehen, das diesem Ismus seinen Namen gibt: das *Kapital*. Es hat eine ganz eigene innere Logik, die keine Wirtschaftsweise zuvor kannte. Es muss unaufhörlich wachsen. Hört es damit auf, gerät es sofort in die Krise. In der mörderischen Ellenbogenkonkurrenz des Marktes setzt sich Kapital nämlich nur dann durch, wenn es über genug Investitionsmittel verfügt, um möglichst viel rationalisieren, sprich Arbeit einsparen zu können. Nur so kann es einen Preis bieten, der die Konkurrenten aussticht. Um die Menge an Investitionsmitteln zu erwirtschaften, mit denen es den Konkurrenten die entscheidende Nasenlänge voraus sein kann, muss es den höchstmöglichen Profit erzielen. Weil aber *jedes* Einzelkapital bei Strafe seines Untergangs genau dasselbe machen muss, gebiert das System als Ganzes zwangsläufig eine grenzenlose Spirale der Akkumulation (Anhäufung) von Kapital. *Grenzenloses Wachstum* und *Maximalprofit* sind die DNA einer Markt-Wirtschaft. Die Märkte sind die wirklich *Herrschenden* im Kapitalismus.

Aber herrschen denn nicht immer irgendwelche Personen? Das war bis vor dem Kapital-Ismus so, aber dann wurde es anders. Ja, es gibt im Kapital-Ismus welche, die im Geld schwimmen und welche, die hungern. Es gibt »die da oben« und »die da unten«, Mächtige und Ohnmächtige. Und doch können auch die Mächtigsten nicht die Logik des Kapitals außer Kraft setzen. Sogar wenn sie das wollten. Kapital-Ismus ist eine *abstrakte* Herrschaftsform. Der ehemalige Vorstandsvorsitzende von BMW Eberhard v. Kuenheim wurde einmal gefragt, ob er denn nicht wisse, dass es viel zu viele Autos gibt und der Planet es irgendwann nicht mehr verkraftet, wenn immer noch mehr gebaut werden. Seine Antwort: »Es mag zwar zu viele Automobile auf der Welt geben, aber noch zu wenige BMWs.« (Bayernkurier 7.3. 2016). Ungewollt brachte er so die irre Logik des Kapital-Ismus auf den Punkt. Dasselbe müssen natürlich auch die Manager von VW, Daimler und Toyota sagen. Aber auch *die BMW-Arbeiterin*. Selbst wenn sie ganz umweltbewusst ihr eigenes Auto abgeschafft haben sollte, muss sie daran interessiert sein, dass möglichst viele BMW gebaut und verkauft werden. Ihr Lebensunterhalt und der ihrer Familie hängen von ihrer *Arbeit* ab. Das wissen auch die Gewerkschaft und der Betriebsrat. Von der erfolgreichen Akkumulation von Kapital hängen nicht nur die Profite, sondern auch die *Arbeitsplätze* ab. Die ganze Gesellschaft befindet sich in der Geiselhaft von ewigem Wachstum und Maximalprofit. Ohne diese wäre selbstverständlich auch der Staat handlungsunfähig, denn sein Lebenselixier Steuern kann er nur generieren, wenn die Megamaschine unaufhörlich brummt. Die Logik der kapital-istischen Gesellschaft ist absurd und selbstmörderisch: *Wir rasen auf die Wand zu, aber wir können nicht aussteigen, weil wir von dieser Raserei leben.* Besonders schmerzliche Erfahrungen macht damit zur Zeit die Klimaschutzbewegung, sobald es um die Arbeitsplätze geht.

Die Identifikation mit der Arbeit

Bei allen Interessengegensätzen zwischen Kapital und Arbeit – letztendlich sitzen beide im selben Boot der Kapitalverwertung. Arbeit ist weder »Tätigkeit« noch »antagonistischer (unversöhnlicher) Widerspruch zum Kapital«. Sie ist vielmehr herrschendes Formprinzip einer Gesellschaft der *Warenproduzent*innen und -verkäufer*innen*. Ausgangs- und Zielpunkt dieser *Warengesellschaft* ist die selbstzweckhafte Akkumulation des Kapitals. In einer anderen Gesellschaft, deren Ausgangs- und Zielpunkt nicht die Akkumulation des Kapitals, sondern der *stoffliche Reichtum* wäre, den alleine wir wirklich zum Leben brauchen, würden wir nicht *arbeiten* und *Waren* produzieren – wir wären *sinnvoll tätig* und würden *Güter* produzieren. *Arbeit* und *Ware* sind ein *Fetisch*, der uns beherrscht. Dieser Fetisch kann nicht, anders als etwa eine Ideologie, alleine durch gedankliche Reflektion überwunden werden. Aber ohne *reflektierte Kapital-Ismus-Kritik* ist uns noch nicht einmal der *Fetischcharakter dieser Herrschaft* bewusst und wir können uns nicht vorstellen, dass sie menschengemacht ist und auch wieder abgeschafft werden kann.

Doch egal, ob man diesen Fetisch durchschaut oder nicht – Leben und gesellschaftlicher Status fast aller Menschen in der kapital-istischen Gesellschaft hängen von ihrer Arbeit ab. *Ohne meine Arbeit bin ich nichts.* Das weiß man und das spürt man. Die Identifikation mit der Arbeit, zumal sie als eine Art Naturgesetz erscheint, liegt nahe. Sogar dann, wenn man sie insgeheim hasst. Es ist kein Zufall, dass auf die Frage »was bist Du?« niemand antwortet »ich bin Vater« oder »ich bin jemand, der gerne wandert, musiziert, nachdenkt oder tanzt«, sondern »ich bin Verkäuferin, Lokführer, Lehrerin, Autohändler«. *Ich bin meine Arbeit.* Ihr identitärer Bezug auf die Arbeit hindert die Menschen daran, über den Tellerrand des Kapital-Ismus hinaus zu schauen. Solange sie in diesem Gedankengefängnis sitzen, ist es übrigens auch egal, wie viel »das Volk« zu sagen hat. In der Schweiz, berühmt für ihre Volksentscheide, stimmte eine große Mehrheit gegen sechs Wochen Urlaub für alle. Das wäre nicht gerade die Weltrevolution gewesen. Aber das Argument war: »Mehr Urlaub heißt weniger Jobs«. Grotesk.

Die Identifikation mit der Arbeit bringt Menschen dazu, sich gegen ein besseres Leben zu entscheiden.

Permanent begleitet sie die Angst, »wertlos« für den Markt zu werden und ins Bodenlose zu stürzen. Und doch erscheinen ihnen die Verhältnisse als natürlich und alternativlos. Läuft nach ihrem Empfinden etwas schief in der Gesellschaft, machen sie »schuldige Personen« und »eine schlechte Politik« dafür verantwortlich, ohne die basalen Zwänge der Wirtschaft auch nur eines Blickes zu würdigen. Häufen sich gar Krisen, so hat das für sie erst recht nichts mit der Herrschaft von Arbeit, Ware, Markt und Kapital zu tun. Ihr Tunnelblick kann dann schnell zu Verschwörungsweltbildern mutieren. Sie phantasieren dunkle Mächte mit bösen Absichten, die ihnen an den Kragen wollen. Wie groß das Potential dafür in ganz verschiedenen Ecken der Gesellschaft ist und dass auch Bildung und Intelligenz nicht unbedingt davor schützen, führen derzeit die so genannten »Querdenkerdemonstrationen« vor Augen.

Die Konformistische Rebellion

Man kann rebellieren und gleichzeitig konformistisch sein. Das Kapital nicht verstehen, aber gegen die Folgen des Kapital-Ismus Sturm laufen, macht das möglich. Es ist wie in einem Gefängnis sitzen, von dem man nichts weiß. Verbindet sich das mit der Vorstellung von »schuldigen Bösewichtern und Verschwörungen«, ist die Grundlage für eine *Konformistische Rebellion* gelegt. Diese fordert autoritäre Krisenlösungen und Ausschaltung der vermeintlich schuldigen Personen. Schlimmstenfalls versinkt sie im antisemitischen Vernichtungswahn.

Nazideutschland hat demonstriert, dass das Gedankengefängnis des Arbeitsfetischs in Krisenzeiten wahre Monster hervorbringen kann. Der Nationalsozialismus war eine Massenbewegung konformistischer Rebell*innen. Ihre unbewusste und uneingestandene Sehnsucht nach einem Leben ohne Arbeit, mit der sie sich doch gleichzeitig identifizierten, entlud sich im Hass auf diejenigen, die sich das leisten konnten. Egal, ob das wirklich so war oder ob es sich die Rebellierenden nur einbildeten. Von denen jedenfalls fühlten sie sich zutiefst beleidigt und betrogen. Dass ihr Hass »die Juden« traf, war kein Zufall. Die Geschichte des christlichen Abendlandes ist durchzogen von mörderischen Judenpogromen. Seit bald zweitausend Jahren brandmarkte das Christentum die Juden als »Gottesmörder«. Sie galten als »Brunnenvergifter« und »Kindermörder«. An der Pest waren sie selbstredend auch »schuld«. Im 12. Jahrhundert verbot die Kirche den Christen das »Geldgeschäft« und wies es den Juden zu, denen sie gleichzeitig die Ausübung vieler Berufe untersagte. Das brachte zwangsläufig mit sich, dass es unter Bankiers mehr Juden gab als im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Der Boden war bereitet für die Gleichsetzung von »Jude« und »Geld«, einem zentralen Topos des modernen Antisemitismus. Zudem war die Heiligsprechung der Arbeit nirgends so ausgeprägt wie in Deutschland. Auch das hatte mit dem Christentum zu tun und besonders mit dem Protestantismus, der nur in wenigen Ländern ähnlich deutliche Spuren hinterließ. Martin Luther war nicht nur Arbeitsfanatiker, sondern auch glühender Judenhasser. Kein Zufall, waren die Nazis große Luther-Fans. Auch in ihren Köpfen passte beides nahtlos zusammen. Geradezu konstitutiv für das Weltbild der NSDAP war ein ausgeprägt affirmativer Bezug auf die »ehrliche Arbeit«. Aufgrund all dieser historischen und inhaltlichen Kontinuitäten lag es auf der Hand, dass die Juden zu den Hassobjekten wurden, deren Eliminierung sich die Nazideutschen wünschten. In der Wahnvorstellung, die die meisten Deutschen ergriffen hatte – gleich, ob sie zu »denen da oben« oder zu »denen da unten« gehörten – war Auschwitz die Entsorgung der »Raffgier« im Namen der »ehrlichen und betrogenen Arbeit«. Das perverse »Arbeit macht frei« über dem Tor von Auschwitz hatte seine Folgerichtigkeit.

Dank der Alliierten des Zweiten Weltkriegs wurden die Nazideutschen besiegt. Die meisten heute »haben nichts gegen Juden«. Trotzdem ist der Antisemitismus nicht verschwunden. Das hat auch damit zu tun, dass er nie wirklich verstanden und aufgearbeitet wurde. Er gärt unter der Oberfläche einer krisengeschüttelten Gesellschaft und traut sich zunehmend auch wieder ganz offen und unverblümt ans Tageslicht. Beispielsweise auf so genannten »Querdenkerdemonstrationen«. Doch auch wer »die Schuldigen«, von denen er sich bedrängt fühlt, nicht mit »den Juden« gleichsetzt, kann sich in einer gefährlichen Nähe zum Antisemitismus befinden, ohne sich darüber im Klaren zu sein. Seit der Finanzkrise von 2008, die bis heute nicht wirklich enden will und sich in immer neuer Form Bahn bricht, fühlen sich viele von »gierigen Spekulanten, Bankstern, Heuschrecken« usw. bedroht, denen sie »die Schuld« geben. Gesellschaftskritik wird mit Wut auf »Lügenpack« und »Lügenpresse« verwechselt. Wenn es *eine* Lehre aus der Geschichte gibt, dann die: antisemitischer Vernichtungswahn kann sich in Krisenzeiten rasend schnell ausbreiten. Im Mai 1928 erhielt die NSDAP 2,6 % der Stimmen bei der Reichstagswahl. Keine 14 Jahre später, im Januar 1942, organisierte die Wannseekonferenz die »Endlösung der Judenfrage«. Die Monster der Vergangenheit können wiederauferstehen.

»Es mag zwar zu viele Automobile auf der Welt geben, aber noch zu wenige BMWs.«

Nichts muss bleiben wie es ist

Wir leben in einer gefährlichen Krisenzeit. Es gibt keine Gewissheit, wie das ausgeht. Aber es gibt auch Dinge, die Hoffnung machen. Dazu gehört, dass es heute eine reflektierte Kapital-Ismus-Kritik gibt, die ihn wesentlich besser verstanden hat als der landläufige »Antikapitalismus« von links und rechts. Sie ist leider noch zu wenig bekannt. Doch ihre Verbreitung ist unerlässlich für die erfolgreiche Suche nach Wegen aus dem Kapital-Ismus. Sie beginnt mit der Kritik der Arbeit und kann deswegen einen völlig anderen Blick auf die Dinge werfen. Der eigentliche Skandal ist nämlich nicht, dass die gewaltige Steigerung der Produktivität, die wir erleben, nicht jedem einen *Arbeits*platz verschafft, sondern dass wir trotzdem immer mehr und immer länger *arbeiten* sollen. Schon längst wäre ein besseres, natur- und menschenverträgliches Leben mit viel mehr Raum zur persönlichen Entfaltung möglich. Ohne Kapital-Ismus. Ohne den wirklich verstanden zu haben, wird das allerdings nicht gelingen. Das beweisen die verschiedenen gescheiterten Versuche, ihn zu überwinden. Aber es gibt nicht nur Gescheitertes. Es gibt heute auch viele kluge und spannende praktische Initiativen und Projekte, die aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und neue Wege erproben.

Zur Vertiefung:

Galow-Bergemann, Lothar (2018): Arbeit macht unfrei. Zum Zusammenhang von Arbeitsfetisch und Antisemitismus (Audio) (http://emafrie.de/audio-arbeit-macht-unfrei/).

Emanzipation und Frieden (2015): Was ist regressiver Antikapitalismus? (http://emafrie.de/luegenpack/).

Emanzipation und Frieden (2016): Was ist Antisemitismus? (http://emafrie.de/antisem/).

krisis - Kritik der Warengesellschaft (2019): Manifest gegen die Arbeit https://www.krisis.org/2019/manifest-gegen-die-arbeit-vierte-druckauflage-erschienen/

Valdivia, Gaston (2004): Zeitverschwendung Marktwirtschaft. Über die absurdeste Reproduktionsweise seit Menschengedenken (https://www.krisis.org/2004/zeitverschwendung-marktwirtschaft/).

Lohoff, Ernst / Trenkle, Norbert (Hg.) (2020): Shutdown. Klima, Corona und der notwendige Ausstieg aus dem Kapitalismus – hier besonders: Lothar Galow-Bergemann & Ernst Lohoff: Gestohlene Lebenszeit. Warum Kapitalismus zu Verzicht nötigt und wir viel weniger arbeiten könnten. S. 173 ff.

Samol, Peter (2021): Die Leistungsdiktatur. Wie der Konkurrenzdruck unser Leben zur Hölle macht.

Schatz, Holger / Woeldike, Andrea (2001): Freiheit und Wahn deutscher Arbeit. Zur historischen Aktualität einer folgenreichen antisemitischen Projektion.

Kurz, Robert (1999): Schwarzbuch Kapitalismus - Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft.

In der Wahnvorstellung, die die meisten Deutschen ergriffen hatte – gleich, ob sie zu »denen da oben« oder zu »denen da unten« gehörten – war Auschwitz die Entsorgung der »Raffgier« im Namen der »ehrlichen und betrogenen Arbeit«.

Zur Veränderung der Klassenzusammensetzung in Leipzig in den letzten 30 Jahren

Amici della conricerca

Die Bedingungen, unter denen die Arbeiter*innen leben und kämpfen, zur Kooperation bereit sind oder die Formen ihrer Unterdrückung, unterscheiden sich mitunter sehr stark. Es gibt Unterschiede in Geschlecht, Hautfarbe und darin, ob sie eine deutsche Staatsbürgerschaft haben oder nicht. Sie führen unterschiedliche Kämpfe. Teilweise sind sie auf die Verteidigung von Privilegien ausgerichtet, in unserer Zeit nicht selten reaktionär. Dagegen hat sich in den vergangenen Jahren eine Hinwendung zum Klassismus vollzogen, die von einem reduktionistischen Klassenbegriff ausgeht, insofern nur die ungerechte Verteilung von Chancen kritisiert wird. Die Überwindung der Klassengesellschaft wird aber nicht mit den Mitteln der gerechten Chancen zu machen sein. Vielmehr ist es ein offenes Terrain, inwieweit die Arbeiter*innenorganisierung in bestimmten zukunftsweisenden Sektoren im Stande ist, ihre Machtressourcen zu nutzen, um die Eigentumsverhältnisse zu transformieren, neue Kompromisse zu erringen oder das Kapital zur Veränderung seiner Herrschaftsstrategien zwingt. Und auch ohne ein Identitätsbewusstsein bilden alle Lohnabhängigen, uns eingeschlossen, eine *Klasse gegenüber dem Kapital,* die sich aus Menschen in ganz verschiedenen Positionen im gesellschaftlichen Produktionsprozess zusammensetzt und nicht nur aus weißen Industriearbeitern (!) besteht. Der Klasse der Arbeiter*innen in ihren Interessen gegenüber steht die Bourgeoisie, die qua Eigentumstiteln an Produktionsmitteln die Verfügungsgewalt nicht nur über die Produktion, sondern auch über die

[1] Eine hervorragende Analyse der Klassenzusammensetzung Leipzigs Mitte der 1990er findet sich im Wildcat Zirkular 23 von 1996. Eine Gruppe von Arbeiter*innen untersuchte in diesem Jahr verschiedenen Betrieben in der Region. Leider findet sich das Heft nicht im Internet. Ihr findet es aber im Infoladen des Conne Islands.

Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter*innen hat. Auch die Bourgeoisie setzt sich aus Menschen in verschiedenen Positionen im Produktionsprozess zusammen wie Großaktionäre, dem deutschen Mittelstand, Berliner Gründer*innen. Zwischen den Klassen besteht ein soziales Verhältnis von (gesellschaftlicher) Produktion und (privater) Aneignung. Die Fortexistenz von Mittelklassen, auch wenn sie heute kleiner sind als zu Zeiten von Marx oder des NS, wird keineswegs zur Auflösung dieses Antagonismus führen. Denn die Kapitalist*innen werden stets verschiedene Strategien einsetzen, um sich die Arbeit der Arbeiter*innen anzueignen, da die Arbeit die Quelle ihres Mehrwerts ist. Obwohl das soziale Verhältnis zwischen Kapital vs. Arbeit im Kapitalismus das alte blieb, ist die Klassenzusammensetzung vor 1989/90 eine andere als in den 1990er und 2000er Jahren, der Epoche des Niedergangs industrieller Arbeit im Osten. Und diejenige der 2000er war eine andere als die heutige. Unsere Darstellung auf den folgenden Seiten kann nur ein Anfang sein. Wir begrüßen es, wenn die Auseinandersetzungen in Gang kommt und weitere wichtige Dimensionen in der Leipziger Klassenzusammensetzung auch durch euch aufgezeigt werden können.[1]

Uns geht es bei der Betrachtung der Klassenzusammensetzung um eine Vermessung des Terrains, auf dem die Arbeiter*innenklasse in der Region Leipzig ihre Konflikte auszutragen hat. Gleichermaßen beinhaltet unsere Analyse eine historische Wette: Im Logistiksektor Leipzigs wird sich der Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit zuspitzen. Zur Analyse der Klassenkämpfe greifen wir auf den Machtressourcenansatz von Beverly Silver zurück. Dies ermöglicht uns die Lage der Arbeiter*innen mit Klassenkampfstrategien zusammen zu denken. Silver unterscheidet in ihrem Buch *Forces of Labour* zwischen drei Quellen von Arbeiter*innenmacht. (1) *Produktionsmacht*, die aus der Stellung der Arbeiter*innen im Arbeitsprozess hervorgeht, (2) *Marktmacht*, die auf den Mangel oder Überschuss an Arbeitskräften auf dem regionalen Arbeitsmarkt basiert und (3) *Organisationsmacht*, die von der Zahl organisierter Arbeiter*innen in den Betrieben und in den Gewerkschaften abhängt. Hierbei ist es wichtig zu beachten, dass es sich bei Machtressourcen um Möglichkeiten der Durchsetzung von Interessen handelt. Es liegt aber an der Tätigkeit der Arbeiter*innenklasse, ob sie im Stande ist, diese auch zu nutzen.

1. Die Klassenzusammensetzung Leipzigs im industriellen Niedergang

Die allgemeinen Entwicklungsdynamiken, welche die Weltwirtschaft mit einer gewissen Homogenität durchlief, zeigen sich im Besonderen auch in der Region Leipzig. Zwar nahm im Kern jeder Teil der kapitalistischen Welt, wenn auch nicht im gleichen Umfang, an der beispiellosen Wirtschaftsexpansion der Epoche vor dem Ersten Weltkrieg teil, wurde von der verheerenden Depression der Zwischenkriegszeit getroffen, hatte Teil am großen Boom nach dem Zweiten Weltkrieg und wurde von der strukturellen Krise nach unten gezogen wurde, die in den späten 60ern begann (Brenner 2006:112). Doch in der ehemaligen DDR nahm die Krise die Form eines industriellen Kahlschlags an, den Phillip Ther in vergleichbarer Form in Europa nur im Bürgerkriegsgebeutelten Bosnien und Herzegowina in den 1990er Jahren ausmacht. Die bruchartigen Demontage drückt sich in Zahlen aus: bis 1994 gingen 2800000 Arbeitsplätze in der Industrie verloren. Ähnliches galt für die Landwirtschaft, deren sektoraler Anteil am Sozialprodukt von fast zehn auf unter drei Prozent sank. Auch wenn Deindustrialisierung in Folge eines Abschwungs der Profitraten in allen Kapitalismen seit den 1970ern ein wesentliches Charakteristikum ist, wie zuletzt Aaron Benanav zeigte, sollte die politische Dimension der Währungsunion für die DDR nicht unterschätzt werden, denn sie ließ den Ostbetrieben keine Chance. Über den Beitritt der DDR zur BRD freute sich vielleicht kaum jemand mehr als die BRD-Kapitalist*innen. Durch die Währungsunion mussten die Länder des RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, wirtschaftlicher Zusammenschluss der sozialistischen Staaten), mit denen die DDR hauptsächlich handelte, plötzlich in Devisen bezahlen, die in allen RGW Ländern rar waren. Auf einen Schlag brach der Osthandel ostdeutscher Firmen zusammen. Stattdessen konnten westdeutsche Kapitalist*innen die Marktanteile übernehmen. 1990 und 1993 wuchs die Ausfuhr des früheren Bundesgebiets nach Osteuropa um 40 Prozent, während in diesem Zeitraum die ostdeutschen Exporte in die gleiche Region um 79 Prozent schrumpften. Hinzu kam, dass der Osten mit Waren aus dem Westen praktisch überschwemmt wurde, sodass ein Wiedervereinigungsboom der BRD-Kapitalien einer veritablen Krise der Ost-Betriebe gegenüberstand. Der BRD-Kapitalismus sollte sich, wie er es später auch mit der EU-Osterweiterung und der sog. Schuldenkrise in Südeuropa getan hat, auf dem Rücken anderer Ökonomien rekonsolidieren.

Leipzigs Vergangenheit lag in der Industrie, wobei die Hauptwirtschaftszweige Maschinenbau, sowie die Chemie, Energie- und Braunkohleindustrie waren. So hat das große DDR-Gießereikombinat GISAG seinen Sitz in der Stadt. Mit dem Ende der DDR-Wirtschaft ging es vor allem mit diesem Wirtschaftszweig zu Ende. Fast 100.000 Industriearbeiter*innen verloren zwischen 1990 und 1992

ihren Job. Hinzu kam der Verlust von zehntausende Jobs in den Braunkohlerevieren im Leipziger Umland. Wo einst tausende Arbeiter*innen im Braunkohletagebau arbeiteten, da Braunkohle der Treibstoff der DDR-Wirtschaft war, befinden sich heute die Leipziger Badeseen. Der Tagebau steht mit dem Kohleausstieg vor dem Ende – doch bereits in den 90er Jahren sank die Zahl der Kohlebeschäftigten rapide und fiel von knapp Hunderttausend auf ca. 2400 im Jahr 2017.

Der Wandel vom Realsozialismus zum Kapitalismus und der industrielle Kahlschlag führten zu einer immensen Veränderung der Lage der Arbeiter*innen. Während die bürgerliche Öffentlichkeit weiterhin Einheitseuphorie propagierte, lief die sogenannte Deutsche Einheit für viele Arbeiter*innen alles andere als rund. Viele ältere Industriearbeiter*innen erhielten noch Frühverrentungen, aber das Leben der jüngeren war für die folgenden Jahre von Phasen der Erwerbslosigkeit geprägt. Die Jobs, die in dieser Phase verlorengingen, kamen nicht mehr zurück. Das bedeutete auch, dass viele Arbeiter*innen später in Jobs arbeiten mussten, in denen ihre Ausbildung und Arbeitserfahrung abqualifiziert wurden. Eine Arbeiterin berichtet aus dem Quelle Versandhaus, das 1995 in Leipzig eröffnete, dass ihre Kolleginnen – es handelte sich um weibliche Arbeit – um ehemalige Staatsangestellte und industrielle Facharbeiterinnen handelte, die in den frühen 1990ern ihre Jobs verloren hatten.[2] Quelle war in den 1990ern Deutschlands größter Katalogversandhaus. Die veränderte Lage der Arbeiterklasse hatte Auswirkungen auf ihre Machtressourcen:

1) *Produktionsmacht*: Produktionsmacht kann von den Arbeiter*innen nur zu Durchsetzung der Interessen genutzt sind, wenn diese an Orten arbeiten, wo die Mehrwertproduktion in für das Kapital schmerzhafte Weise unterbrochen werden kann. Der industrielle Kahlschlag führte zu Fabrikschließungen, kapitalistischer Mehrwert wurde andernorts produziert und vor allem angeeignet. Die Orte, an denen die Arbeiter*innen konkreten Druck auf relevante Kapitalfraktionen ausüben konnten, verschwanden für eine geraume Zeit aus der Stadt.

2) *Marktmacht*: In der Marktmacht lag die wichtigste Machtressource der Arbeiter*innen im Realsozialismus. Wie der marxistische Historiker Robert Brenner herausarbeitet, litten die realsozialistischen Volkswirtschaften an einem chronischen Mangel an Arbeitskräften. Der gesellschaftliche Mehrwert wurde im Realsozialismus aufgrund des Kapitalmangel weniger durch Rationalisierungen in der Produktion gesteigert, als durch den erhöhten Einsatz menschlicher Arbeitskraft. Das verschaffte den Arbeiter*innen eine nicht zu verachtende Verhandlungsmacht gegenüber der Staatsbürokratie. Nach dem Ende des Realsozialismus gingen viele Jobs auch durch Rationalisierungen verloren. Viel weniger Arbeiter*innen erzeugten denselben Output. Die Schließung der Fabriken führte neben der Entstehung einer riesigen »industriellen Reservearmee« zu Abwärtsmobilität. Zwischen 1990 bis 1995 lag die jährliche Mobilität über 50 %, d.h. über die Hälfte der Beschäftigten fand sich am Ende des Jahres auf einer veränderten Position gegenüber dem Jahresanfang. Von denen, die mobil waren (unabhängig davon, ob freiwillig oder gezwungenermaßen), erlebten 77 % eine Abwärtsmobilität und 23 % eine Aufwärtsmobilität (Hofmann 2002: 46).

3) *Organisationsmacht*: In der DDR gab es keine freien Gewerkschaften wie in der BRD. Die Arbeiter*innen waren in der Staatsgewerkschaft FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) organisiert. In der Verfassung der DDR von 1968 waren Streiks verboten, weswegen es in den 1980ern kaum Streiks dokumentiert sind. Die Arbeiter*innen, die in Brigaden organisiert waren, handelten Arbeitsbeziehungen stattdessen direkt mit den Abteilungsleiter*innen am Arbeitsplatz aus. Sie stritten mit den Vertreter*innen der Unternehmen direkt über die Auszahlung von Prämien usw. Allerdings erreichten die betrieblichen Auseinandersetzungen so keine überbetriebliche Ebene und die Arrangements waren informell.

Die somit fehlenden Kampferfahrungen jenseits des Arbeitsplatzes wirkten sich nachteilig auf die Klassenkämpfe im Kontext der Betriebsschließungen nach 1989 aus. Die Arbeiter*innenklasse war mit den Kampfstrategien kaum vertraut. Die Massenentlassungen führten in der Folge zu großer Skepsis gegenüber Formen der Arbeiterselbstorganisation in ostdeutschen Belegschaften, die noch bis heute anhält.

Doch vor allem die Eigentümer*innenklasse formierte sich nach dem Beitritt der DDR in den 1990ern zu einer Klasse an und für sich. Auch in der DDR war es nicht gelungen, das Proletariat auf die ein oder andere Weise »Eigentümer*in« aller wichtigeren ökonomischen Vermögen werden zu lassen, weder darüber zu verfügen oder sie zu kontrollieren, noch die zukünftige ökonomische Entwicklung zu planen. Dagegen ist es unbestreitbar, dass es in den Ostblockregimen keine Privatkapitalist*innen und

[2] N.N. (1996) Code Town Fun Club. In. Wildcat Zirkular 23, 22.

[3] Ein Bericht aus dem DHL Express Standort am Leipziger Flughafen von einem Arbeiter, der vom September bis Dezember 2020 – also während der COVID-19-Pandemie – dort arbeitete findet sich hier: https://solidarischgegencorona.wordpress.com/2020/12/28/covid-19-bei-dhl-express-arbeiten-in-der-kritischen-infrastruktur-der-logistik/ (eingesehen am 30. September 2021)

keinen *richtigen* Markt gab. Während die Arbeiter*innenklasse durch den Prozess des industriellen Niedergangs stark geschwächt wurde, formierte sich durch die Privatisierung »volkseigener« Infrastrukturen und öffentlichen Güter durch die Treuhandanstalt in den 1990er Jahren die Bourgeois in Leipzig, eine neue Eigentümer*innenklasse. Sie spielte bei der Herausbildung der Klassenverhältnisse in Ostdeutschland eine entscheidende Rolle. Zwar wurden auch wenige DDR-Bürger*innen, vor allem ehemalige Angestellte mit Leitungsfunktion oder Ingenieure, auch zu Klein- oder mittelständischen Kapitalist*innen, viel häufiger aber wurden DDR-Betriebe von westdeutschen Kapitalist*innen übernommen, weswegen sich in Ostdeutschland nur rudimentär eine Bourgeoisie herausbildete. (siehe auch: Intelmann 2020). Das von der Treuhand privatisierte Volkseigentum der DDR ging dabei zu 80 % an westdeutsche, zu 15 % an ausländische und zu 5 % an ostdeutsche Eigentümer*innen. Zwar hatten sich bis 1992 zunächst über eine halbe Million von Kleinkapitalist*innen herausgebildet, die Masse des Eigentums blieb jedoch bis heute in den Händen der Westbourgeousie.

2. Neue Klassenzusammensetzung

Wirtschaftlichen Erfolge der Bourgeois in Leipzig sollten sich mit der Ansiedlung großer Unternehmen wie die Autohersteller BMW (2005) und Porsche (2002) sowie der Logistikunternehmen DHL Express (2008) und Amazon (2006) einstellen. Amazon baut derzeit noch einen Standort am Flughafen Leipzig-Halle auf. Hierbei handelt es sich dann um der zentrale Logistik Hub von Amazon Air für Europa. Leipzig hat sich generell in den letzten Jahrzehnten in ein *Logistik Cluster* verwandelt, d.h. einem Ort, mit massiver Ansammlung von Warenlagern und logistischer Infrastruktur. Im Leipzig kreuzen sich die A9, A14. Der Frachtflughafen LEJ ist mittlerweile der zweitgrößte in Deutschland mit der größten Wachstumsrate. Außerdem gibt es eine Bahnverbindung nach China, die von BMW genutzt wird.

Während heute circa 20.000 in der Leipziger Automobilwirtschaft arbeiten, sind es fast 40.000 Arbeiter*innen in der Logistikbranche. Neben dem Vorhandensein von Infrastrukturen, für die vor allem der Staat aufkommt, ist für die Entstehung von Logistikclustern eine große *industrielle Reservearmee* (Marx), d.h. überschüssige und billige Arbeitskraft wichtig. Bei DHL Express trifft Nacht für Nacht eine interessante Mischung von Arbeiter*innen mit prekärem Hintergrund aufeinander: Ehemalige Industriearbeiter*innen, deutsche Leiharbeiter*innen, migrantische Arbeiter*innen, die über Leiharbeitsfirmen angestellt sind, deutsche und nicht-deutsche Studierende sowie Rentner*innen mit geringer »Ost-Rente«, die sich mit den attraktiven 10-Stunden-Verträgen ein paar Euro dazuverdienen.[3] Sie werden in einen der zentralen Korridore der globalen Produktion und Verteilung von Waren integriert.

Wie der Marxist Kim Moody für die USA zeigt, werden diese Logistik Cluster eines, wenn nicht das entscheidendste Terrain von Klassenauseinandersetzungen im 21. Jahrhundert sein. (Moody 2017: 59 ff.). In den Agglomeration werde Wert produziert und da eine Menge von Kapital und Arbeiter*innen räumlich und zeitlich gebunden seien, steige die Wahrscheinlichkeit, dass sich Arbeiter*innen mit ihrem hohen Ausbeutungsgrad nicht lange abfinden werden. Für die Entwicklung der Machtressourcen lässt sich folgendes konstatieren:

(1) *Produktionsmacht*: Durch den Bau neuer Fabriken und Warenlager entstehen in Leipzig wieder Orte, an denen Kapital langfristig gebunden ist und von denen aus die gesellschaftliche Wertproduktion schmerzhaft gestört werden kann. Vor allem um den Flughafen entstehen diese Orte. Bei den Air Hubs von DHL Express oder Amazon Air handelt es sich um Nadelöhre in den weltweiten Warendistributionsketten, deren Verstopfung erhebliche Auswirkungen haben kann. Durch einen einstündigen Warnstreik im Rahmen von festgefahrenen Tarifverhandlungen im Oktober 2014 hatten die DHL-Arbeiter*innen für einen wochenlangen Rückstau in den Logistikketten des Unternehmens gesorgt.

(2) *Marktmacht*: Die industrielle Reservearmee ist vor allem in den letzten 10 Jahren in Leipzig geschrumpft. Vor der COVID-19-Pandemie lag die Erwerbslosenquote bei ungefähr 6 %. Das bedeutet für die Unternehmen, dass es schwieriger wird Arbeitskräfte zu finden – sowohl Facharbeiter*innen als auch Arbeiter*innen für Job mit niedrigen Qualifikationsansprüchen. Im Weihnachtsgeschäft sind die Litfaßsäulen und Straßenbahnen in der ganzen Stadt voll mit Werbung für Jobs bei Amazon, DHL-Express und Momox. Seit Jahren kann man in der Logistik moderate Lohnsteigerungen beobachten. Interessant ist, dass im Logistikbereich nunmehr stärker auf migrantische Arbeit zurückgegriffen wird, wie es sich in den USA oder Italien schon länger zeigt. In Italien zeigt sich in den Logistikkämpfen, dass auch Fragen der Entrechtung migrantischer Arbeiter*innen in den Arbeitskämpfen relevant sind. Die Konflikte gehen über die Forderung nach einem Recht auf Bewegungsfreiheit hinaus. In den Kämpfen wurden rassistische Differenzen und Trennlinien zerstört, wie Anna Curcio (2014) in einem interessanten Beitrag zeigt. Die in der Logistik beschäftigten Migrant*innen

gewinnen an Machtressourcen, nicht nur um Löhne zu verbessern, sondern auch um ihren Rechtsstatus mit dem Staat zu konfligieren.

(3) *Organisationsmacht*: Selbst im gewerkschaftsfernen Osten hat sich die Stimmung gegenüber Gewerkschaften geändert. Die Tarifbindung und der Kooperatismus ist im Osten nie wirklich angekommen. Das liegt mitunter auch an der feindseligen Stimmung gegenüber jeglicher Art von Organisierung. Doch vor allem jüngere Arbeiter*innen teilen nicht mehr die Erfahrungen der Alten. In Leipzig und in der Region entwickeln sich kämpferische Belegschaften, die teilweise auf Erfahrungen in den sozialen Bewegungen zurück greifen können oder offen für Zusammenarbeit mit linken Akteuren sind. Deren Kämpfen wollen wir uns abschließend anhand von Amazon in Leipzig näher betrachten. Andere lokale Klassenkämpfe wollen wir dabei in die Analyse einbeziehen.

3. Amazon – Klassenkonflikte im Logistcluster Leipzig

Seit Mai 2013 finden am Leipziger Amazon Fulfillment Center im Nordosten immer wieder Streikaktionen von Arbeiter*innen statt, die in der Gewerkschaft Ver.di organisiert sind. Formal fordert die Gewerkschaft Ver.di einen Tarifvertrag, aber den Arbeiter*innen geht es auch darum, dass sie keine Lust mehr auf die Arbeitsbedingungen im Warenlager haben. Sie protestieren gegen die algorithmische Überwachung und die negativen Konsequenzen der Lagerarbeit für die Gesundheit. Es ist ein Kampf gegen die Entmündigung in der Arbeit. Da sich Amazon bisher offiziell nicht auf Kompromisse mit der Gewerkschaft oder den Streikenden eingelassen hat, ist eine nicht zu verachtende Arbeiter*innenorganisation innerhalb von Amazon entstanden. Mit auffällig konstanten Lohnsteigerungen seit Beginn der Arbeitskämpfe versucht Amazon die Organisation zu demobilisieren. Doch die fehlende Bereitschaft zur Kooperation führte zu weltweiten Kämpfen bei Amazon und zu einer stetig wachsenden globalen Arbeiter*innenvernetzung.[4]

Die Belegschaft bei Amazon im Leipziger Warenlager ist geschlechtlich heterogen. Amazon baut trotz aller Diversitätskampagnen auf eine rassifizierteArbeitsteilung. Die größte Anteil der Beschäftigten hat eine deutsche Staatsbürgerschaft und feste Verträge, während im Weihnachtsgeschäft nicht nur Student*innen, sondern immer wieder auf ein prekäres und vor allem migrantisches Arbeitskraftreservoir zugegriffen wird. Auffällig ist das Alter der Stammbelegschaft. Die große Mehrheit der Arbeiter*innen ist über 40 Jahre alt. Viele haben bereits in der DDR gearbeitet und den industriellen Kahlschlag selbst miterlebt. Die Saisonarbeiter*innen, die Amazon im Weihnachtsgeschäft einstellt, waren bisher für die Gewerkschaft schwer organisierbar. Auch wenn die Mitglieder*innenzahlen im Betrieb höher sind, nehmen an den Streiks in der Regel nur etwas mehr als 20 % der Arbeiter*innen teil. Bei der Organisationsmacht spielt aber nicht nur die Zahl der Mitglieder*innen eine Rolle, sondern auch deren Aktivität. Die Gewerkschaftsaktiven politisieren regelmäßig Entscheidungen des Managements, um dasselbe unter Druck zu setzen. Hierdurch schaffen es die Gewerkschaftsaktiven trotz seit Jahren sinkender Mitarbeiterzahl und dem Durchlauf an Arbeiter*innen die Zahl der Mitglieder konstant zu halten.

Aufgrund der zahlreichen Standorte, die Amazon auch in den letzten Jahren in der Nähe von Leipzig eröffnet oder auch an den deutsch-polnische Grenze hat, wird die Produktionsmacht stark geschwächt. Das System Amazon kann Behinderungen in der Warendistribution leicht ausgleichen. Steht ein Standort wegen eines Streiktages still, dann werden die Waren eben aus einem anderen Standort an die Kund*innen geliefert. Da es keine Vertragsstrafen für Lieferverspätungen an Privatkonsument*innen gibt, lässt sich über Streiks kaum ökonomischer Druck auf Amazon aufbauen. Anders war das etwa beim Streik des mittlerweile geschlossenen Leipziger Automobilzulieferer Halberg Guss. Der Streik der Arbeiter (!) dort legte europaweit in Automobilfabriken die Produktion lahm und zog Vertragsstrafen für Lieferverspätungen für die Eigentümer*innen nach sich.[5] Bei Amazon ist es hingegen unabdingbar, das gesamte europaweit organisierte Liefernetzwerk zu bestreiken. Daher war die international über das Netzwerk Amazon Workers International (AWI) mit militanten Arbeiter*innen in ganz Europa und den USA nicht nur der Aktivität einiger vor allem polnischer Arbeiter*innen zu verdanken, sondern notwendige Bedingung für erfolgreich Arbeitskampfmaßnahmen. Wo sich das Kapital transnational organisiert, da muss es auch die Arbeiter*innenklasse. Das Netzwerk steht hingegen noch am Anfang und es ist offen, ob es ihm gelingt, eine relevante Anzahl von Belegschaften in den kommenden Jahren zu organisieren. Abzusehen ist hingegen das Schrumpfen der industriellen Reservearmee in und um Leipzig, durch welches die Marktmacht der Arbeiter*innen in den kommenden Jahren erhöht wird. Mit dem Bau von Amazon Air Hub am Flughafen hat das Unternehmen große Kapitalmengen gebunden, während der Pool an verfügbarer Arbeiterkraft immer kleiner wird.

[4] Ein globalerer Blick auf die derzeitigen Kämpfe bei Amazon wirft etwa ein spannender Artikel in der aktuellen Wildcat: https://www.wildcat-www.de/wildcat/108/w108_lager.html

[5] Ausführlicher zu dem Konflikt: Hans Stephan: »In drei Schichten vorm Tor« – Der Streik bei Neue Halberg Guss. In Express 2019/1. Im Internet abrufbar unter: https://express-afp.info/wp-content/uploads/2020/10/LOW_01-2019_express.pdf

Das Streiksolibündnis Leipzig unterstützt die Arbeiter*innen bei der Kommunikation in der Öffentlichkeit (*gesellschaftliche Organisationsmacht)* und leistet Scharnierarbeit bei den transnationalen Kontakten und in die organisierte Linke. In den kommenden Jahren wird virulent, ob die Organisierung in den Logistikbereichen, in denen auch die FAU bei Dominos und im Lieferdienstbereich Betriebsgruppen aufbauen konnte, miteinander vernetzt werden kann. Die FAU wählte ihre Betriebe bisweilen nicht strategisch, sondern folgte den Mitglieder*inneninteressen und versucht sich im Sinne solidarischer Netzwerke zu organisieren, um Druck auf Einzelkapitalist*innen aufzubauen und für Kolleg*innen ausstehenden Lohnzahlungen und Urlaubsgeld einfordern und Kündigungen zu verhindern. Von der Produktionsmacht, die im Logistikbereich eher in der Kontraktlogistik, im Transport zwischen Unternehmen, sowie am Flughafen besteht, sind ihre Betriebsgruppen bisher entkoppelt.[6]

Wo sich das Kapital transnational organisiert, da muss es auch die Arbeiter*innenklasse.

[6] Hierbei handelt es sich um die Strategie der Solidarischen Netzwerke. Ein wichtiger Beitrag war eine Broschüre Seattle Solidarity Network, der mittlerweile auch in deutscher Übersetzung vorliegt: https://zweiter-mai.org/files/2016/01/seasol-leitfaden-web-final.pdf

Zum Weiterlesen:

Zu Machtressourcen allgemein:

Silvers, B. J. (2003). *Forces of Labour. Workers' Movement and Globalization since 1870.* Cam-bridge: Cambridge University Press.

Zur Geschichte ostdeutscher Klassenverhältnisse nach 1990:

Brenner, R. (1991). The Soviet Union and Eastern Europe - The Roots of The Crisis. In: Against the Current March/Apri 1991 (In the internet: https://www.versobooks.com/blogs/2490-the-soviet-union-and-eastern-europe-the-roots-of-the-crisis 3rd of August 2021)

Neuhauss, M.-E. & Singe, I. (2017). Vom Planerüllungspakt zur Konfliktbereitschaft? Zur Geschichte des Arbeitsbewusstseins in Ostdeutschland. Berliner Debatte Initial 28 (3) 43-57.

Hofmann, Michael (2002): Bilanz der Transformation. In: Schäfer, Eva: Vollendete Wende? Geschlechterarrangements in Prozessen des sozialen Wandels. abrufbar https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte/manuskripte26.pdf

Intelmann, D. (2020). Kapitalmangel und Transferabhängigkeit. Zur Politischen Ökonomie Ostdeutschlands. In Becker, S. & Naumann, M. (ed.). Regionalentwicklung in Ostdeutschland. Dynamiken, Perspektiven und der Beitrag der Humangeographie (pp. 99 – 109). Berlin & Heidelberg: Springer Spektrum.

Rink, D. (1995). Leipzig. Gewinnerin unter den Verlierern. In M. Vester & M. Hofmann & I. Zierke (ed.). Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung (pp. 51–90). Köln: Bund-Verlag.

Rink, D. & Kabisch, S. (2019). Von der Schrumpfung zum Wachstum – Demographische und ökonomisch-soziale Entwicklung. In U. von Hehl (ed.), Geschichte der Stadt Leipzig.

Band 4. Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart (pp. 842–861). Leipzig: Leipziger Universitätsverlag.

Schmalz, S. & Hinz, S. & Hasenohr, A. & Singe, I. (2017). Totgesagte leben länger: Demographischer Wandel und Arbeitspolitik in Ostdeutschland. Berliner Debatte Initial 28 (3), 7-21.

Zur Logistik:

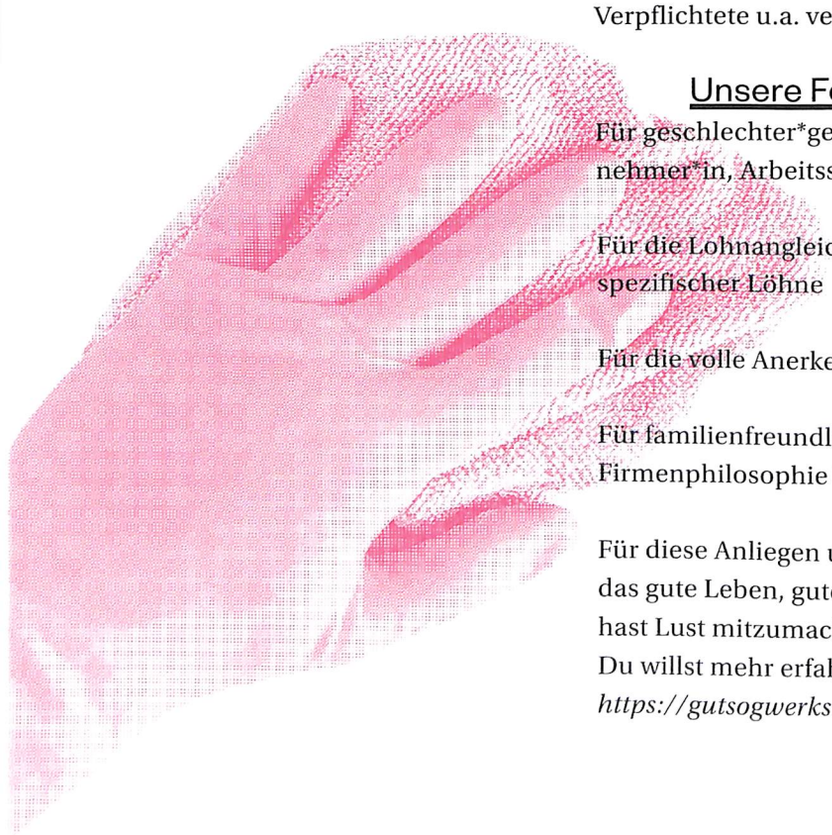
Moody, K (2017). On New Terrain. How Capital is Reshaping the Battleground of Class War. Chicago: Haymarket Books.

GuTSo

Gewerkschaft für unbezahlte Tätigkeit und Sorge

Wir sind GuTSo – die frisch gegründete Gewerkschaft für unbezahlte Tätigkeiten und Sorge in Leipzig/Berlin.

Die Idee entstand, wie alle guten Ideen, gemeinsam. Im Austausch über die Arbeitsbedingungen von Müttern* in allen Lebensbereichen, bündelten sich unsere alltäglichen Erfahrungen im Begehren nach einer Gewerkschaft, die uns mit unseren verschiedenen Wünschen und Bedarfen als Mütter, Zusorgende, Verantwortliche, Verpflichtete u.a. vertritt.



Unsere Forderungen:

Für geschlechter*gerechte Arbeitsbedingungen, die den Alltag der Arbeitnehmer*in, Arbeitssuchenden einbeziehen

Für die Lohnangleichung und damit die Überwindung Männer- und Frauenspezifischer Löhne

Für die volle Anerkennung von Pflege- und Sorgezeiten in allen Lebensbereichen

Für familienfreundliche Arbeitsregelungen, Orte, Zeiten, Kolleg*innen und Firmenphilosophie betreffend

Für diese Anliegen und mehr suchen wir Mitstreiterinnen, denen das gute Leben, gute Arbeitsbedingungen ein Anliegen sind. Du hast Lust mitzumachen? Dann schreib uns an gutso@posteo.org. Du willst mehr erfahren? Dann besuche uns unter *https://gutsogwerkschaft.wordpress.com/*.

ES WIRD ZEIT

Wir müssen uns sorgen und wir müssen sorgen. Jenseits des schönen Lebens und der guten Arbeit liegen der Alltag, die Fürsorge und Sorge, die unbezahlten, stetig zu erledigenden Tätigkeiten, das verbundene Leben.

DESWEGEN UND DARUM UND TROTZDEM

Alltäglichkeiten der Sorge und Fürsorge finden im Jetzt statt, bedürfen häufig eines Sofort, nicht eines Später oder Gleich.

Wenn das Bangen vor der eigenen Krankschrift, vor Kinderkrankheiten und dem Sturz der alten Mutter, der Trennung der Freundin und dem Tod eines nahestehenden Menschen überhandnimmt, weil das den eigenen Alltag aus der Bahn wirft, dann ist das schon zu viel. Über dieses Zuviel wird häufig geschwiegen. Allein schlagen sich Betroffene durch, suchen eine Sprache und eine Ansprechpartnerin. Diese wollen wir mit GuTSo sein. Wir suchen und streiten, kämpfen und streiken für bessere Alltagsbedingungen, für Handlungsfähigkeit und -macht, für Kollektivierung von Alltäglichem, für die Sichtbarkeit dessen, was uns täglich überrollt:

Und du so?

Wäschewaschen, Geburtstagsgeschenke für die Kitafreundin kaufen, einen Gruß an Oma senden, einen Kuss auf den Auaweh-Bauch, auch nachts. Der Abwasch stapelt sich, wankt, aber die Abgabefrist für den 7-seitigen Hortantrag und die Unterlagensuche ist heute. Die Kitaplatzsuche bis jetzt ohne Erfolg. Freundin F braucht Hilfe beim Einkauf und Freundin H ist seit gestern getrennt, braucht emotionale und zwei Mal die Woche-Unterstützung bei der Kinderbetreuung. Durchgeatmet habe ich als alle im Bett waren.

Und du so?

Diese Woche wurde mir ersatzlos ein Kurs gestrichen. Drei Tage gehen flöten und letzte Woche musste ich zu Hause bleiben. G hatte Husten. K konnte für mich einspringen. Gut, für mich nur Lohnausfall. Naja, das Amt stockt auf. Aber die nächste Mieterhöhung wurde schon angekündigt und mit den drei Tagen plus unbezahlter Vorbereitung bin ich ausgelastet und Zeit für die Jobsuche habe ich nachts, aber da klappen mir die Augen zu und T jault dann, aber ich kann doch nicht mitten in der Nacht Gassi gehen. Macht doch S auch nicht, aber deren Bein heilt sowieso nur langsam, dass T noch eine Weile zu Gast bleibt und da muss ich hart bleiben und auch schauen, wie es mir passt.

Und wie geht's dir nun?

Na, Zeit für schlechte Laune habe ich nicht, wa?
Wein doch nicht!
Nur kurz!
Okay, aber ich dann auch!
Nein, bitte nicht!
Und das war nur eine Freundin. Nur ein Ausschnitt.
Damit diese Belastungen enden, haben wir uns gegründet.

Stellt Euch vor, Ihr müsstet wählen: Zeit mit Euren Liebsten, Euren Kindern und Großeltern, Eurer Wahlfamilie, Euren Bezugspersonen und Eurer Arbeitsstelle, Eurem Arbeitsplatz, den Arbeitsstunden. Wem fällt das schwer? Wer überlegt sich das? Wie würdet Ihr wählen? Und wenn Ihr für den Alltag und die Nächsten seid, in Masse, wieso hat das dann so wenig Relevanz? Das ist doch unser Fundament! Da startet doch die Gesellschaft, die Gemeinschaft, das Verbundene, hier werden Grundsteine gelegt und die Zukunft vorbereitet. Das ist doch eine Frage der Moral und Ethik.

Mit dem Wissen, dass das Begehrte ein zusätzlicher Belastungsfaktor sein kann, wollen wir einen auf viele Schultern verteilten Rahmen schaffen, Support und Ballung, Macht durch Masse und Streikkraft.

Deswegen fordern wir als GuTSo – Gewerkschaft für unbezahlte Tätigkeiten und Sorge Sichtbarkeit, Berücksichtigung und Anerkennung für unbezahlte Tätigkeiten der Verantwortung und für Sorge. Für Sorge und Pflege gibt es keine Krankschrift, keine Pause und kein Aufschieben. Nur ein potenzielles Weiterreichen an andere, die häufig selbst mit Verantwortungen und Sorge voll sind.

Deshalb rufen wir, und wir rufen es laut:

JETZT IST ZEIT

Meldet euch, wir freuen uns.
Eure GuTSo

Interview mit dem Cat-Kurierkollektiv

Es ist kein Geheimnis, dass in der kommunistischen Ideenwelt Vorstellungen zu Arbeitsstätten, die den jeweiligen Arbeitenden gehören, beliebt sind. Wir haben uns gefragt: Wie geht selbstverwaltetes Arbeiten unter kapitalistischen Bedingungen? Welche Hürden gibt es und was spricht dafür, sich dem Wagnis der kollektiv organisierten Beschäftigung zu stellen? Daher interviewten wir im August 2021 ein Mitglied des im Herbst 2020 gegründeten Cat-Kurierkollektivs aus Halle.

Utopie und Praxis:

Hallo! Stell dich doch eingangs gern kurz vor.

Lorenz:

Hallo, ich bin Lorenz vom Cat-Kurierkollektiv und von Anfang an dabei. Das Kollektiv hat sich im September 2020 zusammengefunden. Die Initiative ging damals von zwei Freunden aus Berlin aus, die nach Halle gezogen sind und Bock hatten ein Kurierkollektiv zu gründen. Beide waren zuvor selbst als Fahrer tätig; einer für Deliveroo und der andere ist für einen großen Berliner Fahrradkurier gefahren. Das erste Treffen war sehr spannend, weil die Beiden viel darüber erzählt haben, was alles in der Kurierbranche möglich ist. Das war erst einmal ein Eintauchen in diese Welt. Alle Menschen, die da waren, sind gern Fahrrad gefahren, aber hatten sich bisher nicht wirklich viel mit Kurierdiensten auseinandergesetzt. Von Anfang an sind auch Personen von der FAU[1] dazugekommen, von denen auch schon Einzelpersonen als Fahrradkuriere in Halle gefahren sind. So ist das Kurierkollektiv zustande gekommen.

[1] Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union; anarchosyndikalistische Gewerkschaftsföderation

Utopie und Praxis:

Habt ihr euch dann zusammengesetzt und gebrainstormed, was ihr machen möchtet?

Lorenz:

Genau. Am Anfang war das sehr lose und wir haben uns für ein nächstes Treffen verabredet und dann hat sich immer mehr eine feste Gruppe von Leuten herauskristallisiert, die wirklich Bock darauf hatten. Ein paar Leute sind ausgestiegen, weil ihnen das doch zu konkret wurde. Tatsächlich kann ich mich noch daran erinnern, dass ich sagte: »Ja, ich kann mir das schon vorstellen, aber wäre nicht so super involviert, sondern würde das eher nebenbei machen.« So ist es auf jeden Fall nicht geworden [lacht]. Wir waren dann zu siebt. Das war die Zeit, als Corona sich noch einmal sehr verbreitet hat und dann haben wir fast das erste halbe Jahr nur Online-Plena gehabt. Wir haben uns immer mehr in das Vorhaben eingefuchst und geschaut: Was braucht es alles, um so ein Kollektiv zu gründen?

Der erste Punkt war das Betriebsstatut, was man braucht um eine GbR[2] zu gründen. Das war nicht genau so, wie wir das jetzt ausformuliert haben, aber in den Grundzügen ähnlich. Wir haben uns viel Inspiration geholt,unter anderem haben wir mit einem Positionspapier der Hamburger FAU gearbeitet.[3] Wir haben bestimmt vier oder fünf Treffen gebraucht, um das Dokument gemeinsam durchzuarbeiten. Außerdem haben wir uns in diesem Prozess immer wieder von anderen Fahrradkurierkollektiven Hilfe eingeholt. Sowohl aus Leipzig von RUSH und Fulmo als auch aus Dresden von ImNu. Vielen dank an der Stelle auf jeden Fall nochmal! Wir haben da geschaut: Was haben die anderen für Erfahrungen gemacht? Wie haben sie Dinge gehandhabt?

Am Anfang ging es bei uns viel um die Frage, was für eine Rechtsform wir wählen. Die GbR bringt das Problem mit sich, dass jedes Mitglied auch haftbar ist, im Unterschied zu einer UG[4]. Am Ende haben wir uns für die GbR entschieden, weil sie vor allem eine stärkere demokratische Mitbestimmung ermöglicht und weitestgehend hierarchiefrei ist. Der Nachteil ist nur, dass alle Kollektivmitglieder ein größeres finanzielles Risiko tragen. Es war sehr hilfreich andere Kollektive an der Hand zu haben, die einen unterstützten. Das ist ein generelles Gefühl: Zwar liefen viele Sachen in der Gründungsphase echt stockend und waren super schwierig und nervig, aber der Support von anderen Kollektiven war kontinuierlich da und sie haben immer gefragt: »Hey, können wir euch da noch irgendwie unterstützen?« Das war auf jeden Fall mega cool.

[2] Gesellschaft bürgerlichen Rechts

[3] https://libertaereszentrum.de/uploads/texte/Positionspapier%20Kollektivbetriebe.pdf

[4] Unternehmergesellschaft (Sonderform einer GmbH; »Mini-GmbH«)

Utopie und Praxis:

Gibt es denn eine Vereinigung von linken Kurierkollektiven?

Lorenz:

Es gibt die union coop[5], bei der wir Mitglied geworden sind. Das ist nicht von Fahrradkurieren, sondern eine Struktur der FAU, eine Art Kollektiv-Gewerkschaft, die gewisse Rahmenbedingungen schafft. Sie schaut in unregelmäßigen Abständen: Wie sieht es in dem Kollektiv aus? Werden gute Löhne gezahlt? Gibt es weiterhin eine demokratische Mitbestimmung? Bekommen alle den gleichen Lohn?[6] Es geht also um Grundsätze, die wir uns mit dem Betriebsstatut gegeben haben und die von denen überprüft werden. Das heißt man wird immer auch zur Selbstkontrolle angehalten. Das ist wichtig, weil eine GbR sonst auch sehr dazu neigt, Selbstausbeutung zu betreiben. Ansonsten gibt es immer wieder Alleycats[7], bei denen verschiedenste Fahrradkuriere zusammenkommen und man sich vernetzen kann. Als Kurierkollektiv haben wir aber noch nicht daran teilgenommen. Tatsächlich war es auch so, dass andere Fahrradkurierkollektive auf uns zugekommen sind, als sie gesehen haben, dass wir einen Instagram-Account haben: »Hey, cool, dass es euch gibt. Braucht ihr Unterstützung?« Das ist eine coole Solidarität, die man spürt.

Utopie und Praxis:

Das hört sich sehr gut an. Wie lange hat es denn zwischen der Idee und der ersten Fahrt gedauert? Kannst du das beziffern?

Lorenz:

Unsere erste richtige Fahrt hatten wir im März. Das heißt knapp sieben Monate sind vergangen. Da lieferten wir erstmal nur für eine einzige Apotheke aus. Auch an unserem jetzigen Punkt geht es um Kundenakquise. Das ist sehr anstrengend, weil man tausende Leute anfragen muss, ob sie Interesse haben, mit uns zusammenzuarbeiten. Wir haben fast hundert Apotheken angefragt und eine einzige Apotheke hat gesagt: »Wir brauchen euch jetzt.« Andere waren interessiert, aber meinten, sie haben gerade noch jemanden. Langsam fängt es an, dass Leute auf uns zukommen und sagen: »Hey, ich habe mitbekommen, dass es euch als Kurierkollektiv gibt. Ich hätte da potenziell Interesse.« Jetzt haben wir mit der Restaurant-Belieferung angefangen. Wir machen Essenslieferungen für zwei Restaurants aus Halle und das versuchen wir kontinuierlich auszubauen.

[5] https://www.union-coop.org/

[6] https://www.union-coop.org/ueber-uns/prinzipien/

[7] Schnitzeljagd auf Fahrrädern

Utopie und Praxis:

Gab es neben der Kundenakquise beim Start noch weitere Herausforderungen?

Lorenz:

Ja, auf jeden Fall. Es war herausfordernd, diese ganzen rechtlichen Sachen zu durchsteigen bis zu der Frage: Brauchen wir ein Steuerbüro oder nicht? Bekommen wir das so hin mit der Steuervoranmeldung oder nicht? Letztendlich haben wir uns dazu entschieden die Steuervoranmeldung etc. erst einmal allein zu machen und das hat auch ganz gut geklappt, aber das ist oft unbezahlte Arbeit, in die Leute sehr viel Zeit reingesteckt haben, um sich überhaupt erst einmal da einzuarbeiten. Die Kommunikation mit dem Finanzamt, der Stadt und der Sparkasse war am Anfang sehr schwierig, auch weil man das Gefühl hatte, dass die Strukturen kein Verständnis für das Kollektiv haben. Es wurde immer verlangt: »Ihr braucht zwei Geschäftsführer.«, und unser Anliegen war es, dass es keinen Geschäftsführer gibt, sondern, dass wir alle Entscheidungen gemeinsam treffen. Rein rechtlich muss es eine Art Geschäftsführung geben. Die Leute von der Sparkasse konnten nicht so richtig nachvollziehen, was wir da eigentlich machen. Inzwischen hat sich das langsam eingepegelt. Wir sind mittlerweile an dem Punkt, dass viele technische Sachen langsam funktionieren.

Utopie und Praxis:

Wie sah es mit der Materialbeschaffung, Fahrräder etc., aus? War das eine Herausforderung?

Lorenz:

Aktuell fahren wir alle mit unseren eigenen Fahrrädern. Am Anfang haben alle Geld eingezahlt, um uns zum Beispiel zwei Kurierrucksäcke für die Essensauslieferungen und den ersten Kram an Stickern, Visitenkarten und Flyern zu bestellen. Wir haben uns zwei Smartphones gekauft, über die wir die Kommunikation machen. Auf lange Sicht haben wir das Ziel, was Lastenfahrräder und Reparaturen etc. angeht, dass diese vom Kollektiv gezahlt werden. Aktuell ist das einfach noch nicht möglich, weil die finanziellen Ressourcen fehlen. Es gibt einige Anliegen, die wir in unserem Betriebsstatut festgehalten haben, also auch, dass wir irgendwann Plenumszeit bezahlen wollen, die noch nicht realisiert werden können. Was wir beschränkt gemacht haben, ist, weil sich eine Person den Fuß gebrochen hat, Krankengeld zu zahlen. Das war anteilig sehr wenig, weil wir ihr die Durchschnittsstunden, die wir gearbeitet haben, ausgezahlt haben. Es war uns, denke ich, allen ein bisschen klar, dass das am Anfang nicht so gut laufen wird. Doch inzwischen haben wir das Gefühl, dass

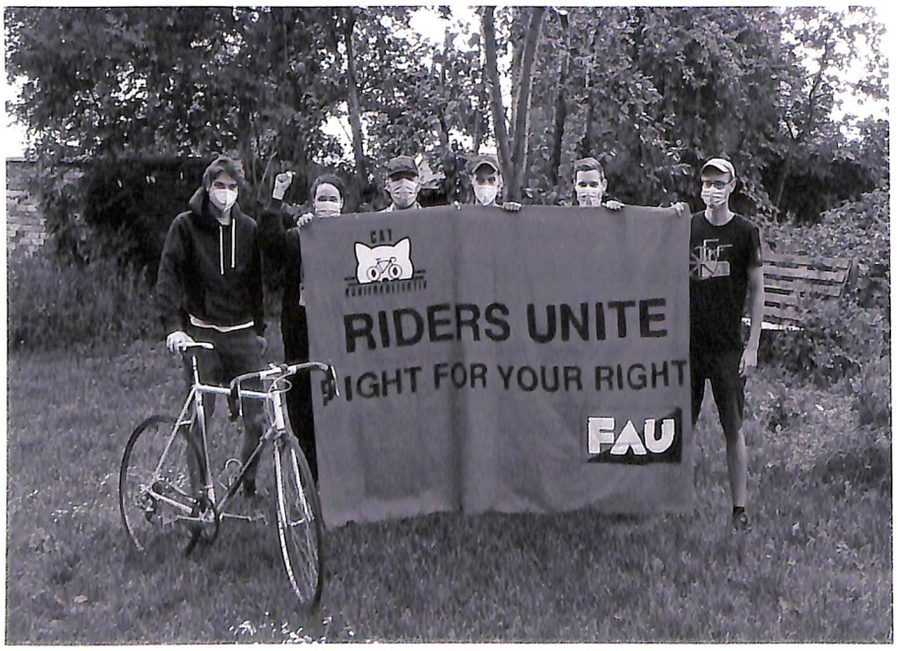
es sich langsam in eine gute Richtung entwickelt. Bis zu diesem Punkt gab es auf jeden Fall Momente, wo man sich dachte: »Hm, ergibt das jetzt alles so viel Sinn? Klappt das alles so, wie wir uns das vorstellen?«

Utopie und Praxis:

Anknüpfend daran die Frage: Wie schützt ihr euch vor Selbstausbeutung, wie könnt/wollt ihr euch davor schützen?

Lorenz:

Wir reden immer wieder darüber, weil gerade noch immer viele Sachen unbezahlt stattfinden. Für die Restaurants mussten wir eine Art Shop-System aufsetzten und da haben mehrere Personen aus unserem Kollektiv ebenfalls super viel Zeit investiert. Wir haben schon gesagt: »Versuch dir mal ein paar ungefähre Stunden dafür aufzuschreiben.« Aber das entspricht natürlich nicht der reellen Zeit. Aktuell ist das wirklich eher schwierig. Das ist ein Thema, was wir in Zukunft angehen wollen und wo wir schauen, dass wir nach und nach alles was an Arbeit anfällt und für das Kollektiv stattfindet, natürlich auch bezahlen. Ein weiteres Anliegen, was wir noch nicht durchgesetzt haben, ist, dass Personen, die ein Kind haben oder eine Person haben, die sie Zuhause pflegen, fünf oder zehn Prozent mehr Lohn bekommen als die anderen Kollektivmitglieder. Das sind alles so Sachen, die im Betriebsstatut stehen, aber aufgrund der wenigen Aufträge, die wir aktuell noch haben, nicht umsetzbar sind. Ich glaube, das ist ein Knackpunkt, dass man das nicht aus den Augen verliert und wir uns immer wieder rückversichern, dass wir das auf jeden Fall umsetzten wollen, sobald das eben möglich ist.



Utopie und Praxis:

Wie setzt sich denn der Lohn zusammen? Gehen die Einnahmen ins Kollektiv und werden dann auf die einzelnen Mitglieder verteilt?

Lorenz:

Genau. Wir haben letztens über unsere erste Auszahlung gesprochen. Wir hatten uns am Anfang darauf geeinigt, dass wir uns nicht jeden Monat Geld auszahlen. Das hat einfach keinen Sinn gemacht, weil wir im ersten Monat 160 Euro verdient haben und davon noch laufende Kosten abgingen. Wir haben also viel darüber gesprochen, wie viel wir uns auszahlen wollen. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass wir fünf Prozent sparen möchten, um langfristige Kosten, wie zum Beispiel ein Lastenfahrrad, irgendwann einmal realisieren zu können. Dann wollen wir unsere laufenden Kosten abziehen und der Rest geht unmittelbar an alle Kollektivmitglieder, nach den entsprechenden Stunden aufgeteilt. Alle erhalten quasi den selben Lohn.

Utopie und Praxis:

Wie ist denn die Belegschaft bei CAT zusammengesetzt?

Lorenz:

Aktuell sind wir alle Studenten. Es gibt Personen, die mehr auf das Geld angewiesen sind als andere und dann zum Beispiel schon ein Kind haben und dadurch in einer prekären Lage sind. Das Ziel ist, dass es sich nicht nur als Studi-Nebenjob lohnt, sondern auch abseits dessen.

Utopie und Praxis:

Und sind die Menschen, die bei euch arbeiten, grundsätzlich als Kurierfahrer*innen tätig oder gibt es auch Menschen, die ausschließlich im Büro arbeiten?

Lorenz:

Aktuell ist das so – bis auf die Person, die krank geworden ist. Diese hat logischerweise mehr Bürotätigkeiten gemacht. Auf lange Sicht wird es, denke ich, darauf hinauslaufen, dass es zumindest eine Bürostelle gibt, weil vieles erledigt werden muss. In dem Zuge denke ich auch an eine »Dispo«. Das ist eine Person, die die Aufträge an Fahrer verteilt. Das Ziel ist, dass die Tätigkeit nicht bei einer Person bleibt, sondern in regelmäßigen Abständen rotiert, damit die Fähigkeiten nicht auf eine Person konzentriert bleiben, sondern jede/jeder im Kollektiv auch jede Tätigkeit machen kann.

Utopie und Praxis:

Du hattest schon das Plenum angesprochen. Wie sieht dort eure Entscheidungsfindung aus und wie oft kommt ihr zusammen, um Entscheidungen auszuhandeln?

Lorenz:

Wir treffen uns einmal in der Woche und wir entscheiden alles im Konsens. Das war tatsächlich, gerade für das Betriebsstatut, ein langer Aushandlungsprozess, wo es darum ging: Wollen wir eigentlich später Urlaubsgeld zahlen? Wie machen wir das mit Krankengeld etc.? Wir mussten viel abwägen: Wie realistisch ist das, dass wir das zeitnah umsetzten können? Es hat viele Plena gekostet, aber wir sind alle recht zufrieden damit, weil alle mitgewirkt haben und mit den Entscheidungen d'accord waren.

Utopie und Praxis:

Wie geht ihr denn mit der Thematik »Konkurrenz« um? Sprecht ihr darüber?

Lorenz:

Ja. Es gibt einen anderen Fahrradkurier in Halle, Shortcuts. Wir waren von Anfang an mit ihm im Gespräch und haben zusammen geschaut, dass wir ihm nicht die Felder, wo er Fahrradkuriersachen macht, wegnehmen. Auf lange Sicht, auch wenn Lieferando in Halle aktuell noch keine eigenen Fahrer beschäftigt, ist das natürlich total große Konkurrenz, wo wir dann schauen müssen, wie wir damit umgehen. Da muss man dann sehen, dass man den Restaurants ein besseres Angebot macht und einen besseren Service gewährleisten kann. Zudem appellieren wir dann auch ein bisschen an den Endkunden, der weiß, dass, wenn er bei uns bestellt, die Fahrer nicht zu einem schlechten Lohn bezahlt werden. Und zu einem besseren Angebot für die Restaurants gehört dann eben auch, dass wir keine Startgebühr für unsere Bestellsoftware (Coopcycle) von den Restaurants verlangen, wie das beispielsweise bei Liferando üblich ist. Darüber hinaus verlangt Liferando in der Regel eine hohe Provision von den Restaurants, dabei macht dann meist nur noch Liferando Gewinne. Wir wollen dem etwas entgegensetzen und faire Bedingungen für die Fahrradkuriere und das Restaurant.

»Am Ende geht es uns natürlich nicht nur darum, die bestehenden Verhältnisse zu verbessern, sondern diese abzuschaffen. Obwohl das nicht der primäre Fokus unseres Kurierkollektivs ist, sondern erstmal bessere Arbeitsbedingungen in der Kurierbranche zu schaffen.«

Utopie und Praxis:

Du hast dazu schon einiges gesagt, trotzdem noch einmal die Frage: Wo kommt ihr an Grenzen eurer Vorstellungen von besserem Arbeiten?

Lorenz:

Die fehlenden Aufträge und dadurch das fehlende Geld für die Sachen, die wir umsetzten wollen und um ein besseres Arbeitsumfeld gewährleisten zu können, sind Grenzen dieser Vorstellungen. Am Ende gibt es nie das perfekte Arbeitsumfeld. Man kann versuchen Dinge besser zu machen und das machen auch schon viele Kurierkollektive. Sie zahlen einen guten Lohn und haben ein gutes Arbeitsumfeld. Unter kapitalistischen Bedingungen die perfekten Arbeitsbedingungen zu schaffen, ist glaube ich ein Ding der Unmöglichkeit. Das ist auch Teil unseres Betriebsstatuts, in dem steht, dass wir versuchen eine Vorstellung davon zu schaffen, wie bessere Arbeit aussehen könnte. Am Ende geht es uns natürlich nicht nur darum, die bestehenden Verhältnisse zu verbessern, sondern diese abzuschaffen. Obwohl das nicht der primäre Fokus unseres Kurierkollektivs ist, sondern erstmal bessere Arbeitsbedingungen in der Kurierbranche zu schaffen.

Utopie und Praxis:

Noch eine etwas persönlichere Frage: Hast du ein Positiv – und vielleicht auch Negativerlebnis, welches du mit der Arbeit verbindest?

Lorenz:

Positive Erlebnisse sind die Arbeit im Plenum und wenn man merkt, dass das was man seit Monaten erarbeitet hat, aufgeht. Der Kontakt mit anderen Kollektiven, zu wissen, dass man sich gegenseitig supportet und auch kleine Sachen: Dass man zu einer Oma eine Apothekenlieferung fährt und sie die Treppen runter kommt und sagt: »Oh ja, vielen lieben Dank! Das ist so nett, dass Sie das hier herbringen. Hier 2 Euro für Sie.« Das versüßt einen Tag und das Fahrradfahren allgemein. Es macht richtig Bock bei gutem Wetter durch Halle zu düsen. Aber natürlich ähnlich wie in anderen linken Strukturen ist Plenum auch mal nervig und frustriert, weil manche Dinge dann doch nicht so klappen wie man sich das vielleicht vorgestellt hat. Etwas grundsätzlich Negatives fällt mir aber nicht ein.

Utopie und Praxis:

Abschließend der Ausblick in die Zukunft: Welche Ziele habt ihr als Kurierkollektiv?

Lorenz:

Auf jeden Fall wollen wir die Ziele aus dem Betriebsstatut umsetzten, dass wir uns über den Stundenlohn bezahlen können, dass wir Krankengeld und vielleicht auch Urlaubsgeld irgendwann umsetzen können. Ziel ist es auch, mehr Frauen im Kollektiv zu haben. Aktuell ist in unserem Kollektiv eine Frau. Damit müssen wir uns mehr auseinandersetzten. Ich denke, wir sollten auch etwas mehr in Vernetzung und Austausch mit anderen Kollektiven kommen und schauen: Was kann man da noch verbessern? Das erste Ziel ist natürlich erst einmal, dass alles ins Rollen kommt und wir mehr Aufträge bekommen und dadurch viele Ziele besser umsetzbar werden.

Utopie und Praxis:

Vielen Dank für das Gespräch!

Weitere Informationen über das Kollektiv:

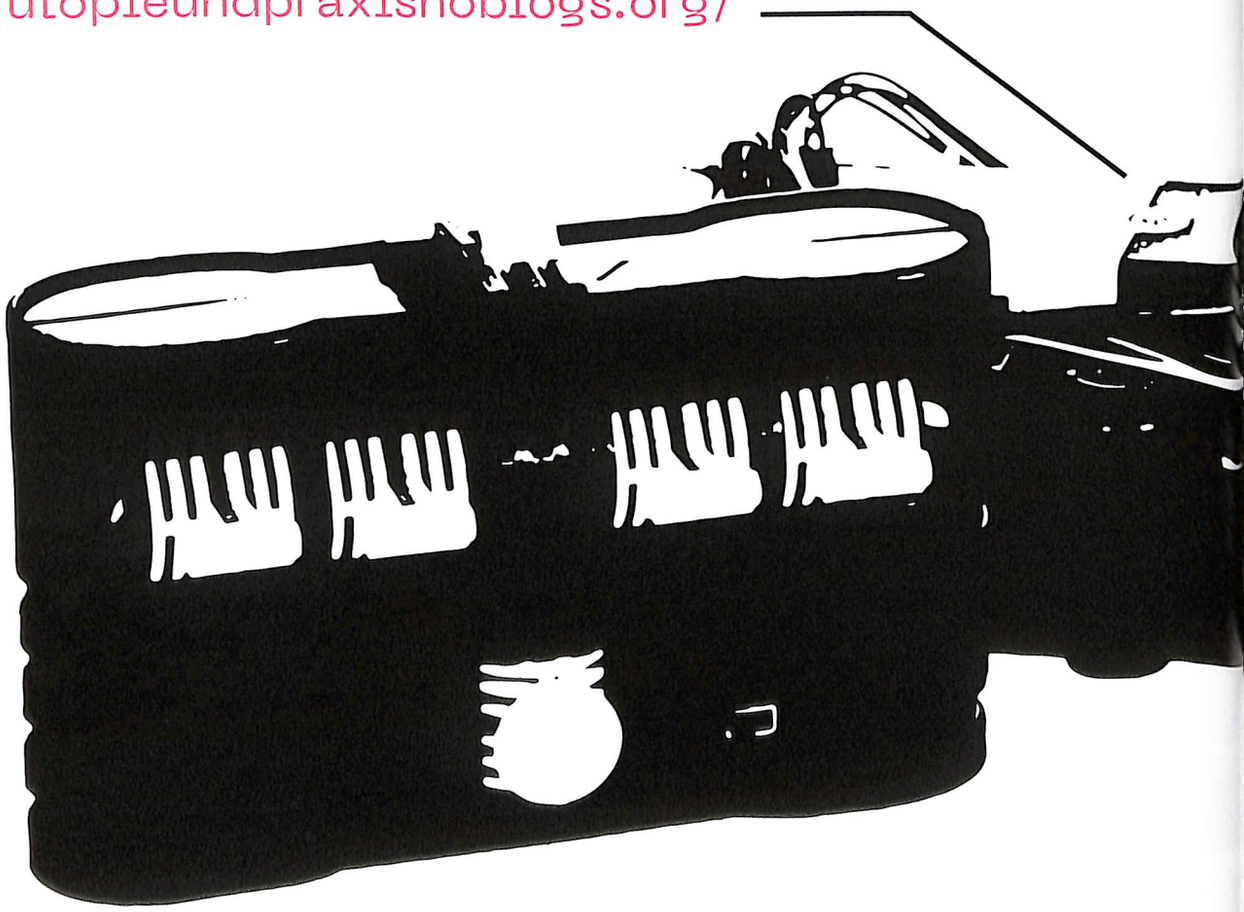
Website: https://cat-kurierkollektiv.de/
Instagram: @cat_kurierkollektiv
Facebook: @Catkurier

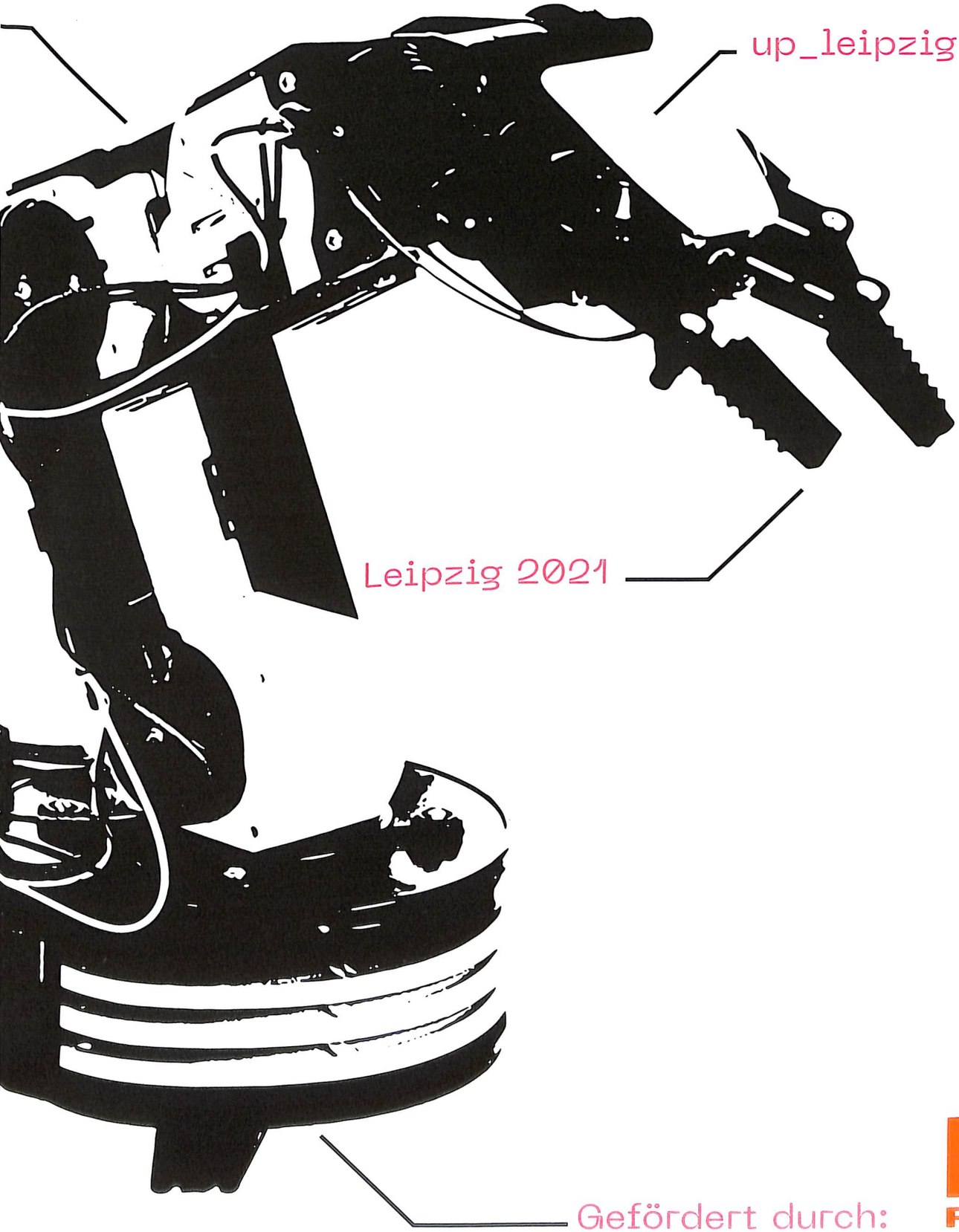
Impressum

1. Auflage

Hg.:
Utopie und Praxis

https://utopieundpraxisnoblogs.org/





up_leipzig@riseup.net

Leipzig 2021

Gefördert durch:

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG SACHSEN